

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

48. Woche für die Zeit vom 24. bis 30. November 1905.

Posen, den 5. Dezember 1905.

B e r i c h t

über den Verlauf der am 26. November d. J. im Schendel'schen Gasthause in Hohenfalza abgehaltenen polnischen Versammlung zwecks Begründung eines „Straz-Vereins“ für den Landkreis Hohenfalza.

Die Versammlung, welche von etwa 700 Personen besucht war, wurde Nachmittags 3¹/₄ Uhr von deren Einberufer, dem Rittergutsbesitzer Thomas v. Kozłowski aus Plawinek mit folgender Ansprache eröffnet: Er habe die Erschienenen hergesehen, um einen Straz-Verein für den Landkreis Hohenfalza zu begründen. Die Ziele dieser Vereine seien den Anwesenden bereits bekannt. Daß die Begründung solcher Vereine notwendig sei, bewiesen die Gefahren, welche der polnischen Gesamtheit von allen Seiten drohten. Als das Christentum entstanden sei, hätten die Menschen friedlich nebeneinander gelebt; allmählich sei es zu gegenseitigen Anfeindungen und Zwistigkeiten gekommen, welche sich später auf die verschiedenen Nationen übertragen hätten. Die am meisten angefeindete und bedrückte Nation sei die polnische. Er — Redner — könne sie mit dem armen Lazarus vergleichen, der viel gelitten habe, von Gott aber am meisten geliebt worden sei. Allen Polen sei bekannt, welche Rechte ihnen bei der letzten Teilung Polens zugesichert worden seien. Alle diese Rechte seien nicht beachtet worden. Es sei sogar eine Zeit gekommen, in der man den Polen das Anrecht auf die Erde bestreite, welche sie von ihren Vorfahren ererbt hätten. Man wolle ihnen jetzt sogar diese nehmen. Auch die polnische Sprache sei allgemein bedroht. Wie könnten wohl die polnischen Kinder von einem Unterricht Nutzen ziehen, welchen sie nicht verstanden? Ebenso stehe es mit dem Religionsunterricht. Aber nicht nur in die Schule, sondern auch in die Kirche dränge sich die Germanisierungssucht. Die Polen hätten nicht verdient, daß man sie zu Sklaven mache, sie wollten das bleiben, als was sie Gott geschaffen habe; sie wollten in der Sprache, in welcher sie geboren worden seien, auch unterrichtet werden. Ihre nationalen Güter seien überall bedroht. Jeder Pole verspüre das, könne aber als einzelne Person nichts dagegen ausrichten. Hierzu gehöre ein geschlossenes Zusammengehen, und das bezwecke der Straz-Verein. In diesem sollten sich die Polen ohne Unterschied von Rang und Stand, Reich und Arm, Hoch und Niedrig, zusammenschließen, hier sollten sie sich die Bruderhand reichen, sich nur als Polen fühlen, dann werde keine Macht der Erde imstande sein, sie niederzubeugen. Zu der heutigen

Versammlung sei auch Herr von Koscielski erschienen ein Kujawier von Mark und Blut. Ihn heiße er vor allem herzlich willkommen.

Zum Schriftführer der Versammlung wurde Josef Uminski aus Sojkowo (?) und zu Beisitzern folgende Personen gewählt: Geistlicher Rat Labendzinski aus Tuczno, Johann Swiere aus Wilkostowo, Bucinski aus Opoczno (?), Adalbert Paczkowski aus Batkowo, Franz Posadzki aus Szymborze, Thomas Zielinski aus Plotnik, Remig, Krzyzewski aus Zelechlin, Stanislaus Kiefler aus Parchenice, Dr. von Brodnicki aus Groß-Koluda, Josef Fragstein aus Escharley, Maximilian von Kozłowski aus Dulst, Kasimir von Mlicki aus Komaszycze, Adolf von Poninski aus Kosicelec, Sanitätsrat Dr. Rakowski und Stanislaus Lyskowski aus Hohenfalza.

Der Vorsitzende erteilte hierauf dem bekannten Abgeordneten von Koscielski-Miloslaw das Wort, welcher folgendes ausführte:

Sowohl in der Natur, wie im Leben der Nationen gebe es Zeiten der Ruhe und des Sturmes. Solche Stürme habe die polnische Nation bereits genug überstanden, sie hätten die Polen jedoch nicht gebrochen, und so könnten diese mit Recht annehmen, daß auch bei ihnen einst wieder schönere Tage einziehen würden. Wenn in der Natur die hellleuchtende Sonne auch oft von Wolken überdeckt werde, Unwetter am Himmel heraufzögen, so bleibe den Menschen doch immer die Hoffnung, daß die Sonne eher oder später doch wieder aufgehen müsse. Auch in der polnischen Nation lebe die Hoffnung auf bessere, schönere Zeiten. Damit sie den jungen, neuaufgehenden Tag würdig begrüßen könnten, sei es notwendig, daß sie sich auf ihn schon jetzt gehörig vorbereiteten und die erforderlichen Kräfte sammelten. Er sei als Delegierter der „Straz“ hierhergekommen, welche erst seit wenigen Monaten existiere, über alle polnischen Landesteile aber bereits verbreitet sei und sich hoffentlich noch weiter ausdehnen werde. Sie müsse sich entwickeln, denn die Stunde sei gekommen, in der alle Polen das Bedürfnis fühlten, sich zusammenzuschließen, um dem gegen sie anprallenden Ansturm einen Damm zu setzen. Wenn alle Polen Schulter an Schulter in die Kampfreihen träten, würden sie einen Wall bilden, den keine Macht überwinden könnte, insbesondere keine solche Macht, die nur mit der Übermacht ihrer Kräfte, mit der Kraft ihrer Geldmittel und ihrer Bajonette kämpfe. Die geistige Überlegenheit besiege stets materielle Übermacht. Letztere könne den Geist zwar in Fesseln legen, ihn lähmen, martern und ihm viel Unrecht tun, ausrotten aber könne sie ihn niemals. Weil ein solcher Geist in der polnischen Nation lebe,

welcher sich niemals der materiellen Übermacht unterwerfen werde, müsse man ihm den Sieg der Gerechtigkeit erleichtern, **welcher die Nation zu besseren Zeiten führen solle.** Notwendig sei hierzu vor allem der Zusammenschluß aller Schichten der polnischen Nation. Die Idee, sich zu vereinigen, sei nicht neu. Schon oft sei sie im polnischen Volke entstanden, aber unter anderen Bedingungen. Angesichts der beständigen Angriffe auf die Polen hätten diese vor über 60 Jahren die „**polnische Liga**“ geschaffen. Damals habe in den Verhältnissen der Polen **sozusagen noch ein Paradies geherrscht im Vergleich zu den heutigen Zeiten.** Der Gedanke, die Liga zu begründen, sei in Kujavien entstanden. Damals habe man noch daran geglaubt, daß die den Polen garantierten Rechte beachtet werden würden. Die Liga habe sich schon nach einigen Jahren aufgelöst, nachdem Preußen eine Konstitution eingeführt. Sie habe ähnliche, nicht gleiche Ziele gehabt wie die Straz-Vereine, obwohl sie aus dem gleichen Gedanken entstanden sei. Heute, wo das Recht der eisernen Faust herrsche, seien die den Polen garantierten Rechte nicht einen Pfifferling wert. Zu ihrer legalen Verteidigung sei ein Zusammenschluß aller Polen nötig und diesen wolle die Straz herbeiführen.

Die Idee, welche den Polen vorschwebte, sei die, daß die in Preußen bestehenden Gesetze und Rechte in gleicher Weise den Polen dienen sollten, als den Deutschen, und daß die nationalen Rechte der Polen die gehörige Beachtung finden. Die Verteidigung der einzelnen Person erziele keine Erfolge, deshalb sei der Straz-Verein begründet worden. Der Straz-(Wacht-)Verein solle auf der Wacht stehen, damit die Rechte der Polen nicht vergewaltigt würden. Die Polen müßten in sich das Bewußtsein wecken, daß es in sozialen Angelegenheiten keine Standesunterschiede gebe, sie müßten alle den Straz-Vereinen beitreten. Eine Nation könne nur solange existieren, als sie Grund und Boden unter ihren Füßen habe, eine materielle Grundlage besitze. Durch die Einigung der Polen solle auch die Hebung des materiellen Niveaus der polnischen Gesamtheit erstrebt werden. Der einzige Zweck der Straz-Vereine sei also „**Selbstverteidigung**“. Der Verein denke nicht daran, andere zu bekämpfen, selbst wenn er die Macht hierzu besäße; hätten doch die Polen und überhaupt die Slaven bisher niemandem etwas gewaltsam genommen, vielmehr nur ihre Güter zu bewahren und zu erhalten getrachtet. Daher wollten sie sich auch hier nur zur Verteidigung ihrer Rechte wie eine Mauer zusammenschließen. Wenn sie das täten, dann könnten sie ruhig sagen: „**Prasselt auf uns nieder ihr Donnerschläge, ihr werdet uns nichts schaden!**“

Kedner schildert hierauf in längeren Ausführungen die bekannte Organisation der Straz-Vereine. Es beständen bei dieser Organisation 4 Sektionen: eine Organisations-Sektion, eine ökonomische, eine kulturelle und eine juristisch-politische. In wirtschaftlicher Hinsicht hätten die Straz-Vereine auch jetzt schon viel getan. Wenn sie auch noch nicht genügend eigene Mittel besäßen, so hätten sie doch bereits bedrohten polnischen Existenzen dadurch geholfen, daß sie ihnen die Möglichkeit verschafften, Darlehne aus polnischen Banken zc. aufzunehmen. In solchen Fällen hätten oft 10—20 opferwillige Personen Bürgschaft geleistet. Gehe das geliehene Geld auch wirklich verloren, so treffe es den Einzelnen nicht erheblich. Mit der Zeit werde der Verein auch hinreichende Mittel erlangen, um polnische Gewerbetreibende und Handwerker, Ärzte zc. in gleicher Weise zu unterstützen, wie es seither von der deutschen Partei geschehe.

Am Schluß forderte Kedner die Anwesenden zu zahlreichem Beitreten auf. Jeder müsse zeigen, daß er einen Teil seiner bedrängten Nation bilde.

Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Das Wort ergriff hierauf der Vorsitzende von Kozłowski:

Mit dem Beifallsklatschen und Beifallsrufen sei es nicht getan. Es müsse zur Tat geschritten werden. Hier gehe die Sage von den schlafenden polnischen Rittern in Montwy; die Anwesenden sollten sich für diese halten! Die Ritter würden in ihnen auferstehen, wenn jeder seine nationalen Pflichten überall erfüllen würde. Eiserner Wille gehöre allerdings hierzu. Er beschwöre die Anwesenden, daß sie den Untergang ihrer Nation nicht zulassen, alle dem neuen Straz-Verein beitreten und zeigen möchten, daß sie alle Brüder seien und gemeinsam arbeiten wollten. „**Dann wird**“, so fuhr Kedner fort, „**auch unsere hl. Mutter über uns ihre schützenden Fittiche entfalten und es wird für uns ein wirklicher „Morgenstern“ aufgehen.**“

Die Versammlung wurde alsdann auf $\frac{1}{2}$ Stunde vertagt, um Beitrittserklärungen entgegenzunehmen. Nach deren Wiedereröffnung erklärte von Kozłowski den Anwesenden, daß er für den Landkreis Hohenalza Starost sei. Es sollten für den Kreis 40 Kommissare bestellt werden. Diefür sei an 40 geeignete Personen geschrieben worden, von denen 13 das ihnen angebotene Ehrenamt nicht angenommen hätten. Kedner verliest hierauf die Namen der bereits bestellten Kommissare. Unter diesen befinden sich **Propst Gaupa aus Argentan, Propst Suszejniski aus Lisewo und Propst Jierek aus Chlewiska.**

An diese Kommissare könnten die Beiträge gegen Quittung bereits gezahlt werden. Die Bestellungen erhielten die Kommissare direkt vom Hauptvorstande in Posen. Die Prüfung der Beitrittserklärungen ergab, daß sich **231** Personen zum Beitreten gemeldet hatten. v. Kozłowski spricht über diese geringe Zahl sein Bedauern aus. Er hoffe, daß sich die Mitgliederzahl mit der Zeit vervielfachen werde. Jeder von den Erschienenen möge gleichsam eine Glocke in seiner Gemeinde sein, die das Gehörte unter den Bekannten und Verwandten weiterverbreiten möge. Die ganze polnische Nation müsse sich zur gemeinsamen Verteidigung zusammenschließen. Diese sei gleichsam auf der Pilgerschaft begriffen. **Alle Polen pilgerten nach dem einen Ziele, Polen.** Sie könnten stolz darauf sein, daß sie in Europa wohl die einzige Nation bildeten, die die Grundsätze des Christentums bewahrt hätten, noch gelte bei ihnen das christliche Lösungswort: „**Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.**“ Mit einem dreifachen Hoch auf Herrn v. Kozłowski schloß Kedner seinen Vortrag.

Das Wort ergriff nunmehr Arbeiter Marcinowski aus Amsee: Wenn man den Polen den Grund und Boden nehme, würden sie untergehen. Deshalb müsse jeder Pole an diesem mit aller Kraft festhalten. Ein Verräter seiner Nation sei der, welcher die polnische Erde verkaufe. Im Namen aller kujawischen Arbeiter erkläre er, daß man sich von solchen Verschacherern der heimatischen Scholle mit Verachtung abwenden müsse und ihnen die Hand nicht reichen dürfe. Lob verdiene insbesondere diejenige polnische Presse, welche solche Verkäufer öffentlich an den Pranger stelle.

Alsdann sprach Töpfermeister Konarszewski-Hohenalza: Mögen die Ideen der Straz-Vereine selbst in die entlegensten polnischen Hütten dringen! Jedes Straz-Mitglied müsse dafür sorgen! Dem Starosten von Kozłowski gebühre der Dank der Versammelten für seine Aufopferung und sein Interesse; er fordere die Anwesenden auf, auf diesen ein Hoch auszubringen. von Kozłowski dankt den Versammelten

und bittet um ihre Unterstützung bei der weiteren Arbeit in dem neubegründeten Straz-Bereine. Er schließt hierauf die Versammlung um 5¹/₂ Uhr Nachmittags. Anwesend waren u. a. außer den vorstehend bereits aufgeführten Personen: Tierarzt Czaplaz-Hohenfalza, Propst **Laubitz-Hohenfalza** und Propst **Urbanowicz-Plonkowo**.

Posen, den 28. November 1905.

Augustini, Polizeiassessor.

B e r i c h t

über die am 26. November d. J. von nachmittags 2 Uhr ab im Schneider'schen Lokale in Tremessen abgehaltene polnische Kreiswählerversammlung.

Unter den etwa 300 bis 400 Bürgern von Tremessen und Bauern aus der Umgegend befanden sich nachstehende Angehörige der Intelligenz: die Gutsbesitzer v. Dziembowski-Sohnitz, v. Mufulowski-Czerniak, v. Jakrzewski-Linowiec, v. Chrzanowski-Gozdawa, v. Frejer-Swierkowiec, Janowski-Mogilno, v. Wengierski-Podgaj, Cettowski-Smolary, Herbst-Brzezewo, Dokowicz-Kruchowo, Portaszewicz-Szydlowo, die Ärzte Dr. Szumski und Dr. Maciejewski-Mogilno, die Geistlichen Prälat Wawrzyniak-Mogilno, Kurzawski-Patojch und der Ortsgeistliche Marchwinski.

Prälat Wawrzyniak eröffnete die Versammlung um 2 Uhr. Er wies darauf hin, daß sie gemäß der im Jahre 1897 gefaßten Resolution stattfindende, bedauerte den Verzug seines Stellvertreters, des Herrn v. Mieczkowski, der sich als eifriger Arbeiter auf dem Gebiet der Wahlorganisation des Kreises erwiesen habe und stellte Herrn v. Dziembowski-Sohnitz als den Nachfolger des Herrn v. Mieczkowski in jenem Amte vor. Zum Schriftführer der Versammlung wurde Herr v. Mufulowski-Czerniak berufen, und sodann dem Reichstagsabgeordneten Dr. Krzyminski-Hohenfalza, unter Ausbringung eines Hochs auf die polnische Reichstagsfraktion, das Wort zur Erstattung des parlamentarischen Rechenschaftsberichts erteilt.

Redner wies darauf hin, daß die Anwesenden, als er beim letzten Male die Ehre gehabt habe, zu ihnen zu sprechen, angesichts der furchtbaren Lage des polnischen Elements gezwweifelt hätten, ob man sich nach fünf Jahren wiedersehen werde. Die Fülle im Saal heute beweise, daß diese Befürchtungen unnütze gewesen seien und daß der gleiche Geist wie damals alle erfülle. Bei Beginn der jetzigen Legislaturperiode habe die polnische Fraktion einen Zuwachs von zwei Köpfen zu verzeichnen gehabt. Die Wahl des Abgeordneten Korfanty, des ersten nationalpolnischen Volksvertreters aus Oberschlesien, sei eine erfreuliche Tatsache, welche beweise, daß dies Volk, das seit hundert Jahren von Polen getrennt war, dies Land, wo es weder einen Adel noch eine Intelligenz gebe, welche an der Wiedergeburt und an der Aufrechterhaltung der nationalen Gesinnung hätten mitarbeiten können, eine unaustilgbare nationale Lebenskraft besitze. Es sei heute von neuem zum nationalen Leben erwacht, und der polnische Geist durchbreche mit elementarer Kraft alle Hemmnisse, die sich ihm entgegensetzten. Der zweite erfreuliche Zuwachs der polnischen Fraktion, der Abgeordnete Brejski, habe sein Mandat leider eingebüßt, und sei nicht wieder gewählt worden. So zögen die polnischen Abgeordneten diesmal nur in Stärke von 15 Mann in den Reichstag ein; doch sei es angesichts der großen Zahl der Reichstagsabgeordneten gleichgültig, ob die Fraktion einen oder

zwei Köpfe mehr zähle. Ihre Arbeit sei ja doch ergebnislos, sofern sie nicht von seiten deutscher Parteien unterstützt werde.

Redner verbreitete sich nunmehr über die Staatsberatungen in der letzten Session. Die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien bezeichnete er als unproduktiv. Die Behauptung der Minister, die unausgesetzten Rüstungen Deutschlands dienten Zwecken der Erhaltung des Friedens, würden durch die Tatsache widerlegt, daß alle übrigen Staaten ihre Rüstungen entsprechend verstärkten, ein Zustand, der schließlich die Leistungsfähigkeit der Staaten erschöpfen werde und zwecks Lösung der unerträglichen Lage zum Kriege drängen müsse. Dieser Grund und die Erwägung, daß die Ausgaben unproduktiv seien und daß dem Lande durch den Heeresdienst die Arbeitskräfte entzogen würden, habe die polnischen Abgeordneten bewogen, sich grundsätzlich gegen die Ausgaben für diese Zwecke zu erklären. Dazu komme, daß die Polen infolge der antipolnischen Haltung der Bundesstaaten zu diesen kein Vertrauen hätten. Redner könne heute schon versichern, daß die polnischen Abgeordneten für die neuen Marineforderungen und für militärische Zwecke überhaupt keinen Pfennig bewilligen würden. Zum ersten Male seien in der letzten Session antipolnische Forderungen in den Etatsentwurf des Deutschen Reichs eingestellt worden. Die preussische Regierung wolle die polnische Nation mit allen Kräften erdrücken und zu Grunde richten. Die hier im Osten tätigen Beamten sollten sich diesen Absichten dienstbar machen. Darum gewähre die Regierung ihnen Gehaltszulagen, vor allem den Lehrern, jedoch nur denen, die sich als willfährige Werkzeuge in den Dienst der Germanisierungspolitik stellten. Die deutschen Bundesstaaten, die dieser Politik der preussischen Regierung ihre Unterstützung leihen wollten, hätten auch die Post- und Militärbeamten mit Zulagen zu bedenken gedacht, und sie hätten darauf spekuliert, daß sich zwischen Polen und Zentrum wegen Oberschlesien ein gewisses Mißverständnis herausgebildet hätte. Die Bundesstaaten hätten sich jedoch in ihrer politischen Berechnung geirrt. Nicht allein die polnischen Abgeordneten seien sehr scharf gegen die den Reichsbeamten zu gewährenden Ostmarkenzulagen aufgetreten, indem sie dieselben als demoralisierend bezeichneten, auch das Zentrum habe sich entschieden auf die Seite der Gegner der Vorlage gestellt, in der Erkenntnis, daß diese Zulagen nicht der Lohn für bewiesenen Dienstleistungen, sondern dazu dienen sollten, die Beamten zu politischen Werkzeugen der Regierung zu erziehen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten bei dieser Gelegenheit die Antipolenpolitik der preussischen Regierung geradezu „eine große Dummheit“ genannt. Diese Stellungnahme der Reichstagsmehrheit sei von sehr großer Bedeutung gewesen; denn wären die Zulagen bewilligt worden, so wäre dies als eine Sanction der Polenpolitik der Regierung anzusehen gewesen. So aber sei der Beweis erbracht worden, daß nicht allein die Reichstagsmehrheit, sondern auch mit ihr die Mehrheit des deutschen Volkes die Polenpolitik der Regierung verurteile. Bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers sei polnischerseits die Ausweisungspolitik der Regierung kritisiert worden. Welche Blüten diese zeitige, das wolle Redner an einzelnen Beispielen dartun. In Hohenfalza habe ein gewisser Johann Sekulski die Ausweisungsverfügung erhalten. Der Mann habe seit 30 Jahren hier gewohnt, er sei als Knabe hierhergekommen, habe seine ganze Jugendzeit hier verlebt, jetzt aber den Befehl erhalten, den preussischen Staat binnen 24 Stunden zu verlassen. Ein gleiches Geschick habe Peter Guzikowski aus Strelno betroffen, der jetzt 60 Jahr alt und als siebenjähriger Knabe nach Preußen gekommen

sei. Der Abgeordnete von Chrzanowski habe die Ausweisungspraxis eine barbarische Behandlung friedlicher Leute genannt, die ja doch hier keine Politik trieben, sondern ruhig dem Broterwerb nachgingen. Auch gegen Frauen wende sich diese Ausweisungspolitik. Der Posener Polizeipräsident habe eine Frau mit dem Ausweisungsbefehl bedacht, die hier als preußische Untertanin geboren, hier ihre Erziehung genossen und ihre ganze bisherige Lebenszeit verbracht habe. Weil sie einen Ausländer zum Manne gehabt habe, sei sie nach dessen Tode nach Rußland ausgewiesen worden, obgleich sie dort keine Verwandten und Bekannten habe. Handlungsgehilfen und Wirtschaftsleuten habe man ausgewiesen, Leute, die sich hier in ihrem Berufe hätten betätigen bzw. vervollkommen wollen. „Der Gipfel dieser Brutalität,“ wie sie die Abgeordneten genannt hätten, sei aber, daß man einem galizischen Gelehrten Askenazy verboten habe, einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten, daß man ferner vorher ausländische Gelehrte, die dem Kongreß der polnischen Naturforscher hätten beiwohnen wollen, mit der Ausweisung bedroht habe. Das sei ein Verfahren, wie es in zivilisierten Staaten einzig in Preußen Brauch sei. „Heuchlerisch“ habe der Abgeordnete von Chrzanowski die Ausweisungspraxis genannt, weil die Regierung sie in Anwendung bringe nicht etwa, weil die davon Betroffenen sich lästig machten, sondern, weil sie das Polentum als solches treffen, weil sie verhindern wolle, daß die Ausgewiesenen hier zur Stärkung des polnischen Geistes beitragen, weil man durch diese draconischen Maßregeln das polnische Element hierzulande zu schwächen beabsichtige.

Bei der Beratung des Justizetats habe der polnische Redner die preußischen Gerichte als partiell bezeichnet unter Hinweis darauf, daß ein Richter in einem bestimmten Fall den Grundsatz aufgestellt habe, daß ein Pole vor Gericht mit anderen Augen anzusehen sei als ein Deutscher. Der Abgeordnete Kulerski habe gleichfalls Belege dafür erbracht, daß die Polen vor Gericht mit einem andern Maße gemessen würden als die Deutschen. Es sei bei dieser Gelegenheit ferner darüber Klage geführt worden, daß von des deutschen nur unvollkommen mächtigen Polen verlangt werde, sie sollten ihre Aussagen in deutscher Sprache machen. Einer oder der andere der Anwesenden habe sich wohl schon in einer derartigen Lage befunden, und er wisse, wie schwer es sei, unter dem Cide im Bewußtsein der Verantwortung Zeugnis auf deutsch abzulegen. Und da komme es vor, daß Richter Leute, die ihre Aussage gern in ihrer Muttersprache machen möchten, weil diese ihnen geläufiger sei und sie darin ihren Gedanken am besten Ausdruck zu verleihen vermöchten, deshalb anfare, sie wohl gar mit Strafe bedrohe. Viel Schwierigkeiten würden den Polen auch auf den Standesämtern hinsichtlich der polnischen Schreibweise ihrer Namen gemacht. Die Anordnung, daß der polnische Vorname in Klammern neben den deutschen zu setzen sei, beachteten viele Standesbeamten nicht. Die Polen sollten es ablehnen, ein Protokoll, das nur den deutschen Vornamen aufweise, zu unterschreiben, da ihnen später Scheereereien erwachsen könnten, falls der polnische Vorname im Protokoll fehle. Ebenso sollten sie ihre Unterschrift verweigern, sofern der Standesbeamte weiblichen Zunamen nicht die polnische Endung gebe. In solchen Fällen solle man, falls Weiterungen aus der Weigerung erwüchsen, sich an das Bureau des Strazvereins wenden; dort werde man dem Beteiligten zu seinem Rechte verhelfen. Bei der Beratung des Postetats habe man über das Schikanieren der polnischen Adressen Klage geführt. Dieser Krieg gegen die polnische Schreibung der Briefadressen zeige, daß die antipolnische Politik selbst in

die Post eingedrungen sei, obgleich diese kein politisches, sondern ein reines Verkehrsinstitut sei und obgleich die Postordnung bezüglich der Sprache, die bei der Abfassung der Adressen anzuwenden ist, keinerlei Vorschriften mache. Es sei die Tätigkeit der Übersetzungsstellen besprochen und darauf hingewiesen worden, wie lächerlich oft Postsachen mit polnischen Adressen behandelt würden. An den Abgeordneten v. Jazdzewski in Schroda z. B. sei ein Brief mit polnischer Adresse gelangt. Dem ihn abholenden Dienstmädchen habe der Postbeamte gesagt, der Brief müsse noch mit 10 Pfg. nachfrankiert werden, sie solle den Betrag holen. Als das Mädchen zurückkam, habe ihr derselbe Postbeamte erklärt, der Brief könne nicht ausgehändigt werden, weil er als polnisch adressiert erst nach der Übersetzungsstelle wandern müsse. Derselbe Beamte, der vorher den Adressaten aus der Adresse richtig erkannt, habe also nunmehr bloß wegen der polnischen Adresse den Brief wieder von Schroda an die Posener Übersetzungsstelle gelangen lassen. Das sei ein kindisches Traktieren ernster Sachen, und man müsse sich wundern, wie ein solches Institut, wie die Post, an deren Spitze, ernste Männer ständen, sich mit solchen geradezu dummen Schikanen befassen könne. Aus allem Angeführten leuchte hervor, daß man die polnische Sprache aus der Öffentlichkeit ganz verbannen und sie höchstens noch am häuslichen Herd dulden möchte. Darauf sollten die Polen durch eine um so innigere Pflege und durch eine immer schönere Ausbildung ihrer Muttersprache antworten. Weitere Ausführungen des Redners betrafen die Mitwirkung der polnischen Abgeordneten bei den Beratungen betreffend die Arbeiterfrage, die Altersrentengewährung, den Bergarbeiterzuschuß. Bemerkenswerte Äußerungen fielen hierbei nicht. Bei der Beratung des Militäretats hätten — so fuhr er fort — die polnischen Abgeordneten nachgewiesen, wie auch in diese Verwaltung, die sich früher von Parteipolitik vornehm ferngehalten habe, die Antipolenpolitik sich eingedrängt habe. Polnischen Soldaten seien Schwierigkeiten gemacht worden, wenn sie polnisch beichten wollten, ja, man habe sogar einen polnischen Soldaten bestraft, weil er einen Brief in seiner Muttersprache nach Hause gerichtet habe. Auch der von militärischen Vorgesetzten über polnische Gewerbetreibende und Kaufleute verhängte Boykott sei scharf kritisiert worden. Welches Unrecht, daß Soldaten verboten werde, polnische Restaurateure ein paar Pfennige verdienen zu lassen, obgleich dieser und jener dieser polnischen Gastwirte in den Reihen des Heeres für Deutschlands Größe gekämpft und gelitten habe! Doch die Polen seien solches und ähnliches Unrecht schon gewöhnt, würden sie doch überall unrecht behandelt, von staatlichen und von kommunalen Behörden. Überall suche man das polnische Element eben zurückzudrängen, sogar den polnischen Arbeiter. Zwei bei Montwy belegene Güter, die in den Besitz der Ansiedelungskommission übergegangen seien, sollten in Parzellen in der Größe von drei bis vier Morgen aufgeteilt und diese an deutsche Arbeiter vergeben werden. So wende sich also der Boykott sogar schon gegen den polnischen Arbeiterstand, den man, wo irgend möglich, durch deutsche Arbeiter zu ersetzen suche. Die polnischen Abgeordneten hätten weiter die Forderung unterstützt, daß den selbstständigen Kleinhandwerkern die Möglichkeit gegeben werde, an den Wohltaten der Altersversicherung teilzunehmen; sie hätten ferner bei der Beratung der Gesetze betreffend die Kaufmannsgerichte und die Unterstützung wegen unverschuldeter Untersuchungshaft mitgewirkt. Der § 2 des letztangeführten Gesetzes sei ihnen gefährlich erschienen, da er die Entschädigung dann nicht gewähren wolle, wenn ein Verstoß gegen die guten Sitten vorliege. Was werde in Preußen

nicht alles als die „guten Sitten“ gefährdend angesehen, sobald ein Pole in Frage komme?! Vereinigten sich polnische Gymnasiasten, um gemeinschaftlich die Sprache, Literatur und Geschichte ihres Volkes zu lernen, so sei dies ein Verstoß gegen die guten Sitten. Dagegen verstoße es nicht gegen diese, wenn jemand den alten polnischen Namen seiner Familie ablege. Nun, darüber seien die Ansichten eben verschieden, die Polen betrachteten letzteres als „Schweinerei“. Der infolge des Gesetzes betreffend die Ansiedelungskommission ausgeworfene Betrag von 100 Millionen sei inzwischen auf 450 Millionen erhöht worden. Da die preußische Regierung wahrgenommen habe, daß die mit dem Gesetz verfolgte Absicht nicht erreicht wurde, habe sie im Vorjahre ein Gesetz eingebracht, durch das die Tätigkeit der polnischen Ansiedlungsbanken lahmgelegt und die Ansiedlung von Polen unterbunden werden sollte. Naturgemäß stelle sich die Regierung auf den Standpunkt, daß jede von einem Polen beabsichtigte Neuansiedlung den Zwecken des Ansiedlungsgesetzes vom Jahre 1886 zuwiderlaufe und daher werde Polen die nach § 13b des neuen Gesetzes erforderliche Ansiedlungsgenehmigung seitens der Staatsbehörden verweigert. Der Zentrumsabgeordnete Noeren habe im Reichstage das neue Gesetz das größte Unrecht genannt, das eine zivilisierte Nation der anderen zufügen könne. Mittelst seiner nehme die Regierung dem polnischen Arbeiter das natürliche Recht, sich auf dem Stückchen Boden anzusiedeln, das er sich vermöge seiner sauren Spargroschen erworben habe. So sehe das wahrhaft väterliche Wohlwollen aus, das die preußische Regierung für den polnischen Arbeiter hege! Hier zeige sich, daß die Regierung für diesen Arbeiter kein Herz habe. Dazu verstoße das Gesetz gegen das durch die Reichs- und die Staatsverfassung den Polen gewährleistete Recht auf gleiche Behandlung. Das sei der preußischen Regierung aber gleichgültig, — sie habe die Macht in Händen und sie wisse dieselbe zu gebrauchen ohne Rücksicht darauf, ob dadurch den Polen jenes natürliche Recht verkümmert werde. Die Sparjamkeit und Tüchtigkeit des polnischen Arbeiterstandes biete aber die Gewähr dafür, daß die schrecklichsten gegen das polnische Element geführten Schläge ihren Zweck verfehlen würden. Um alle diese Proben der Regierung zunichte zu machen, habe jeder Pole auf dem Posten zu sein. Er habe darauf zu achten, daß er seine Sprache immer besser gebrauchen lerne, daß seine Kinder sich dieselbe aneigneten, daß in seinem Hause eine polnische Zeitung sich befinde, daß er mit den Landsleuten solidarisch zusammenstehe und sie unterstütze. Wenn so jeder auf seinem Posten seine Pflicht tue, dann könne die polnische Nation unbesorgt der Zukunft entgegensehen. (Vanganhaltender Beifall.)

Prälat Wawrzyniak ergriff nunmehr das Wort zur Besprechung von Kreis- und lokalen Angelegenheiten. Er ließ das Protokoll der letzten Sitzung des Kreiswahlkomitees vom 3. d. Mts. verlesen. Die einzelnen in diesem Protokoll erwähnten Punkte gelangten später noch zur Beratung und Beschlußfassung und sie können daher an dieser Stelle übergangen werden.

In Sachen der Tätigkeit des Kreis-Ehrengerichts stellte Prälat Wawrzyniak genauen Bericht für die bei Ablauf der Legislaturperiode abzuhaltende Kreiswählerversammlung in Aussicht. In aller Form habe das Ehrengericht noch nicht zu fungieren brauchen, da im Bedarfsfalle das direkte persönliche Eingreifen des Vorsitzenden genügt habe. Eine heikle Sache habe er gechlacht, und zwar als ein Gutsbesitzer in der Presse ungerecht als Landverschacherer hingestellt worden sei.

In Sachen der Sammlung von Mitteln zu Wahlzwecken sei s. Z. beschlossen worden, diese Mittel durch Sammlung von freiwilligen Spenden aufzubringen. Der Kreis Mogilno habe in dieser Hinsicht viel geleistet, und er sei daher auch in der Versammlung der Kreisdelegierten den übrigen Kreisen als Muster hingestellt worden. Die Klassenverhältnisse seien gute und in Ordnung. An die Kasse des Provinzialwahlkomitees habe der Kreis 300 Mk. abgeführt. Nun sei es aber ein Übelstand, daß jeder der zum Wahlfonds Beisteuernden damit warte, bis man ihn erinnere. Die Spenden durch Sammlung von Haus zu Haus einzuholen sei gesetzlich nicht zulässig, und um etwaige unliebsame Weiterungen für die Sammler zu vermeiden, sei nichts anderes übrig geblieben, als in der Sitzung des Kreiswahlkomitees den Beschluß zu fassen, daß ein Wahlverein für den Kreis Mogilno nach dem Muster des Posener Vereins gegründet werden solle. Bei dessen Mitgliedern dürften die Beiträge zum Wahlfonds, ohne behördliches Einschreiten befürchten zu brauchen, eingesammelt werden.

Nach Verlesung des s. Z. im „Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur“ veröffentlichten Wortlauts der Sitzungen des Posener Wahlvereins fragte Prälat Wawrzyniak die Versammelten, ob sie mit der Gründung eines solchen Vereins einverstanden seien. Da eine zustimmende Antwort erfolgte, teilte Wawrzyniak mit, ein Komitee von 5 Herren werde nunmehr in dieser Angelegenheit die weiteren Schritte tun.

Die Wahl des Geistlichen Kurzawski-Pafosch als Delegierten für die Kreisdelegiertenversammlung wurde bestätigt. Als Vertreter wurde Jastrzewski-Linowiec bestellt. Für die aus dem Kreiswahlkomitee durch Tod oder Verziehen ausgeschiedenen Personen wurden gemäß dem Beschluß des Kreiskomitees bestellt: Ellmann = Tremessen, Laubitz = Pafosch, Barz = Erlong, Pfarrer Bembenek = Parlin, Jurawiat = Tremessen, Kasimir Jilisiwicz und Tulodziecki. Wo die beiden Letztgenannten wohnen, wurde nicht gesagt.

Über das Verhältnis der Wahlorganisation zu der für den Kreis Mogilno neu gebildeten Organisation des Strazvereins äußerte sich Prälat Wawrzyniak wie folgt: Aus den Zeitungen hätten die Anwesenden ersehen, daß vor 8 Tagen in Mogilno eine Kreisorganisation des Strazvereins ins Leben gerufen worden sei. Ein Teil der Aufgaben, welche sich die Kreiswahlorganisation gestellt habe, liege auch im Bereich der Ziele des Strazvereins. Redner meine, daß durch dieses Operieren auf dem gleichen Gebiet leicht Verwirrung entstehen und es leicht kommen könnte, daß eine Organisation sich auf die andere verlasse und daß man, statt vorwärts zu kommen, zurückschreite. Angesichts dessen habe man im Kreiskomitee die Frage erörtert, ob es nicht angebracht sei, eine Arbeitsteilung vorzunehmen, derart, daß das Kreiswahlkomitee sich lediglich mit Wahlangelegenheiten befasse und alles übrige, was bisher im Bereich seiner Tätigkeit lag, dem Strazverein überlassen sollte. Redner habe sich persönlich auf diesen Standpunkt der Arbeitsteilung gestellt, und sein einschlägiger Antrag sei vom Kreiswahlkomitee auch mit geringer Mehrheit angenommen worden. Gegner des Antrags hätten eingewandt, was man an der Kreiswahlorganisation habe, wisse man, unbestimmt aber sei, was der Strazverein leisten werde. Die Anwesenden sollten sich zur Sache äußern.

Pfarrer Marchwinski-Tremessen erklärte sich für das Fortbestehen des bisherigen Zustandes. Bis jetzt habe die Mogilnoer Kreiswahlorganisation gut funktioniert. Ein Zusammenschluß der Wähler sei vorhanden gewesen, und die regelmäßigen Wählerversammlungen hätten ihren Zweck: gemeinsame Aus-

sprache über bürgerliche und nationale Angelegenheiten — erfüllt. Die Wähler würden sich dessen bewußt sein, daß sie Gott zu geben hätten, was Gottes und dem Kaiser, was des Kaisers sei. Wenn sie mit Gott eins seien, wer könne ihnen dann etwas anhaben? Ob der Strazverein das zu leisten vermögen werde, was die Kreiswahlorganisation geleistet habe, das sei unbestimmt. Man solle ihr darum überlassen, ihrerseits zu tun, was sie im Rahmen ihrer Aufgaben für gut befände, und die Kreiswahlorganisation solle sich von den gleichen Grundsätzen leiten lassen, dann werde ein Konflikt beider Organisationen nicht zu befürchten sein.

Gemäß dem Räte des Abgeordneten Dr. Krzyminski wurde beschlossen, eine abwartende Stellung einzunehmen und vor der Hand gemäß dem im Jahre 1897 für die Kreiswahlorganisation aufgestellten Programm weiter zu arbeiten.

Prälat Wawrzyniak erklärte im Anschluß hieran, die beiden Organisationen würden schon darum nicht mit einander kollidieren, da sein Vertreter im Vorstande des Kreiswahlkomitees, v. Dziembowski-Sosniz, zugleich Starost des Strazvereins sei und mithin die Sachen schon zum Besten lenken werde.

Über das Verhältnis der Wahlen zum Landbesitz ließ sich der Versammlungsleiter Prälat Wawrzyniak nunmehr wie folgt aus: Die Mogilauer Polen wünschten naturgemäß, Polen in die gesetzgebenden Körperschaften zu entsenden. Bezüglich des Reichstags gelinge dies; bei den Landtagswahlen mit ihrem Dreiklassenwahlsystem (das Redner näher erläuterte) fielen sie dagegen durch, da sie eben infolge der Verhältnisse in materieller Hinsicht hinter den deutschen Mitbürgern zurückständen. Es bleibe nun, wolle man mehr Einfluß auf die Landtagswahlen gewinnen, nichts anderes übrig, als in höhere Steuerklassen zu kommen zu suchen. Die Polen seien nun vorwiegend eine Landwirtschaft treibende Volksgesamtheit, und darum sei der Stand der Landwirte für den Ausfall der Wahlen von maßgebender Bedeutung. Redner habe s. Z. in einem Aufsatz den Verkauf des Bodens in fremde Hände als eine Sünde hingestellt. Von gegnerischer Seite sei daraufhin in der Presse die Forderung erhoben worden, der Staatsanwalt solle den Verfasser dieses Artikels wegen Gotteslästerung zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen. Trotzdem halte Redner seine damalige Ansicht auch heut noch aufrecht. Der Grund und Boden sei allerdings gleichfalls eine Ware, aber keine solche im landläufigen Sinne. Das Übergehen von polnischem Besitz in die Hände deutscher Privatpersonen sei allenfalls noch verzeihlich, da die Möglichkeit der Rückkehr in polnische Hände immerhin noch vorhanden sei. Diese Möglichkeit sei bei Verkäufen an die Ansiedelungskommission ausgeschlossen, solange wenigstens, als das einschlägige Gesetz Geltung habe. Handle es sich in einem solchen Falle um Großgrundbesitz, dann würden dazu noch alle die polnischen Arbeiter mit verkauft, die dort geboren und erzogen worden seien und die dies Land mit ihrem Schweiß gebügelt hätten; — und darin liege eben die Sünde. Diese Leute würden preisgegeben, — die Ansiedlung werfe sie hinaus und setze an ihre Stelle ein bisher hier fremdes Element. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, sei der Verkauf von Boden an die Ansiedelungskommission als unmoralisch anzusehen. Nun gebe Redner ja gern zu, daß manchmal fatale Verhältnisse obwalteten, die den Verkauf an die Ansiedelung als die einzige Rettung erscheinen ließen, da dies Institut so gute Preise zahle, daß der Verkäufer meist im Stande sei, seine Vermögenslage zu rangieren, die Schulden zu bezahlen, evtl. ein anderes Gut zu kaufen und damit die Existenz seiner Familie zu sichern.

Sünde bleibe aber Sünde, sie möge auftreten in welchem Gewande sie wolle, und mit ihr dürfe man nicht paktieren. Gegen eins müsse sich Redner wenden, — daß nämlich in der Presse vielfach Unschuldige des beabsichtigten Schachers mit der Ansiedelung geziehen würden und daß sich die Presse nicht die Mühe nehme, an maßgebender Stelle Erkundigungen darüber einzuziehen, ob die Beschuldigung zutrefte. Als Redner einmal einen Redakteur deswegen zur Rede stellte, habe dieser erwidert, er werde gern 10 Unschuldige des Bodenschachers verdächtigen, sofern es ihm in einem Falle gelinge, einen Verkauf zu verhindern. Jetzt sei der Landschacher sogar schon in den Kreisen der Bauern eingerissen, obgleich man bisher geglaubt habe, dieser Stand sei gegen solche nationale Verbrechen gefeit; ja, die Berichte der Presse bewiesen, daß die polnischen Bauern gern verkauften und daß sie den Boden tatsächlich als eine Ware betrachteten gleich jeder anderen. Nun sei es ja ohne Zweifel nach der Denkungsweise des Bauern hübsch, sich mittelst des bei solchen Verkäufen erzielten Gewinnes allmählig vom kleinen zum mittleren Besitzer, wohl gar zum Großgrundbesitzer hinaufzuarbeiten; aber darin liege eine große Gefahr, und wenn diese Denkungsweise um sich greife und schon der Bauer mit seiner vielgerühmten Anhänglichkeit an den Boden diesen leichten Herzens loschlage, dann müsse es immer schlimmer werden, dann müsse auch das Wahlergebnis für die Polen sich immer ungünstiger gestalten. Nun müsse man ja allerdings zugeben, daß die Verkäufer nur dem Geiste der Zeit folgten, nur die gegenwärtige günstige Konjunktur ausnützten, und daß sie darum nicht verdienten, als Verräter gebrandmarkt zu werden. Weil der Landbesitz für die Wahlen ausschlaggebend sei, ersuche Redner die Versammlung zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der einzige Redner, der dieser Aufforderung Folge leistete, war ein gewisser Tulodziecki aus Zielen. Er nannte den Boden den Ernährer des polnischen Elements, ein Umstand, der die Polen zwingt, dem Landschacher nicht gleichgültig gegenüber zu stehen. Das tangiere auch die polnischen Bewohner der Städte, die Kaufleute und Gewerbetreibenden; denn in dem Maße, wie der polnische Boden verschwinde, nehme auch ihr Kundenkreis an Umfang ab.

Außer Zusammenhang mit dieser Frage beschwerte sich Maciejewski-Tremessen darüber, daß es in Tremessen öffentliche Institute gebe, welche den polnischen Kaufleuten und Gewerbetreibenden am Orte kein Vertrauen entgegenbrächten und mit ihren Aufträgen deutsche Gewerbetreibende außerhalb des Ortes beorderten. Redner wolle niemandem zu nahe treten, — er sei aber im Interesse der polnischen Geschäftswelt genötigt zu erklären, daß seine Vorwürfe sich gegen den Kirchenvorstand und den Ortspfarrer richteten. Der Versuch, eine andere Zusammensetzung des Kirchenvorstandes bei den einschlägigen Wahlen zu erzielen, sei fehlgeschlagen, und darum fühle sich Redner veranlaßt, an dieser Stelle zu sagen, daß die polnischen Gewerbetreibenden Tremessens verlangen könnten, unterstützt zu werden, da sie die Abgaben und Lasten für die Kirche trügen.

Prälat Wawrzyniak hinderte den Ortspfarrer, der sich zum Worte meldete, auf diese Sache jetzt einzugehen, da der vorherige Punkt der Tagesordnung noch nicht erschöpft sei. Sodann resümierte er im Einverständnis mit den Versammelten seinen Standpunkt zur Bodenfrage dahin, daß die Versammelten sich dessen bewußt seien, daß der Ausfall der Wahlen vom Umfang des polnischen Landbesitzes abhängig sei, daß ferner die Polen danach zu trachten hätten, ihren materiellen Wohlstand zu mehren, nicht allein des

guten Auskommens halber, sondern auch in Erwägung der politischen Bedeutung des Grundbesitzes.

Dr. Maciejewski verlas nunmehr einen Zeitungsartikel aus einem nicht genannten polnischen Blatte, betreffend die vorjährigen Mogilno'er Stadtverordnetenwahlen und den insolge dessen zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung ausgebrochenen Konflikt, dessen endgültige Beilegung durch Urteil des Obergerichtes noch aussteht.

Im Anschluß hieran erklärte Prälat Wawrzyniak, das Mogilno'er Wahlkomitee habe beschlossen, daß die Polen sich an der diesjährigen Stadtverordnetenwahl nicht beteiligen sollten, weil keine Abschriften der Wählerlisten zu erlangen seien und daher die erforderlichen Prüfungen nicht vorgenommen und etwa nötige Berichtigungen nicht veranlaßt werden könnten. Es sei ihm, dem Redner, von einem Mitgliede der Einkommensteuer-Einschätzungskommission erzählt worden, manche Polen hätten sich bereit erklärt, einen höheren Steuersatz zu zahlen, doch sei ihnen erklärt worden, das könnten sie nicht. Es sei doch rührend, daß man für die Taschen der polnischen Einwohner so besorgt sei. Jedenfalls müßten die polnischen Wähler in eine möglichst hohe Steuerklasse zu gelangen suchen, damit ihre Stimmen bei Wahlen größere Bedeutung gewinnen. Leider mache sich selbst bei den Kommunalwahlen auf deutscher sowohl wie auf polnischer Seite eine solche Verbissenheit bemerkbar, daß niemand danach frage, ob der oder jene Kandidat sich für den Vertrauensposten eigne; entscheidend sei meist nur die Frage, ob er ein guter Pole oder Deutscher sei. Das sei bedauerlich, lasse sich aber schwer ändern. In Mogilno bestehe ein Hausbesitzerverein, dem Deutsche und Polen angehörten. Stets sei da betont worden, daß der Verein bei der Auswahl von Personen für städtische Ämter nicht auf Religion und Nationalität sehe, sondern daß er nur das Interesse seiner Mitglieder wahren wolle. Wie sehe aber die Sache in der Praxis aus? Bei einer bestimmten Gelegenheit habe eine der maßgebenden Persönlichkeiten im Vereine gesagt: „Ja, das können Sie mir doch nicht zumuten, daß ich einen Polen wähle.“ Welche absurde Meinung die Deutschen von den Polen hätten, das bewiesen verschiedene Tatsachen. Hier behaupte ein deutsches Blatt, die „Parole“, die Polen beabsichtigten auf den Ruinen des preussischen Staats ihr künftiges Reich aufzurichten. Dort jammere ein Kreischulinspektor in einem Volksunterhaltungsabend: „Was haben wir denn den Polen getan, daß sie uns so verfolgen?“ Wenn man solche Äußerungen höre, so frage man sich zweifelnd, ob diese Leute wirklich glaubten, was sie redeten. Die Polen stünden unverrückt auf dem Standpunkt, daß dem Kaiser zu geben sei, was ihm gebühre, und Gott, was diesem zustehe. Unmoralisch sei aber die an sie gestellte Zumutung, sie hätten nur Pflichten, aber keine Rechte. — Der polnischerseits so lebhaft und nachdrücklich betonte Standpunkt „Der Landsmann hat nur beim Landsmann zu kaufen“, sei ein zweischneidiger, und es müsse ernst davor gewarnt werden, ihn auf die Spitze zu treiben. Die Vorgänge in Puderwitz bewiesen, wie man dem Redner berichtet habe, daß bei der Ausgabe dieser Parole in erster Linie die Polen selbst vielfach der leidende Teil seien. Infolge der dort deutscherseits gegenüber dem Strazverein ins Werk gesetzten Gegenbewegung werde so mancher polnische Handwerker ruiniert werden. Dies Beispiel solle der polnische Gewerbetreibende sich eine Lehre sein lassen. Ein großer Teil der polnischen Handwerker müsse mit der deutschen Kundschaft rechnen, ohne diese werde ihre Existenz in Frage gestellt. Zu bedenken sei ferner, daß Tausende von Polen in Berlin und im Westen dem

Broterwerb nachgingen. Welche Folgen würden für diese Leute hereinbrechen, wenn die Deutschen ebenfalls konsequent nach jenem polnischen Grundsatz verfahren?! Dabei befolgten oft die größten Schreier unter den Polen diesen Grundsatz selbst nicht. Polnische Rechtsanwälte hätten dem Redner geklagt, daß die polnischen Rechtssuchenden sich mit Vorliebe an jüdische Anwälte wendeten in der Meinung, das seien die tüchtigsten. Dieselben Leute aber, welche die Klientel der jüdischen Anwälte bildeten, erhoben ein ungeheures Geschrei, wenn ein polnischer Rechtsanwalt einmal seinen Bedarf wo anders decke, als in einem polnischen Geschäft. Wer von den polnischen Gewerbetreibenden verleitet werde, lediglich sich auf die Losung: „Der Landsmann zum Landsmann!“ zu verlassen, und wer insolge dessen seine Zukunft auf patriotisches Maulheldentum, nicht aber auf seine geschäftliche Tüchtigkeit gründe, der werde bald Ziasco machen. Die gegenwärtige Schärfe des Nationalitätenhaders hier im Osten könne nicht lange anhalten, sie müsse sich ändern und vorübergehen. Das solle der polnische Handwerker bedenken, und darum jene Losung nicht auf die Spitze treiben.

Zu seiner Rechtfertigung gegenüber den von Maciejewski erhobenen Vorwürfen erhielt nunmehr der Ortsgeistliche Marchwinski das Wort. Er stellte zunächst fest, daß er während seiner ganzen dreizehnjährigen Tätigkeit in Trempessen stets bewiesen habe, daß er es mit seinen Parochianen gut meine, daß er aber auch offen, ungeschminkt und aufrichtig jedem die Wahrheit ins Gesicht sage, sei er Pole oder Deutscher. Hierauf legte er eingehend dar, daß er bei Vergebung des Kirchhofszaunbaues und der Kirchenreparaturen lediglich das materielle Interesse der Parochie wahrgenommen habe, wenn er die Ausführung der Bauten auswärtigen Unternehmern, nicht aber Eingeseffenen der Parochie übertragen habe. Die Preisunterschiede bei dem ziemlich hohen Objekt seien so bedeutende gewesen, daß er ein Dieb an der Tasche der Parochianen geworden wäre, hätte er anders gehandelt. Würde es sich um einen geringen Unterschied im Preise gehandelt haben, so hätte er lokalen Handwerkern gern den Mehrerdienst gegönnt. So aber sei dies nicht angängig gewesen. Dazu habe er sich doch sagen müssen, daß eine große Fabrik leistungsfähiger sei und den Auftrag werde vollkommener erledigen können als ein kleiner Gewerbetreibender am Orte. Und für diese uneigennützig, nur auf das materielle Wohl der Parochianen bedachte Haltung müsse er sich gefallen lassen, in einem solchen Schmierblatt, wie die Pokraka, heruntergerissen zu werden. Dort müsse er sich vorwerfen lassen, daß er kocheres Fleisch kaufe. Nicht für einen Pfennig kocheres Fleisch habe er je bezogen. Man dürfe ihm seine Erregung nicht übelnehmen. Jenes Schundblatt werde in allen Kneipen ausgelegt und die darin aufgetischten Lügen kämen in aller Leute Mund. Mit diesem Blatte sich auseinanderzusetzen sei unter seiner Würde. Sofern er jedoch die Person des Einsenders jener Schmähartikel in Erfahrung bringen könne, würde er die Hilfe der Staatsanwaltschaft ohne weiteres in Anspruch nehmen. Man solle doch ferner bedenken, daß die Regierung hinsichtlich jener Bauten auch ein Wörtchen mitzusprechen habe, da sie das Aufsichtsrecht besitze. Des Redners Gerechtigkeitsgefühl werde es nie dulden, daß ehrliche Deutsche gekränkt würden; in dieser Beziehung sehe er nur den Menschen, nicht aber seine Religion und Nationalität an. Unter Beifallsbezeugungen der Anwesenden wies Redner dem Maciejewski nach, daß dieser in mehreren Fällen seine polnischen Kunden in keiner Hinsicht befriedigt habe, u. a. auch den Besitzer Portasiewicz.

Maciejewski erklärte kleinlaut, es habe ihm ferngelegen, den Boykott gegen Juden und Deutsche

zu predigen. Er lebe auch von beiden. Er habe sich auch nicht dagegen gewendet, daß jene Bauten Deutschen übertragen worden seien, sondern nur dagegen, daß man auswärtige, nicht Tremessener Handwerker damit bedacht habe.

Nach belanglosen Ausführungen von Zurawia-Tremessen, der das Vorgehen des Maciejewski zu beschönigen versuchte, meinte Schneider Kowalewski-Tremessen, die polnischen Handwerker bezögen ihren Bedarf zum Teil notgedrungen von Juden, da es keine polnischen Fabriken für bestimmte Artikel gebe. Die polnischen Geldleute sollten ihr Vermögen statt in auswärtigen Banken in solchen Fabrikunternehmungen anlegen, dann werde der polnische Handwerker nicht genötigt sein, zum Juden zu gehen.

Pfarrer Marchwinski wies darauf hin, daß die polnischen Handwerker selbst die Lösung „der Landsmann zum Landsmann“ vielfach Lügen strafte. In mehreren Fällen hätten solche Leute ihm selbst erklärt, sie bezögen ihre Artikel vom Juden, weil der einschlägige polnische Gewerbetreibende ihnen auch nichts zu verdienen gebe.

Auf die Frage des Maciejewski, ob das polnische lokale Wahlkomitee sich auch mit den kirchlichen Wahlen befassen dürfe, erwiderte Prälat Wawrzyniak: Die meisten Präpste sähen die Einnischung in diese Angelegenheiten nicht gern; dazu seien diese Wahlen nur von der Kirche toleriert, nicht etwa von ihr vorgeschrieben. Redner sei der Meinung, daß man dem Wahlkomitee, natürlich vorausgesetzt, daß die Form gewahrt werde, gestatte, sich mit diesen Wahlen zu befassen. Auch in Posen sei dies neuerdings geschehen. Allerdings seien die dortigen Oppositionellen so taktvoll gewesen, den Propst der Martinsparochie zu der einschlägigen Vorwahlversammlung einzuladen. Man müsse bedenken, daß die Situation auch hierzulande sich so gestalten könne, daß auch die Kirchenwahlen ein gewisses politisches Interesse gewannen.

Redner erinnere an die Vorgänge in Berlin. Dort hätten deutsche Geistliche ihren polnischen Parochianen gegenüber, von denen sie doch lebten, eine so unwürdige Haltung eingenommen, daß den Polen schließlich nichts übrig geblieben sei, als sich aufzulehnen. Wohl kein Pfarrer komme ohne Konflikt mit seiner Gemeinde davon, auch sei eine Opposition ja immer zulässig, sofern sie nur die Formen wahre, anständig bleibe und die Sache nicht in dummer Weise auf die Spitze getrieben werde.

Pfarrer Kurzawski-Pafosch äußerte seine Freude darüber, daß es ihm vergönnt gewesen sei, zum ersten Male an einer Kreiswählerversammlung teilzunehmen und sich bei den Wählern dafür zu bedanken, daß sie ihn mit dem Vertrauensamt des Delegierten beehrt hätten. Er werde sich bemühen, das Vertrauen zu rechtfertigen. Die heutige Versammlung habe bewiesen, daß der Geist der Nation noch nicht vergiftet sei. Wenn hier im Kreise in der Wahlorganisation so schöne Ordnung herrsche, so sei das in erster Linie das Verdienst des Prälaten Wawrzyniak, dem Redner wünsche, daß er noch recht lange in so würdiger Weise seines Amtes walten möge.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Prälat Wawrzyniak schloß die zwar lebhaft, aber ohne Störung verlaufene Versammlung nach dreistündiger Dauer um 5 Uhr.

Güntner,
Königl. Polizeisekretär.

Be r i c h t

über den Verlauf der am 26. November d. J. im Niedbala'schen Lokale zu Wollstein abgehaltenen öffentlichen Wählerversammlung.

Posen, den 27. November 1905.

Die von dem Propst Mojzykiewicz-Priment einberufene polnische Wählerversammlung war von etwa 400 Personen, zumeist Arbeitern und bäuerlichen Wirten aus der Umgegend Wollsteins, besucht. Von der Intelligenz waren anwesend: Graf Czarniecki-Rakwitz, Graf Mysielski-Komorowo. Die Geistlichkeit war vertreten durch den Prälaten Stychel-Posen, Propst Mojzykiewicz und Vikar Jadomski-Priment, die Präpste Gladysz und Rosenberg-Wollstein, Vikar Wikowski-Wollstein. Die Namen dreier jüngerer Geistlichen waren nicht festzustellen. Die polnischen Kaufleute und Handwerker der Stadt waren fast vollzählig erschienen.

Um 3³/₄ Uhr eröffnete Propst Mojzykiewicz die Versammlung und gab bekannt, daß er sie hauptsächlich deshalb einberufen habe, um einen Wahlverein für den Kreis Bomst zu gründen. Im Verlaufe der Verhandlungen werde er den Anwesenden die Notwendigkeit der Begründung eines solchen Vereins näher beleuchten. Der heute erschienenen schätzbare Abgeordnete, Prälat Stychel, dagegen werde über die Lage des polnischen Volkes sprechen. Er stelle den Abgeordneten hiermit vor und danke ihm, daß er die Freundlichkeit gehabt und der Einladung, nach Wollstein zu kommen, Folge geleistet habe. Keiner anderer könne es besser verstehen den Wählern vor Augen zu führen, was das Polentum bedrücke, als ein Abgeordneter, der mitten im politischen Leben stehe und die ehrenvolle Aufgabe habe, seine Brüder und Landsleute in Berlin zu vertreten.

Bevor man in die Verhandlungen trete, müsse das Bureau gebildet werden, er schlage vor den Grafen Czarniecki zum Leiter der Versammlung, Propst Gladysz zum stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Skutecki zum Schriftführer, die Herren Gryjze-Wollstein und Maniakielkowo zu Beisitzern zu wählen.

Nachdem sich die Versammelten mit den in Vorschlag gebrachten Personen einverstanden erklärt hatten, dankte Graf Czarniecki für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, die Versammlung in gerechter Weise zu leiten.

Das Wort wurde zunächst dem Abgeordneten Stychel erteilt, der folgendes ausführte:

Es freue ihn, daß er der Einladung, nach Wollstein zu kommen, habe Folge leisten können, es sei ihm somit Gelegenheit geboten worden, eine neue Gegend des polnischen Landesteiles kennen zu lernen und zu den Herzen seiner Brüder und Landsleute über deren allgemeine Lage zu sprechen. Das polnische Volk wandle auf dornenvollen Pfaden; ihm, St., falle die Aufgabe zu, der Regierung in Berlin zu sagen, was das Volk schmerze, dessen Vertreter er im Abgeordneten-hause sei. Die Abgeordneten hätten die Pflicht, an alles zu denken, was die Interessen des Volks betreffe. Obgleich die polnischen Volksvertreter es genau wüßten, daß alle ihre Anstrengungen erfolglos seien, so dürften sie doch nichts unterlassen von dem, was ihnen das Ehrenamt auferlege. So mancher werde sagen, weshalb die Abgeordneten denn erst nach Berlin gingen, sie vergebten ja nur ihre kostbare Zeit, wenn alle ihre Arbeit doch vergeblich sei. Wer so denke, irre sich. Die Notwendigkeit erfordere es, daß die Volksvertreter in Berlin die Klagen ihrer Brüder vorbrächten, man müsse der ganzen Welt zeigen, daß die polnische Nation lebe, daß sie dieselben Rechte zu beanspruchen habe, wie das deutsche Volk. Von den Rechten des polnischen Volkes bröckele man immer mehr ab, man müsse daher

auf der Hut sein, damit nicht alles verloren ginge. Ganz Europa solle erfahren, wie man die Polen tratiere. Man möge die Reden, welche in den polnischen Versammlungen gehalten würden, immerhin stenographieren, das könne den Polen nur zum Nutzen gereichen. Das polnische Volk versammle sich nicht allein, weil es die Notwendigkeit erheische, sondern es müsse dadurch zeigen, daß es noch da sei, daß es lebe.

Dornenvoll sei der Weg, den Gott den Polen vorgeschrieben habe. Ihre Lage sei in jeder Beziehung eine traurige und deshalb seien sie genötigt, bittere Klagen laut werden zu lassen. Selbst die kleinen Kinder würden benachteiligt, sie selbst verspürten es, wie dornenvoll auch ihr Weg schon sei. Die Schule habe die Pflicht, den Menschen für das Leben vorzubereiten, sie solle in den Herzen der Kleinen die Glaubensgrundsätze festigen, damit sie im späteren Leben, wenn die Versuchung an sie herantrete, nicht verloren gingen. Es unterliege ja keinem Zweifel, daß die preussischen Schulen gut eingerichtet seien, jedenfalls besser als die Schulen anderer Staaten. Den polnischen Kindern aber gebe die Schule nicht das, was ihnen not tue. Die polnischen Eltern seien verpflichtet, zur Unterhaltung der Schulen ebenso beizutragen, wie ihre deutschen Mitbürger, leider aber fänden sie in den Unterrichtsanstalten nicht das, was sie zu verlangen hätten, denn die polnische Sprache werde aus ihnen immer mehr ausgemerzt. Das Kind verlasse die Schule; die deutsche Sprache, die ihm so notwendig sei, habe es aber nicht gelernt und in der Muttersprache sich nicht vervollkommen. Die in der deutschen Sprache gelernten Religionswahrheiten seien des geringen Verständnisses wegen nicht ordentlich begriffen worden, das Seelenheil des Kindes sei somit bedroht. Dem Lehrer bereite das Unterrichten in der den Kindern unverständlichen Sprache unsägliche Mühe, den Schülern komme das Lernen gar sauer an, insbesondere, wenn sie sich mit den schwierigen biblischen Geschichten abquälen müßten. In einer Schule des Großherzogtums sei angeordnet worden, daß beim Unterrichte in der biblischen Geschichte nur die deutsche Sprache angewendet werde; der Lehrer sei bei seiner vorgesetzten Behörde vorstellig geworden, daß er in diesem Falle sein ihm gestelltes Pensum nicht erreichen könne, das habe aber nichts genützt. So habe sich denn der Lehrer mit der deutschen Sprache weiter quälen müssen, und wie dies geschehen sei, das solle hier den Versammelten vor Augen geführt werden. Der Lehrer habe die Geschichte von der Schöpfung behandelt und den ersten Satz „Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde“ zu erklären versucht. Den „Anfang“ könne man nicht an die Tafel malen. Der Lehrer habe den Kindern die Bank gezeigt und gesagt, auf ein Ende der Bank weisend: Seht, Kinder, das ist der Anfang der Bank und — auf das andere deutend — das ist das Ende der Bank. Auf die Frage: „Was schuf Gott am Anfang?“ hätten die Kinder geantwortet: Am Anfang schuf Gott eine Bank!

„Die Erde war wüst und leer.“ — „Wüst“ und „leer“ könne man ebenfalls nicht an die Tafel malen. Da habe sich aber der geschickte Lehrer zu helfen gewußt, er habe sich von seiner Frau einen Topf mit Wasser geben lassen und mit den Kindern folgendes Experiment versucht:

Was ist das? — Das ist ein Topf! Was ist in dem Topfe? — In dem Topfe ist Wasser! Lehrer: Der Topf ist voll, ich werde das Wasser ausgießen. — Jetzt ist der Topf „leer.“ Wie war die Erde am Anfang? Antwort: Die Erde war ein Lehrer und ein Topf! „Es war finster auf der Erde.“ — Der Lehrer verhing die Fenster und sagte: Jetzt ist es finster in der Schulküche. Wie war es auch am An-

fang auf der Erde? Antwort: Am Anfang war ein „Fenster“!

So hätten die Kinder trotz der Bemühungen und geschickten Versuche ihres Lehrers alles verwechselt und nur verkehrte Antworten gegeben. Daraus könne man sehen, wie schwer es sei, polnischen Kindern deutschen Religionsunterricht zu erteilen.

Ein Herr sei auf seinem Spaziergange einem kleinen Hütchen begegnet und habe sich mit ihm in folgendes Gespräch eingelassen:

Herr: „Gehst Du zur Schule?“

Knabe: „Ja!“

Herr: „In welcher Sprache lernst Du die Religion?“

Knabe: „In der deutschen!“

Herr: „Wie betest Du in der Schule?“

Knabe: „Deutsch!“

Herr: „Kannst Du das Vaterunser beten?“

Knabe: „Ja!“

Herr: „Bete es doch einmal!“

Der Knabe habe das deutsche Vaterunser so schnell und unverständlich hergeplappert, daß der Herr fast kein Wort davon habe verstehen können. Den Hut habe der Hirte auf dem Kopfe, die Peitsche in der Hand behalten. Als ihn der Herr aber das Vaterunser polnisch beten hieß, habe er sofort die Peitsche auf die Erde geworfen, den Hut in die Hand genommen und voller Andacht das ihm liebe „Ojcze nasz“ gebetet. — Sei das nicht ganz etwas anderes, wenn das Kind so bete, wie es ihm die Mutter gelehrt habe? Bei dem „Ojcze nasz“ habe der Knabe gewußt, daß er zu seinem Schöpfer spreche, das Gebet sei aus dem Herzen gekommen. Deutsch sprechen solle und müsse jedes polnische Kind lernen, beten aber solle es in seiner Muttersprache. (Anhaltendes Bravo.)

Weil die preussische Schule dem polnischen Kinde das nicht gebe, was ihm not tue, hätten sich edel denkende Damen in Posen gefunden und Schulkindern polnischen Sprachunterricht erteilt, da sei denn aber sogleich die Polizei mit einem Verbot gekommen; eine Dame habe für ihr Vergehen 5 Tage im Polizeigefängnisse sitzen müssen.

In den Volksschulen werde das gotische und lateinische Alphabet gelehrt. In der polnischen Schriftsprache bediene man sich der lateinischen Schriftzeichen. Es gebe gewisse Geister, denen es nicht passe, daß die Schule das lateinische Alphabet lehre. Ein Schulinspektor habe bei der Revision einer seiner Schulen, es war eine solche, die nur von deutschen Kindern besucht werde, sich darüber gewundert, daß ein Kind die lateinische Schrift so schlecht lese. Der Lehrer habe ihn daraufhin erinnert, daß er selbst verboten habe, das lateinische Alphabet zu lehren. Der Schulinspektor habe erwidert, daß sich dieses Verbot nur auf solche Schulen beziehe, die von polnischen Kindern besucht würden. Derselbe Schulinspektor habe auch verboten, das schöne Gedicht: „Muttersprache, Mutterlaut“ zu behandeln, doch nur deswegen, damit den polnischen Kindern nicht etwa zum Bewußtsein gebracht werde, daß auch ihre Muttersprache „wonneseam“ für sie sei.

Nicht allein in den Schulen und Internen werde die polnische Sprache verachtet, sondern auch unter dem deutschen Bürgertum. In einem Eisenbahnwaggon habe einmal eine Polin mit ihrem Kinde gegessen. Auf einer Station seien zwei deutsche Damen eingestiegen. Die Mutter habe ihrem Kinde (polnisch) befohlen, Platz zu machen; da habe denn eine dieser beiden Damen gesagt: „Alja, Polen. Das größte Unglück, das einem auf der Reise zustoßen konnte.“ — Das sei in der Tat charakteristisch für die heutigen Verhältnisse; solche Leute würden nicht geboren, aber gemacht durch die hegerische deutsche Presse. Es habe Zeiten gegeben, in denen die polnische Sprache

auch dem deutschen Ohre angenehm geklungen habe. Im Jahre 1870/71 habe man die polnischen Soldaten polnisch-nationale Lieder singen heißen, die Militärmusik habe dazu begleiten dürfen.

Darüber, daß die Polen als Bürger zweiter Klasse behandelt würden, lasse sich viel sagen: Wie bei den Wahlen die deutsche Mehrheit oft künstlich geschaffen werde, sei zur Genüge bekannt. Obgleich ein derartiges Verfahren strafbar sei, werde es doch vielfach geübt. Dem polnischen Arbeiter drücke man deutsche Zettel in die Hand. Lehrer, Notare und Richter hätten sich vielfach zu verantworten gehabt, weil sie für Polen gestimmt hätten. Der Zwang bringe sogar bis an den häuslichen Herd. Den Lehrern sei durch eine Verfügung die Pflicht auferlegt worden, in ihren Familien deutsch zu sprechen. Der Minister Studt habe ihm, dem Redner, gesagt, daß ein dahingehender Erlass nicht existiere, doch aber habe es sich gezeigt, daß es der Fall sei. Er erinnere hierbei auch an die Verfügung, nach welcher die Lehrer verbunden seien, dem Geistlichen zu erklären, daß er ihre Kinder in der deutschen Sprache für den Empfang der Sacramente vorbereiten solle. Über die von der deutschen Reichs-post dem Polentum gegenüber geübte Praxis wolle er sich nicht erst auslassen, ebenso nicht über die Änderung der polnischen Ortsnamen. Mit Beziehung auf die Standesämter aber wolle er den Landsleuten raten, ihre Rechte zu verteidigen. Der Standesbeamte sei verpflichtet, den Namen des Kindes so in das Register einzutragen, wie es der Vater wünsche, zum mindesten aber müsse der polnische Vorname dem deutschen, in Klammern gesetzt, folgen. Man lasse es nicht zu, daß der weibliche Familienname, mit „ska“ endigend, die Endsilbe „ski“ erhalte. Minister von Hammerstein habe das angeordnet und die Polen sollten von diesem Rechte Gebrauch machen.

Bei all den Bedrückungen der Polen habe es auch an lächerlichen Sachen nicht gefehlt; es sei nur an das Vorkommnis mit den weiß-roten Fahnen erinnert, die weiß-blau gewesen seien und infolge eines heftigen Regens die dem preussischen Staate so gefährliche Färbung angenommen hätten.

In wirtschaftlicher Beziehung würden den Polen nicht minder Schwierigkeiten bereitet. An eine Unterstützung derselben mit amtlichen Geldern sei nicht zu denken. Um Beamter zu werden, müsse man Deutscher sein, für den Polen sei es jedenfalls schwer, ein Amt zu erhalten, höchstens könne er sich zu einem Nachwächterposten emporheben. Weil die Deutschen von den Polen angeblich so sehr bedrückt würden, müsse man sie durch besondere Fonds unterstützen. Diese unglücklichen Zulagen würden sich früher oder später an den Charakteren der Deutschen noch bitter rächen. Überall mache man deutsche Handwerker und Kaufleute festhaft. Man solle doch die Polen in Ruhe lassen, sie seien gewillt, ihrer Arbeit nachzugehen, sie verzichteten auf die Fonds und wollten sich selber forthelfen ohne die Unterstützung der Regierung, man schaffe ihnen nur nicht diese unnötige Konkurrenz. Wie sehe es bei den Submissionen aus! Die Polen bemühten sich um die zu vergebenden öffentlichen Arbeiten, berücksichtigt aber würden sie nicht. Der größte Feind des Polentums sei der Hakatismus. Die Bruderschaft von den drei Buchstaben diktiere der Regierung ihre Absichten und schaffe Verhältnisse, welche geradezu um Rache zum Himmel riefen.

Seit langem müßten die Polen ihr hartes Schicksal tragen. Am schwersten hätten sie unter dem Ansiedelungs-gesetz zu leiden, das in neuerer Zeit, wie bekannt, ihnen nur noch mehr Beschränkungen auferlegt habe. Selbst rechtsschaffene Deutsche empfänden es, welches Unrecht dem Polentum durch dieses Gesetz zugefügt

werde; es verstoße gegen die Konstitution. Wenn es dem polnischen Manne auch den Ankauf von Ländereien nicht verbiete, so lasse es doch nicht zu, daß er sich auf dem väterlichen Boden ein Häuschen aufbauen könne. Wenngleich auch deutsche Abgeordnete, wie Koeren und Träger, gegen dieses Projekt aufgetreten seien, so sei es der Regierung doch gelungen, es durchzubringen; sie habe es eben gewollt und da hätten die Konservativen einfach mit dem Kopfe genickt. Minister v. Schönstedt habe gesagt, das Gesetz verstoße weder gegen die deutsche, noch gegen die preussische Konstitution, Hammerstein habe es für ein geeignetes Kampfmittel gegen das Polentum gehalten, Poddbielski habe es zwar für ein Ausnahmengesetz angesehen, aber trotzdem doch gewünscht, daß es angenommen werde.

Was die Herren Minister den Polen alles zutrauten, das erhelle aus der Einbildungskraft Hammersteins, der in den amerikanischen Turnern die zukünftigen polnischen Legionen erblickt habe, die sich dazu rüsteten, Polen wieder frei zu machen. Poddbielski wisse die Polen so reich, daß sie, wie er gesagt, schon in Pommern Ländereien aufkauften und bereits 40 000 Morgen in ihren Händen hätten. Die Namen der Dörfer habe er nicht genannt. Als er darum angegangen worden sei, da habe er sich seinen polnischen Bart gestrichen, ein Merkmal, das noch seine Herkunft verrate, und von zwei solchen Dörfern gesprochen, die Namen der Ortschaften aber habe er nicht zu nennen vermocht.

So sehe es um die Polen aus. Das dürfe sie aber nicht mutlos machen; hier heiße es, kalt Blut zu behalten und dabei zu denken, daß sie ebenso preussische Bürger seien wie die Deutschen. Wenn ihnen in Versammlungen von Rednern vor Augen geführt werde, welch Unrecht sie erleiden müßten, dann geschehe das nicht etwa, um sie aufzuheizen, sondern lediglich deshalb, um sie aufzuklären. Was der Staat zu fordern habe, das müsse man ihm geben, was man dem polnischen Untertan vorenthalte, das müsse er sich selbst erkämpfen und wenn dieser Kampf noch so schwer sei. Wie schön seien doch die Traktate, man müsse nur zeigen, daß diejenigen, die sie gemacht, von ihrem Wege abgewichen seien. Das polnische Volk habe seine Sprache, seine nationalen Eigentümlichkeiten, das alles wolle es behalten und verteidigen bis zum letzten Atemzuge. Bei der Verteidigung der nationalen Schätze müsse man aber immer kalt Blut bewahren. Wer ein polnischer Patriot sein wolle, der übe strenge Pflichterfüllung und bitte Gott um Geduld. Jeder müsse für seine und für die Sache der Gesamtheit arbeiten und Opfer bringen. Das polnische Volk sei polnisch geblieben, es müsse danach trachten, immer polnisch zu bleiben. Zur Bewahrung der Nationalität sei vor allen Dingen Aufklärung und Einigkeit nötig. Wenn es daran nicht mangle, dann werde man die beste Stütze des Polentums, das geliebte polnische Land, nicht aus den Händen lassen. Keiner versündige sich an seinem Vaterlande, an seinem Volke schwerer, als die Verschacherer des väterlichen Bodens. Wenn früher die Intelligenz Schacher mit dem Boden getrieben habe, so beginne jetzt der kleine Mann damit; daher seit es Zeit, den einfachen Mann aufzuklären, ihm zu sagen, welche Pflichten er gegen seine Brüder zu erfüllen habe. Im Vertrauen zu Gott ans Werk, dann werde das polnische Volk nie untergehen!

Graf Czarniecki: Er danke dem Herrn Abgeordneten für den sehr interessanten und belehrenden Vortrag im Namen der Versammlung. Allen sei zur Genüge bekannt, mit welcher Hingebung der Abgeordnete die Sache seiner Landsleute in Berlin verteidige. Obwohl ihm sein selbstforgerisches Amt viele Lasten auf-erlege, sei er der Einladung gefolgt und nach Wollstein

gekommen. Seine Worte hätten die Zuhörer so befriedigt, daß er in Zukunft bei sich anbietender Gelegenheit wiederum gebeten werden solle, die hiesige Gegend zu besuchen. — Die Versammlung brachte begeisterte Hochrufe auf Stychel aus.

Das Wort erhielt nunmehr Schuhmachermeister Domagalski aus Wollstein, der zu dem Thema „Jeder zu dem Seinen“ nachstehendes ausführte:

Der polnische Kaufmanns- und Handwerkerstand sei in Wollstein ziemlich zahlreich vertreten. Leider verstünden es die Landsleute des Ortes und der Umgegend immer noch nicht, sich der eingangs angeführten Losung anzupassen. Ein guter Patriot dürfe das Geld nicht zu den Fremden tragen, die ihn unterdrückten. Das richtige Verständnis für die polnische Sache fehle noch vielen Landsleuten, daher sei es Pflicht der intelligenteren Polen, ihre Brüder nach dieser Richtung hin aufzuklären. Das Geld, welches die Polen den Fremden hintrügen, komme nie wieder in ihre Taschen zurück, es werde zur Waffe gegen die polnische Gesamtheit. Es handele sich hierbei nicht um einige Groschen, sondern um Millionen. Wenn die Nichtbeachtung der Losung „Jeder zu dem Seinen“ lange anhalte, dann werde der dem Polentume zugefügte Schaden immer größer. Jeder, in dessen Adern polnisches Blut fließe, habe die heilige Pflicht, für die Erstarkung seiner Gesamtheit und nicht für die der Fremden zu sorgen. Es sei irrig, wenn man meine, die deutschen Kaufleute und Handwerker seien leistungsfähiger, als die polnischen, sie verkauften dieselbe Ware für billigeres Geld. Auch der kleinste Mann könne zum Wohle der Gesamtheit arbeiten; nur wenn man Ziegel auf Ziegel lege, könne der polnische Bau entstehen. Der Staat gebe Geldmittel zur Unterstützung des Deutschtums her, die preussischen Beamten erhielten „Ostmarkenzulagen“; das alles geschehe nur, um das Polentum zu vernichten. Die Polen verzichteten ja gern auf derartige Beihilfen, sie strebten danach, sich selbst zu helfen und täten dies auch. Zu bedauern sei es aber, daß es unter dem polnischen Volke Leute gebe, die sich von den Goldfischen der Regierung verlocken ließen, sie verkauften ihren Landbesitz und würden so zu Verrätern ihres Vaterlandes. Diese Verschacherer müsse man verachten, sie hinter die Tür weisen, ihnen die Hand nicht mehr reichen.

Obwohl der Reichskanzler gesagt habe, die Polen könnten sprechen wie ihnen der Schnabel gewachsen sei, verdränge man trotzdem die polnische Sprache aus den Schulen. Es werde doch einmal die Zeit kommen, wo dem polnischen Volke die Augen aufgehen würden, wo es zu der Erkenntnis kommen werde, daß es sich nur auf seine eigene Kraft verlassen könne, und diese Kraft werde gestärkt einzig und allein durch die Befolgung der Losung „Jeder zu dem Seinen“. Der polnischen Gesamtheit werde so viel Unrecht zugefügt, daß jedem, der seine Lage mit offenen Augen betrachte, fast die Galle vor Kränkung plaken müsse.

Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen und ersuchte die Anwesenden, das in die Tat umzusetzen, was sie soeben gehört hätten.

Eigentümer Lewandowski aus Radomierz, der wegen seiner undeutlichen Aussprache schwer zu verstehen war, brachte etwa folgendes zum Vortrage:

Er bitte die Versammlung um Entschuldigung, daß er seine Rede ablese, er sei ein einfacher Mann und nicht so weit vorgebildet, um frei sprechen zu können. Er gehe von dem „eiserne Kanzler“ aus, den man als den Vater des Hakatismus bezeichnen könne. Bismarck habe das Deutsche Reich zur Blüte gebracht, die katholische Kirche aber verfolgt. Der Kulturkampf sei sein Werk gewesen, den Hakatismus habe er geschaffen. Die Polen müßten als Bürger

des preussischen Staates die ihnen obliegenden Pflichten wohl erfüllen, aber das Recht, Land zu erwerben, hätten sie nicht. Den Polen werde befohlen, sie müßten gehorchen und sollten zu allem schweigen. Der polnische Soldat habe ebenso gut sein Blut in den Kriegen vergießen müssen wie der deutsche. In den Wiener Traktaten habe man dem polnischen Volke alle möglichen Rechte zugesichert, ihnen Gleichberechtigung garantiert. Wie sehe es aber damit aus? Die Zeiten würden immer schwerer. Wenn man den Polen nicht gestatte, daß sie sich ansiedelten, so sollten sie mit Händen und Füßen den Boden ihrer Väter festhalten, der die beste Stütze der Gesamtheit sei. Durch Geduld, Arbeit und Sparsamkeit könne man die mißliche Lage bessern. Der Bauer bemühe sich, seine Töchter zu tüchtigen Hausfrauen, seine Söhne zu fleißigen und nüchternen Arbeitern zu erziehen. Dadurch werde der Gesamtheit die Gewißheit verschafft, daß der polnische Wohlstand mehr und mehr emporblühe. Ein Volk ohne festen Besitz, ohne Grund und Boden sei nichts weiter als eine Dienerschaft der Fremden. Der polnische Landmann singe frohen Muts hinter dem Pfluge seine polnischen Lieder, er sorge für die Erhaltung und Stärkung seines nationalen Empfindens und lasse sich nicht verlocken durch die Judasgroschen. Die Veräußerer des väterlichen Besitztums würden der strafenden Hand Gottes nicht entgehen. Anfänglich hätten die großen Herren ihre Besitzungen an die Ansiedelungskommission verkauft, jetzt folgten ihrem Beispiele auch schon die Bauern. Man hüte sich vor dieser nationalen Sünde und lasse sich durch die großen Summen nicht verlocken. Wenn zu diesem und jenem Besitzer Agenten kämen, um Land zu kaufen, so empfehle er ein gutes Mittel, sich diese Leute vom Halbe zu schaffen: man heze so viele Hunde auf sie, als man ihrer zur Verfügung habe. (Anhaltendes Bravo.)

Geistlicher Rat Mojzykiwicz-Priment: Wie er, Redner, bereits am Eingange der Versammlung betont habe, sei ihm der Auftrag geworden, die Notwendigkeit der Gründung eines Wahlvereins für den Kreis Bomst näher zu beleuchten. Bekanntlich seien die Resultate der Wahlen polnischerseits bis jetzt sehr geringe gewesen. Obwohl in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Wahlbewegung schon Ersprießliches geleistet worden sei, so sei man doch zu der Überzeugung gelangt, daß diese Ergebnisse der polnischen Bevölkerung noch nicht viel nützen könnten. Um bessere Fortschritte in dieser Beziehung zu machen, sei es notwendig, sich zu organisieren, einen Wahlverein zu gründen. Eine rege Agitation könne nur mit Hilfe eines Vereins betrieben werden. Durch die Veranstaltung häufigerer Versammlungen müsse das Volk aufgeklärt werden, wie das in anderen Kreisen bereits geschehe. Viele seien der Ansicht, daß man gegen die preussischen Mittel nichts ausrichten könne, daß alle polnischerseits unternommenen Anstrengungen nichts nützen. Das sei ein Irrtum. Werde der polnische Kandidat auch nicht gleich gewählt, so habe man doch gezeigt, daß das polnische Volk noch da sei, daß es sich bemühe, für seine gute Sache einzutreten. Jeder Wähler müsse nur seiner Pflicht genügen und in den Kampf gehen wie der tapfere Soldat, der im Kriege seines Lebens nicht achte. Daß die Anstrengungen des Deutschtums keine so großen Erfolge aufzuweisen hätten, wie allgemein angenommen werde, davon lege die Tätigkeit der Ansiedelungskommission Zeugnis ab. Redner wies durch ein umfangreiches Zahlenmaterial nach, daß jeder durch die Kolonisation geworbene Wähler dem Staate etwa 5000 Mk. koste und meinte, der preussische Staat müßte bankrott werden, wenn er es wagen wollte, die unter seiner Herrschaft lebenden 4 Millionen Polen

zu germanisieren. Die Ansiedelungskommission dürfe sich herrlicher Siege überhaupt nicht rühmen. Von den Polen bekomme sie nicht mehr viel Land, sie wende sich daher schon an die deutschen Besitzer, denen sie größere Summen für den Acker zahle als den Polen. Von deutschen Besitzern habe sie mehr Land gekauft als von polnischen, und so habe denn Bismarck mit seinem Werke Fiasko gemacht. Die polnische Schlachta verkaufe heute nur noch selten ihren Landbesitz; zu beklagen aber sei es, daß in der letzten Zeit der Bauernstand sich leicht durch die Judasgroschen verlocken ließe. Er, M., bedaure es, daß in der Versammlung nicht die Frauen anwesend seien, er hätte auch für sie einige Worte übrig; gerne hätte er ihnen gesagt, wie sie ihre Männer zurückhalten sollten von der Veräußerung des väterlichen Bodens. Keine polnische Frau, die mit ihrem Manne in Gütergemeinschaft lebe, dürfe ihre Unterschrift hergeben, wenn sie zur Unterzeichnung des Kaufkontrakts gefordert werde.

Der deutsche Kaiser habe in Gnesen gesagt, jeder sündige gegen das Vaterland, der im Osten sein Land veräußere. Was der Monarch zu den Deutschen gesprochen, das beziehe sich in weit höherem Maße auf die Polen, gerade die sollten sich die Worte des Kaisers zu Herzen nehmen.

Wie bereits erwähnt, sei ein Germanisieren der 4 Millionen Polen unmöglich, das müsse jedem einleuchten; doch aber streben die Haskatisten danach und meinen, ihr Ziel zu erreichen. Diese Leute scheuten vor nichts zurück, sie seien die größten Feinde der Polen und meinten, die polnischen Bürger bildeten eine Gefahr für den Staat, weil sie ihre Muttersprache liebten, polnische Vereine gründeten und von der Regierung verlangten, daß die polnische Sprache in der Schule wieder zur Geltung kommen solle. Die Polen hätten als zivilisiertes Volk zu dem allen ein Recht, sie brauchten sich ihrer Kultur nicht zu schämen. Ihre Sprache sei älter als die deutsche, sie sei formvollender gewesen, ehe die Deutschen überhaupt angefangen hätten, ihre Sprache zu glätten und zu verbessern. Wenn Polen in Verfall geraten sei, so hätte nicht das polnische Volk so sehr schuld daran, als vielmehr die Teilungsmächte. Die Preußen seien den Polen hinderlich gewesen, die Besserung ihres Staatswesens durchzuführen. Den Haskatisten sei alles im Wege, was polnisch sei. Wenn der Pole fleißig arbeite, um zum Wohlstande zu gelangen, so ärgerte das die Haskatisten. Die Regierung unterstütze die Ausstellungen, die Polen bewürben sich bei solchen Gelegenheiten ebenfalls um die für gute Leistungen ausgesetzten Prämien und bekämen auch solche. Darüber sei der Haskatismus natürlich ungehalten — und so sage nun einer, wo da wohl die Logik bleibe!

Im Herrenhause habe man gesagt, das Deutschtum gehe im Osten zurück, das Polentum mache Fortschritte. Das sei doch ganz natürlich und könne garnicht anders sein. Die Polen seien ein Kulturvolk und müßten vorwärts kommen. Staaten könnten wohl zu Grunde gehen, ein Volk aber, das eine so hohe Kultur besitze, wie die Polen, werde niemals untergehen. Das beste Beispiel dafür liefere Schlesien. 600 Jahre hindurch sei Schlesien germanisiert worden. Seitdem aber unter dem schlesischen polnischen Volk die Aufklärung Fortschritte mache, sei das Polentum daselbst zu neuem Leben erwacht und erstarkt, wie man es kaum erwartet hätte; Schlesien habe einen polnischen Abgeordneten, und es könne sich glücklich schätzen, diesen in der Person des Korsanty gefunden zu haben. Man dürfe die Hoffnung auch im Kreise Pomst auf eine solche Errungenschaft nicht aufgeben, auch hier in ihm werde man mit Hilfe des Wahlvereins mit der Zeit zu einem ähnlichen Siege gelangen müssen.

über den vermeintlichen Boykott des Deutschtums ließe sich sehr viel sagen. Man frage nur, wer mit dem Boykottieren angefangen habe. Die Polen dürften kein Land kaufen. Polnischen Rechtsanwälten würde das Notariat vorenthalten, polnische Beamte seien fast eine Seltenheit. Bei Submissionen fänden die polnischen Handwerker und Geschäftsleute kein Gehör; den polnischen Soldaten verbiete man, in polnische Geschäfte zu gehen. Wenn an einer Schule mehrere Lehrer angestellt seien, dann dürfe die erste Lehrerstelle keinem Polen gegeben werden. Das Spionagewesen bilde sich immer mehr heraus. Ein Lehrer habe seinen Kollegen gewarnt, auf dem Kirchenchor mitzusingen, weil daselbst öfter polnische Lieder gesungen würden. Die Haskatisten sollten sich doch nicht wundern, daß sich die Polen an ihnen ein Beispiel nähmen und nun auch boykottierten, wie sie's von ihnen gelernt hätten. Alle Augenblicke kämen die Haskatisten mit neuen Projekten zum Vorschein, und diese grenzten mitunter ans Unglaubliche; er erinnerte nur an die überspannten Ideen eines gewissen Franke, eines Sachsen, der mit dem Vorschlage hervorgetreten sei, man müsse alle polnischen Vereine, Banken und Genossenschaften aufheben und — o Grauen — die Deutschen Taugenichtse nach dem Osten senden, welche die Polen germanisieren sollten. Wenn der Germanismus solche Leute habe, dann werde er gewiß weit kommen.

So treten denn die Haskatisten gegen die Polen auf, sie scheuten vor keinem Mittel zurück, um die Rechte des polnischen Volkes zu schmälern, deren es nur noch so wenig besitze. Man mache dem Polentum zum Vorwurfe, daß es im Jahre 1848 die Revolution hervorgerufen habe. Das sei eine haskatistische Lüge. Die Deutschen hätten in Berlin Barrikaden aufgebaut, die Polen hätten sich daran nicht beteiligt, man habe aber die polnische akademische Jugend bewaffnet und zum Wachtdienst verwendet. Es sei wohl war, daß im Jahre 48 die Polen mit der Sense gegen Preußen gezogen seien, die Deutschen aber hätten die Veranlassung zu der Revolution gegeben. Seit dieser Zeit habe sich kein Volk so ruhig verhalten, als gerade die Polen. Heute erwecke es den Anschein, als wollten die Haskatisten die Polen zur Revolution treiben, um ihnen alsdann den Garaus zu machen.

Ob der Haskatismus für die Dauer bestehen werde oder nicht, das wisse man nicht. Die Polen sollten nur arbeiten, sparsam sein, Einigkeit üben, die Geduld nicht verlieren und alle gegen sie unternommenen Anstürme auf legalem Wege abzuwehren suchen.

Zum Schlusse ersuchte der Redner die Anwesenden, dem Wahlverein recht zahlreich beizutreten.

Graf Czarniecki: Auch diesem Redner sei die Versammlung zu Dank verpflichtet, und diesen Dank könnten die Wähler am besten dadurch abstaten, daß sie alle ihren Beitritt zum Wahlvereine erklärten.

Zwecks Aufnahme von Mitgliedern wurde die Versammlung um 6 Uhr auf eine halbe Stunde vertagt. Nach Wiedereröffnung derselben um 6 1/2 Uhr gab der Vorsitzende bekannt, daß sich zur Aufnahme in den Wahlverein über 100 Wähler gemeldet hätten.

In den Vorstand wurden gewählt: Propst Gladysz-Wollstein zum Vorsitzenden, Kaufmann Kowalski-Wollstein zum Schriftführer, Kaufmann Szczerkowski-Wollstein zum Kassierer, Propst Wojzykiewicz-Priment zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Um 6 1/2 Uhr wurde die ruhig verlaufene Versammlung geschlossen.

Böhmer,
Kriminal-Kommissar.

B e r i c h t *November*

über den Verlauf der am 26. d. Mts., nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Kahlert'schen Saale zu **Schildberg** abgehaltenen **Versammlung des Vereins Straz.**

Vor Beginn der Versammlung sind die gedruckten Reden der ersten Strazversammlung in Posen und Exemplare der Wochenschrift *Praca* verteilt worden. Zur Versammlung hatten sich zirka 250—300 Personen aus Schildberg und Umgegend eingefunden.

Von der Intelligenz und Geistlichkeit waren anwesend Dr. Kubacki-Pleschen als **Delegierter des Hauptvorstandes des Strazvereins in Posen**, Rechtsanwalt Radziżewski-Schildberg, **Starost für den Kreis Schildberg**, Rittergutsbesitzer v. Dzwiecincki-Dzwiecin, v. Szarniecki, Verwalter des **Rolnik-Kaufhauses-Schildberg**, Dr. Bycki-Schildberg, Dr. Jordan-Schildberg, **Vikar Krol-Schildberg**, **Propst Hubert-Mitorzyn**, Rittergutsbesitzer v. Wenzyl-Hogajzyce, Kaufmann Marweg-Schildberg, Kaufmann Gorgolewski-Schildberg. Außerdem war noch ein Geistlicher anwesend, dessen Namen ich in vertraulicher Weise nicht festzustellen vermochte.

Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß auch der Bureauvorsteher Splitt des **deutschen Rechtsanwalts Fuß-Schildberg** an der Versammlung — anscheinend in irgend einer Vertrauensstellung des Strazvereins, denn er befand sich auf der Vorstandesstraße — an der Versammlung teilgenommen hat.

Um 3⁵⁰ nachmittags wurde die Versammlung von dem Einberufer, **Rechtsanwalt Radziżewski-Schildberg, Starost für den Kreis Schildberg**, mit folgender Ansprache eröffnet:

„Gelobt sei Jesus Christus!

Ich begrüße euch mit herzlichem brüderlichem Dank, daß ihr zur ersten Strazversammlung so zahlreich erschienen seid. Es ist der beste Beweis dafür, das euer Nationalgefühl nicht schläft und daß ihr unter der Losung „Wache Geist!“ (czuj duch) hierher gekommen seid, um euch gegenseitig aufzurütteln und zu warnen. Eine vergessene Nation hebt ihren Kopf und sagt: wir sind 20 000 000 Polen, wir haben auch Daseinsberechtigung. Gott hat den Polen die schönste Sprache gegeben. Die polnische Sprache, das polnische Land, die polnischen Sitten sind uns angeborene Rechte, die wir verteidigen müssen.

Liebe Brüder, es gab Zeiten, wo wir den Verlust unserer Nationalschätze nicht zu befürchten brauchten; wir hatten unsere Könige aus unserem Blut und unserem Fleische, wir hatten unsere eigene Regierung. Die Vorsehung hat es aber gewollt, daß unser Land von den 3 Nachbarn, Österreich, Rußland und Preußen geteilt wurde. Die preußische Regierung hat bald über verschiedene Mittel nachgedacht, um dieser polnischen Erde, auf der wir uns befinden, den Stempel des Deutschtums aufzudrücken, um die Bevölkerung auf polnischer Erde zu germanisieren. Zu Anfang wurden diese Bestrebungen geheim gehalten, aber heute werden sie offen ausgesprochen. Gegen uns wurden verschiedene Gesetze erlassen, zunächst das Amtssprachengesetz, wonach im Verkehr mit Behörden nur die deutsche Sprache angewendet werden darf. Später wurde durch den Kultusminister der polnische Sprachunterricht in den Schulen abgeschafft. Dann kam das erste Ansiedelungsgesetz, dessen Zweck es ist, Millionen auf Millionen zu legen, wofür die Regierung unser Land aufkauft, um es an aus ganz Deutschland zusammengezogenen Deutschen weiter zu verkaufen. Das zweite Ansiedelungsgesetz verbietet uns die Errichtung von Wohnhäusern auf polnischer Erde.

Alles das geschieht im Staate der Kultur und Freiheit. In den Köpfen verschiedener Chauvinisten spinnt sich sogar der Gedanke, den Polen überhaupt zu verbieten, Land zu erwerben; hoffentlich kommt es nicht dazu. Die Hauptarmee, die gegen uns gerichtet ist, ist die preußische Regierung, dahinter steht der **Hakatismus**, der einen Verband mit 40 000 Mitgliedern umfaßt. Wenn bis jetzt auch erst 30 000 Deutsche auf unserer Erde angesiedelt sind, wozu auch wir unser Geld haben beisteuern müssen, so dürfen wir nicht vergessen, daß dahinter das ganze 50 000 000 zählende deutsche Volk steht, daß dahinter das System „**uns auszu-**
rotten“ steht. Sie fordern, daß alles deutsch werde.

Geliebte Landsleute! Wir haben einen sehr starken Gegner vor uns, und wir müssen ihm unsere Kräfte entgegenstellen, um unsere Rechte zu verteidigen. Auf welche Weise wir unsere Kräfte sammeln sollen, wie wir uns helfen sollen in den schweren Zeiten, wie wir uns schützen sollen vor den gegen uns gerichteten Gesetzen, das werden wir aus den heutigen Referaten erfahren. Wenn unser Herz heiß schlägt, und wir auch die kalten Herzen erwärmen, die gegen unsere Bestrebungen und gegen unsere Arbeit sind, **dann dürfen wir hoffen, daß wenn wir diesen Weg gehen zur Erlösung, auch für uns die Morgenröte anbricht, daß der alte gerechte Gott lebt, und daß er uns Gerechtigkeit widerfahren lassen wird.**“

Hierauf wurde **Dr. Bycki-Schildberg** zum Vorsitzenden gewählt, Kaufmann **Wodniakowski-Schildberg** (Vorsitzender des Schildberger Sokolvereins) zum **Schriftführer**, und Propst Hubert-Mitorzyn, Bojinski (?) = Międzybóże, Drogi-Wisniewo, Zabitz-Bukowina, **Tischlermeister Wigocki-Schildberg** zu **Beisitzern** berufen. Alsdann erhielt der Delegierte des Hauptvorstandes des Strazvereins, **Dr. Kubacki-Pleschen** das Wort, der ungefähr folgendes ausführte:

Für die Arbeit im Strazverein habe niemand Dank zu erwarten, denn es sei Pflicht eines jeden Polen, für das polnische Volk zu arbeiten, und es wäre undankbar vom Redner gewesen, wenn er dem Ruf des Hauptvorstandes, ihn in der heutigen Versammlung zu vertreten, nicht gefolgt wäre.

Im Weiteren erinnert Redner daran, daß heute vor 50 Jahren der Dichter Mickiewicz, der sich durch seine Werke unsterblich gemacht habe, gestorben sei, und daß auch seinen Schöpfungen ein gewisses Verdienst zuzuschreiben sei, daß das polnische Volk bis jetzt zusammengehalten habe und die heutige Strazversammlung abgehalten werden könne. Wenn auch von dem Herrn Starosten die Lage der Polen geschildert worden sei, müsse er — Redner — die Frage nochmals berühren um zu zeigen, welche Schritte zu unternehmen seien, um die erlittenen oder noch zu erleidenden Verluste auszugleichen. Der Starost habe schon erwähnt, daß die Regierung seit gewisser Zeit die Vernichtung der Polen auf ihre Standarte geschrieben habe, und daß sie den Einflüsterungen des Hakatismus nachgegeben habe; und bedroht seien alle Stände: sowohl der Edelmann, der Bauer, der Arbeiter, der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Rechtsanwalt, der Arzt usw. Redner erwähnte im weiteren die Folgen des Ansiedelungsgesetzes, wobei er bemerkt, daß in den letzten Jahren der Verkauf größerer Güter beinahe aufgehört habe, während die Verschacherung des Grund und Bodens bei den kleinen Landwirten zugenommen habe, und das müsse aufhören. Durch die Weggabe der polnischen Erde in deutsche Hände würden — wie Redner ausführt — die Grundpfeiler der Existenz der Polen erschüttert, namentlich weil damit auch die Unterstützung des Kaufmanns- und Gewerbestandes zurückgehen

würde. Auch sei bei den Polen noch nicht das genügende Verständnis dafür vorhanden, daß jeder zu den Seinen gehen müsse und daß man die schwer verdienten Groschen nicht in fremde Hände geben dürfe. Hier wolle auch der Strazverein helfend eingreifen, indem er Kaufleuten und Gewerbetreibenden, die vielleicht Kapital zur Vergrößerung ihres Geschäfts brauchten, soweit es die Verhältnisse gestatten, das nötige Kapital vorschießen werde. Wer von dieser Wohltat Gebrauch machen wolle, müsse sich zunächst an den Kommissar wenden, der die Sache an den Starosten zur Erledigung weitergeben werde. Redner sagt dann weiter: „Das Geld wird aber nicht geschenkt, sondern nur geborgt, denn wenn es geschenkt würde, wie es bei den Deutschen der Fall ist, die zu niedrigen Prozenten Geld bekommen, da sehen wir heute schon, daß das zur „**Demoralisation**“ führt. Aber wir wollen doch unser Volk nicht demoralisieren, sondern wir wollen unser Volk stärken, damit es ausharrt, **um schließlich den Sieg davon zu tragen.**“

Der Strazverein habe — wie Redner des Weiteren ausführt — in dem halben Jahre seines Bestehens viel Gutes geschaffen, sowohl durch materielle Unterstützung, als auch durch Nachweis von Stellen für die verschiedensten Berufe. Auch in der Emigration, wo die Polen von den Deutschen als Konkurrenten betrachtet würden, sorge der Strazverein durch Nachweis von Stellen. Da der Großgrundbesitzer sich leichter selbst helfen könne und evtl. durch die „Bank Ziemski“ unterstützt werden könne, wende der Strazverein sein Hauptaugenmerk auf die kleineren, sich in schlechten Verhältnissen befindlichen Besitzer. In den letzten 4 Wochen habe er — Redner — als **Starost des Kreises Pleschen** Gelegenheit gehabt, 6 Wirte durch materielle Unterstützung davor zu bewahren, daß sie ihre Wirtschaften an Deutsche verkauften. Das wären etwa die Aufgaben des Strazvereins in ökonomischer Beziehung.

Schwer sei das polnische Volk in kultureller Beziehung bedroht, weil die polnische Sprache aus der Schule auch sogar beim Religionsunterricht verdrängt sei, wodurch die polnische Sprache, das polnische Lied und verschiedene andere nationale Heiligtümer gefährdet seien. Polnische Privatschulen dürften nicht gegründet werden, wer polnischen Privatunterricht erteile, werde mit Gefängnis bestraft, wie es schon in mehreren Fällen geschehen sei. Ganz besondere Pflege bedürfe aber das polnische Lied. Der Strazverein wolle hier nun helfend eingreifen, indem er vor allem alle bestehenden Vereine unterstützen und durch Herausgabe und Verteilung polnischer Bücher und Katechismen die Hebung der Bildung des Volkes fördern werde. Wenn es sich ermöglichen lassen werde, **werde er die polnischen Kinder während der Ferien nach Orten schicken, wo der nationale Geist lebhafter sei und wo sich nationale Heiligtümer befänden, wie z. B. in Krakau und Posen.**

Nach Zitierung einzelner Sätze der Kritik der deutschen Kultur durch den Reichstagsabgeordneten, Rechtsanwalt v. Chrzanowski-Posen, in der ersten Strazversammlung in Posen führte Redner des Weiteren aus, daß der Strazverein seine ganze Kraft daraufsetzen werde, den Kindern die polnische Sprache zu bewahren und den polnischen Geist zu stärken durch Bekanntmachung des polnischen Volkes mit der polnischen Literatur und Geschichte.

Die dritte Aufgabe des Strazvereins sei die Verteidigung des polnischen Volkes in rechtspolitischer Beziehung, und zwar würde der Strazverein außer Erteilung kostenfreier Rechtshilfe alle Erfolg ver-

sprechende Prozesse auf rechtspolitischem Gebiete im Namen der Interessenten durchführen. Ferner habe sich der Strazverein die Gründung von Schiedsgerichten zur Aufgabe gestellt, doch habe der Hauptvorstand in letzter Zeit in dieser Beziehung seine Meinung geändert; er sei nämlich zu der Überzeugung gekommen, daß die allgemeine Einführung der Schiedsgerichte von seiten des Strazvereins nicht möglich sein werde, weil vom Patron der Bauernvereine (Prälat Wawrzyniak) derartige Institutionen zum Teil schon geschaffen seien, weshalb kein Grund vorläge diesen Institutionen entgegenzuarbeiten. Der Strazverein werde sich aber bemühen, daß in jedem Dorfe, oder in jeder Parochie, wo ein Bauernverein bestehe, sich freiwillig ein Schiedsgericht bilde, während die Bildung der Schiedsgerichte in den Städten der Strazverein in die Hand nehmen würde. Den Zweck der Schiedsgerichte erklärend, fährt Redner fort: „Wenn ich das alles zusammenfasse, so sehen Sie, m. H., **daß der Strazverein kein Angriffsverein ist,** sondern daß er nur zur Verteidigung dessen dienen soll, was wir haben. Wenn die deutsche Welt verkündet, daß der Strazverein Haß gegen sie predigt, so ist das eine Lüge. Wir wollen nichts Neues erobern, sondern nur das, was wir haben, unseren Kindern unverkürzt hinterlassen.“

Wenn die Verteidigung Erfolg haben soll, dann müssen wir gemeinsam arbeiten und uns gemeinsam verteidigen, um nach Möglichkeit das Ziel zu erreichen, das wir uns gestellt haben. Für heute habe ich Sie um nichts weiter zu bitten, als dem Verein Straz beizutreten. Haben Sie keine Angst, wir wollen nur unsere Heiligtümer, und unsere angeborenen Rechte verteidigen, und das ist wahrlich nicht zu viel. **Wir denken an keinen Aufstand, denn wir wissen ganz gut, daß wir uns damit den Strik selbst um den Hals legen würden.**

Das Opfer, das von Ihnen verlangt wird, ist sehr klein. Wer dem Verein beitritt, hat einen Jahresbeitrag von 1 Mk. zu zahlen. Bei den letzten Wahlen haben 350 000 Polen ihre Stimme abgegeben, und wenn jeder von ihnen 1 Mk. zahlt, dann kommt ein großes Kapital zusammen, das noch größer sein wird, wenn die Vermittelten mehr geben. Wenn wir dazu kommen werden, und wir hegen die Hoffnung, daß die Liebe zum Vaterlande die Polen um die nationale Standarte vereinigen wird, dann ist der Sieg ganz gewiß unser. Wenn meine Worte Ihre Herzen getroffen haben, so verlassen Sie nicht den Saal, ohne sich als Mitglied des Strazvereins angemeldet zu haben. Je größer die Schar, desto größer die Kraft. Ich bitte Sie und **flehe Sie an,** daß einer wie der andere dem Strazverein beitrete, **dann wird der Sieg auf unserer Seite sein.**“

Hierauf trat eine Pause von zehn Minuten ein, in der sich ungefähr 50 Personen zum Beitritt in den Verein gemeldet hatten.

Der zweite Referent, **Bikar Krol-Schildberg,** sprach über das Thema „**Die soziale Arbeit**“, er führte aus:

„Geehrte Landsleute!“

Beim Anblick des Eifers, von dem Ihr heute ergriffen seid, könnte man annehmen, daß dieser Eifer eine Garantie dafür geben würde, daß Ihr die sozialen Pflichten erfüllen werdet, welche die gegenwärtigen Zeiten erfordern; man könnte annehmen, daß es nicht nötig sei, von irgend einer Seite **auf die Erweckung des nationalen Geistes**

hinzuwirken. Doch geben wir uns keiner Täuschung hin, und glauben wir nicht, daß der Eifer allein genügt, um das Unglück von unserer Volksgesamtheit abzuwenden. Eifer allein genügt nicht, wenn nicht ausdauernde Arbeit mit ihm gleichen Schritt hält. Wie oft haben wir uns davon überzeugt, daß wenn wir irgend welche soziale Arbeiten unternommen haben, sie zu nichts geworden ist, weil es an Ausdauer gefehlt hat, und je größer der Eifer gewesen ist, desto größer war nachher die Unlust. Liebe Landsleute! Zur Arbeit, zur ausdauernden Ameisenarbeit auf sozialem Gebiete will ich Euch aufmuntern. Wozu noch zur Arbeit anregen, wird mancher von euch fragen, da man jetzt bei der Bedrückung und unter den Chikanen so schwer um das Stückchen Brot für die Familie arbeiten muß. Ich will euch heute auch nicht zur beruflichen Arbeit anregen, sondern zur sozialen Arbeit, zu der Arbeit, die die Lebenskraft der Volksgesamtheit erhält. Sich der sozialen Arbeit zu widmen, ist heilige Pflicht eines Jeden. Aber leider wird diese Pflicht verkannt, denn nur klein ist die Schar, die sich dazu berufen fühlt und die große Mehrheit hält sich abseits. Wenn sie sich aber dieser Pflicht unterzieht, dann glaubt sie der Volksgesamtheit eine große Gnade erwiesen zu haben. Die soziale Arbeit ist eine heilige Pflicht, und diese Pflicht ist keine Erfindung des Menschen. **Diese Pflicht ist von Gott auferlegt,** der die menschliche Natur mit sozialem Triebe bedacht hat. Auch in der Natur finden wir derartige Erscheinungen. Welche Ordnung herrscht in einem Bienenkorbe. Da gibt es Arbeiter, Polizisten, Soldaten, ja auch Pfleger für Kranke; jede Biene hat ihre Aufgabe, die ihr durch den Instinkt angeboren ist. Noch besser kann man sich die Idee der sozialen Arbeit bei Betrachtung eines Ameisenhaufens vergegenwärtigen, worüber schon ganze Bände geschrieben worden sind. Wenn die Natur die Idee der sozialen Arbeit veranschaulicht, soll sich da der Mensch dieser Pflicht entziehen? Hören wir damit auf, die Betätigung in der sozialen Arbeit als eine der Volksgesamtheit erwiesene Gnade anzusehen, denn das ist heilige Pflicht eines jeden von uns, sei er nun Bauer oder Herr. Die soziale Arbeit ist auf alle Schultern verteilt, aber nicht gleichmäßig, einem fällt diese, dem anderen jene Aufgabe zu. Wie ein Haus nur dann ordnungsmäßig hergestellt ist, wenn auch kein einziger Stein daran fehlt, ist nur die Volksgesamtheit als musterhaft zu bezeichnen, wo sich niemand der sozialen Arbeit entzieht, wo jeder seinen Posten versteht. Denn jeder von uns ist ein Stein, aus denen die Volksgesamtheit erbaut ist.

Geehrte Landsleute! Jetzt werdet Ihr auch wissen wollen, was ist denn eigentlich soziale Arbeit? Meiner Ansicht nach muß jeder mit der sozialen Arbeit bei sich selbst beginnen, indem er sich zu einem starken unbeugsamen edlen Charakter herausbildet. Ein solcher Charakter ist die Grundlage der sozialen Arbeit. Aber schwächliche ängstliche Charaktere, die nur überall materiellen Vorteil suchen, eignen sich nicht zur sozialen Arbeit für die Volksgesamtheit. Denn erwartet für die soziale Arbeit nicht etwa klingenden Lohn, im Gegenteil, Ihr könnt Euch dadurch sogar Verfolgungen aussetzen, und nicht nur seitens der Feinde, sondern auch seitens der Euren.

Der allgemeine Wert des Menschen und des Menschen einer Volksgesamtheit hängt vom Charakter ab. **Darum fort mit der Doppelzüngigkeit, fort mit der Angst, und erhobenen Hauptes zu edler Tat!** Schande dem Menschen, der überall nur materielle Vorteile erblickt.

Die Ausbildung eines starken edlen Charakters muß in den gegenwärtigen Zeiten mit größtem Druck betrieben werden. Denn die gegenwärtigen Zeiten sind derart, daß sie den Charakter einschläfern; heute herrscht einzig und allein das Geld, und jeder huldigt dem goldenen Kalbe. Gebildete Leute entäußern sich dafür sogar ihres Namens, sogar ihres vaterländischen Bodens, obwohl sie wissen, **daß das Vaterland so groß ist, als es sich in unseren Händen befindet.**

In der heutigen Strömung gehen die edlen Charaktere unter, und überall herrscht die klingende Münze. Das ist die Atmosphäre, in der wir heute leben, und glaubet, daß diese Atmosphäre auch auf uns ihren nichtswürdigen Einfluß ausübt. Die heutige reaktionäre Strömung reißt wie eine Sintflut alles in ihre Arme. Ein starker Charakter ist erforderlich, um sich von dieser Strömung nicht fortreißen zu lassen. So viele von uns haben sich von dieser Strömung fortreißen lassen, und sind unwiderruflich für **Vaterland** und Glauben verloren gegangen.

Wenn wir das in Betracht ziehen, dann müssen wir daran arbeiten, um keinen starken, mutigen, edlen Charakter zu verlieren; denn das sind die Grundpfeiler jeder sozialen Arbeit. Sich auf solches Fundament stützend, ist es leicht zu arbeiten in sozialer Richtung **und wieder aufzuleben.**

Wo Ihr mit der sozialen Arbeit beginnen sollt?

Die Volksgesamtheit setzt sich aus Familien zusammen, und so wie die Familien beschaffen sind, ist auch die Volksgesamtheit beschaffen. Sind die Familien gut, dann ist auch die Volksgesamtheit gut. Der Wert der Volksgesamtheit hängt von dem Wert der Familien ab. Die Familienväter können aus diesem Vergleich ersehen, welche große Verantwortung auf ihren Schultern ruht. Eure Pflicht ist es, den Kindern von Jugend auf einzupflanzen die Zusammensetzung der Volksgesamtheit, Euren Glauben, die Muttersprache, **die Vaterlandsliebe, die Liebe zur Familie und zu allen vaterländischen Dingen.**

Ihr braucht damit nicht zu warten bis das Kind 7 oder 8 Jahre alt ist, nein, schon vom 5. oder 6. Jahre an müßt Ihr damit beginnen — entsprechend der geistigen Entwicklung des Kindes. Die älteren Kinder müßt Ihr zum Lesen von Büchern antreiben, die kostenlos vom Volksbibliothekenverein bezogen werden können.

Die Pflege des polnischen Liedes, der Nationaltrachten und der Muttersprache in der Familie, das sind die Forderungen der sozialen Arbeit!

Wir müssen aus dem Hause herausgehen und am öffentlichen Leben regen Anteil nehmen. Die soziale Arbeit im öffentlichen Leben zerfällt in drei Teile, in einen **moralischen**, einen **nationalen** und einen **ökonomischen** Teil.

Was den moralischen Teil anlangt, so müssen wir uns musterhaft führen, der Jugend ein gutes Beispiel geben und uns vor den drei Fehlern Trunksucht, Spielsucht und Prozeßsucht hüten. Diese drei Fehler waren ein Nagel zum Sarge **unseres Vaterlandes.** Diese drei Fehler haben Verbrecher und Verräter geschaffen, diese drei Fehler haben **unser Vaterland** getrennt. Diese drei Fehler üben auch heute noch ihren schädigenden Einfluß auf uns aus, und bröckeln von dem großen Stücke kleine Stückchen ab, nicht aber immer durch Schuld der jetzigen Besitzer, sondern noch durch die Schuld der Väter, Großväter und Urgroßväter. Sich dieser drei Fehler zu entäußern, ist eine soziale Pflicht. In den

Zeitungen werdet Ihr wohl gelesen haben, daß in Posen eine große Versammlung abgehalten worden ist zur Gründung eines Vereins der „völligen Enthaltbarkeit.“ Diesem Verein sind gleich 140 Mitglieder beigetreten. Geehrte Landsleute! Heute begreifen wir vielleicht die Tragweite der völligen Enthaltbarkeit noch nicht; aber in den heutigen Zeiten bleibt uns nichts weiter übrig, als völlige Enthaltbarkeit zu üben. Wir begreifen die Folgen heute vielleicht nicht, aber wir werden sie begreifen lernen. Mag es sein, wie es will, gut ist es jedenfalls, in allen Dingen Maß zu halten.

Der nationale Teil der sozialen Arbeit besteht in der aktiven Beteiligung an den Wahlen, seien es nun Wahlen zum Gemeinderat oder zum Land- oder Reichstage. Bei allen Wahlen muß man immer einig mit der Mehrheit vorgehen. Ferner gehört zum nationalen Teil der sozialen Arbeit die aktive Beteiligung an den Vereinen. Wir haben hier soviel Vereine: Bauernverein, Industrieverein, **Sofolverein**, Gesangsverein.

Tretet den Vereinen bei, je nach dem Alter, der Eine diesem, und Jener dem andern!

Der ökonomische Teil der sozialen Arbeit besteht darin, den **vaterländischen Boden** zu erhalten und die eigene Industrie zu unterstützen. Ich will mich darüber nicht länger auslassen und überlasse das den anderen Herren Rednern.

Die **letzte Pflicht** aber ist, dem Strazverein beizutreten. Der Strazverein ist, wie Ihr schon gehört habt, nicht auf Haß gegründet worden, denn kein Werk kann bestehen bleiben, das auf einem solchen Fundamente ruht. Der Strazverein soll zur Verteidigung in nationaler, moralischer und ökonomischer Beziehung dienen. Heute machen wir mit der „sozialen Arbeit“ den Anfang. Tretet alle dem Strazverein bei, in ihm wird Euch leichter sein die Pflicht der sozialen Arbeit zu erfüllen — unter dem Auge des Kommissars, des Starosten.

Wenn wir uns zu starken, unbeugbaren, mutigen, edlen Charakteren herausbilden, das Nationalgefühl in der Familie pflegen, am öffentlichen Leben regen Anteil nehmen, sei es nun auf nationalem oder ökonomischem Gebiete, und **dem Strazverein beitreten, dann erfüllen wir die Pflichten, welche die heutigen Zeiten von uns fordern!**

Im übrigen vertrauen wir uns der Obhut Gottes an, **der das Schicksal der Nationen zu bestimmen weiß**, und der wünscht, daß die polnische Nation ihre Sendung erfülle: Verteidigung der Rechte des Volkes, Verteidigung des Christentums und Verteidigung alles dessen was gut, was edel, was wahr ist!“

Der Vorsitzende dankte dem Wikar Krol für die „goldenen Worte“ die allen als Fingerzeig dienen sollten, indem er u. a. sagte: **„Fort mit der Angst, mutig vorwärts, dann erringen wir alles!“**

Hiernach trat abermals eine Pause von 10 Min. ein, in der Anmeldungen zur Mitgliedschaft angenommen wurden. Es mögen sich wiederum ungefähr 50 zum Beitritt in den Verein Straz gemeldet haben.

Als weiterer Redner trat der Verwalter des **Rolnik-Kaufhauses-Schildberg, v. Gzarnecki**, auf, der über das Thema **„Jeder zu den Seinen“** sprach. Er führte aus:

Eine weitere Pflicht der sozialen Arbeit sei es, nur die „Seinen“ in Anspruch zu nehmen, sei es nun beim Kauf, Verkauf oder Einholung von Ratsschlüssen, und nicht zu Fremden zu gehen.

Wenn alle Polen ihre Groschen nur den „Ihrigen“ zukommen ließen, dann unterstützten sie damit nicht nur die polnischen Geschäfte, sondern sie förderten auch den Wohlstand des polnischen Volkes, und damit auch den nationalen Reichtum.

Der Landwirt solle Vieh oder Getreide nicht an Fremde, sondern an Polen verkaufen. Wenn alle das befolgten, dann würden sich Tausende und Millionen in polnischen Händen ansammeln. Durch Sammlungen sei schon viel Gutes geschaffen worden, er — Redner — weise nur auf die Kirchen hin, die sämtlich Sammlungen zu verdanken seien. Auch solle man nicht Rat bei Fremden suchen, denn er werde von ihnen doch niemals gut und ehrlich erteilt, weil sie die polnische Gesamtheit verdammen möchten. — Redner fährt dann wörtlich fort:

„Liebe Landsleute, Ihr habt hier so viele polnische Geschäfte, daß Ihr in keiner Angelegenheit zu Fremden zu gehen braucht. Versprechet, daß Ihr niemals zu Fremden, sondern nur zu den Eurigen gehen werdet, nur auf diese Weise werdet Ihr durch Eure Groschen den Aufbau des Geistes fördern und die materielle Existenz sichern.“

Erhebet Euch von den Plätzen zum Zeichen dafür, daß Ihr alle, die Ihr hier versammelt seid, vom heutigen Tage ab, in jeder Angelegenheit nur zu den Eurigen gehen werdet!“

(Die Versammlungsteilnehmer, soweit sie sitzen, erheben sich von ihren Plätzen.)

„Ich danke Euch!“

Der Vorsitzende dankte dem Redner und bemerkte, daß noch ein Referat über das Thema „Verschacherung des Grund und Bodens“ gehalten werden sollte. Es sei dieser Punkt aber schon von allen Rednern berührt worden, so daß er sich nur einige Worte hierzu zu sagen erlauben werde. Der Kreis Schildberg könne sich darüber freuen, daß sich noch niemand gefunden habe, um seine Besitzung an Fremde zu verkaufen. Die großen Besitzungen seien soweit wie möglich in polnischen Händen verblieben, habe ein Verkauf an Fremde stattgefunden, so sei dies nur durch irgend einen unglücklichen Zufall erfolgt. Er kenne Besitzer, die mannhaft gegen die Versuchungen angekämpft, und die trotzdem die Versucher, die ihm — dem Redner — auch bekannt seien, 400 Mark für den Morgen geboten hätten, nicht verkauft hätten. Das solle auch für die Anwesenden ein Ansporn dafür sein, ihren Grund und Boden nicht aus den Händen zu lassen. Leider sei ihm — dem Redner — in den letzten Tagen zu Ohren gekommen, daß sich unter den kleinen Wirten Versucher befinden, die die schwachen Charaktere bewegen wollten, ihre Besitzungen an Fremde zu verkaufen. Aber die sich in mißlichen Verhältnissen befindlichen Wirte mögen sich vertrauensvoll an ihre Kommissare wenden, die ihnen Hilfe durch den Strazverein angedeihen lassen würden. — Redner fährt dann wörtlich fort: „Ich fordere Euch auf, nach dieser Richtung hin zu arbeiten, ich hoffe, daß Ihr keine Spanne Erde verkaufen werdet. Versprechet Ihr das? (Ja, wir versprechen das!) Ich danke Euch für das Versprechen und hoffe, daß die Bestrebungen des Strazvereins Erfolg haben werden. Dem Herrn Rechtsanwalt Radziszewski, der die heutige Versammlung einberufen hat, bitte ich durch Aufstehen von den Plätzen und durch Ausbringung eines Hochs zu danken.“ (Es geschieht.)

Rechtsanwalt Radziszewski: Ich danke Euch für Euren herzlichen Hochruf. Seid überzeugt, daß, wenn mein Körper schon zerfallen sein sollte, mein

Geist noch bei Euch weilen wird. So lange mein Leib vegetieren wird, wird mein Geist für die nationale Sache arbeiten, nicht aber um Haß zu säen, sondern zur Verteidigung der gegen uns verübten Überfälle. Es ist eine unehrliche Lüge, wenn uns unterschoben wird, daß wir uns vom preußischen Staate losreißen wollen; sie dient nur dazu, um neue Gesetze gegen uns zu diktieren. Seid davon überzeugt, daß es mir nicht im Traume eingefallen ist, und niemanden von uns, sich vom preußischen Staate loszureißen! Wir wollen treue Untertanen des preußischen Staates sein, aber er möge uns geben, was uns zusteht: freien Sprachengebrauch, freie Schulen, und alles das, was die Deutschen haben. Dann werden wir solche Versammlungen nicht abhalten, dann werden wir keinen Strazverein gründen, weil wir gleiche Rechte mit den Deutschen haben würden. Dann würden wir nicht kontrolliert zu werden brauchen, was wir tun, wenn wir von der Regierung das bekämen, was uns gebührt! (Bravorufe.) Ich danke Euch für Eure Bravorufe. Aber ich sage Euch: der Strazverein wird nicht existieren können, wenn er nicht auf festen Füßen steht. Und die Füße seid Ihr. Auf Euch bringe ich ein dreimaliges Hoch aus."

Nachdem der Vorsitzende den Anwesenden für ihr Erscheinen gedankt, und sie aufgefordert hatte, die nächste Versammlungen des Strazvereins oder andere Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, brachte Rechtsanwalt Radziżewski auf den Vorsitzenden ein Hoch aus, und da sich zum Punkte „Verschiedenes“ niemand zum Worte meldete, wies Rechtsanwalt Radziżewski noch die Kommissare an, ihm die Listen der neu gemeldeten Mitglieder bis zum 4. Dezember d. J. einzureichen, worauf die Versammlung vom Vorsitzenden um 5^{3/4} Uhr nachmittags geschlossen wurde. Zu meiner Information über die anwesenden Persönlichkeiten assistierte mir der Fußgendarm Lüdke; die Ortspolizei hatte zur Versammlung zwei **Polizeisergeanten** entsandt.

Wietusch,
Königlicher Polizeisekretär.

B e r i c h t **über den Verlauf der am 26. d. Mts. im** **Riżynski'schen Saale zu Opaleniza abgehal-** **tenen Versammlung des Vereins Straz für** **den Kreis Grätz.**

1. Die Versammlung setzte sich aus etwa 300 Personen, Bürgern und Wirten aus Opaleniza und Umgegend zusammen. Von der Intelligenz und Geistlichkeit waren vertreten: die Gutsbesitzer von Niegolewski-Niegolowo, Gintrowicz-Gortatowo (?), Arzt Dr. Tłock-Opaleniza, Propst Gustowski und Vikar Kruska-Opaleniza, Vikar Dykier aus Buk (früher in Rosten).

Der Einberußer Braniewicz eröffnete um 4 Uhr Nachmittags die Verhandlungen, indem er dem Statisten des Vereins Straz für den Kreis Grätz, Vikar Dykier-Buk, das Wort erteilte.

Vikar Dykier begrüßte die Erschienenen „von ganzem Herzen“, insbesondere aber den Abgeordneten Dr. Felician von Niegolewski, zu dessen Ehren sich von den Plätzen zu erheben er die Anwesenden aufforderte, was geschah. Zu welchem Zweck die Versammlung einberufen worden sei, — fuhr Dykier fort — sei Allen bekannt. Vor 11 Jahren hätten die Haktatisten einen polenfeindlichen Verein gegründet, der gegenwärtig schon 40 000 Mitglieder zähle. Aus dem Munde mancher deutschen Männer sei dann in Bezug auf die Polen das Wort „ausrotten“ gefallen. Ausrotten, auffressen möchte man also die Polen, was

unmenschlich sei. Solchen unhumanitären Ansichten huldigten heutzutage die meisten Deutschen. Sie boykottierten die polnischen Kaufleute, Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte, der Gebrauch der polnischen Sprache sei einfach verboten, sie sei aus dem Bereich der Wörterbücher gestrichen. Daß die Deutschen bei ihrem polenfeindlichen Vorgehen ganz unlogisch verfahren, beweise die Tatsache, daß sich die Elsaßlothringer im vollen Besitz ihrer Sprache befänden; sogar französische Telegramme würden von höchster Stelle an Elsaß-Lothringer befördert, die doch nichts Besseres seien als die Polen. Die Polen würden als Bürger zweiter Klasse behandelt, wiewohl von ihren Abgeordneten wiederholt auf ihre durch die Verfassung gewährleisteten Rechte sowie auf die feierlichen Versprechungen der preußischen Könige hingewiesen worden seien. Bismarck aber habe erklärt, daß diese Versprechungen keinen Pfifferling wert seien, und so stürme die germanische Flut immer ungestümr heran und drohe die Polen gänzlich zu verschlingen. Übrigens sei die Germanisierung nichts anderes als eine Protestantisierung, was auch die deutsch-katholische Presse immer von neuem betone. Sogar ein protestantischer Superintendent habe erst unlängst klipp und klar erklärt, daß es den Deutschen nicht so um die Germanisierung, als um die Protestantisierung der Polen zu tun sei, und daß die Germanisierung nur das Mittel zum Zweck sei. Dieser gegen die Polen anstürmenden Woge gegenüber müsse man sich so verhalten, wie Menschen täten, wenn sie sich gegen die Überschwemmung eines alles mit sich fortreisenden Gebirgstromes durch Wälle zu schützen suchten. In ähnlicher Weise müßten die Polen Wälle aufschütten, die sie vor der Germanisierung und Protestantisierung schützten, sie müßten eine große geschlossene Phalanx bilden, sie müßten zu einander halten, Schulter an Schulter, Steigbügel an Steigbügel vorgehen, um die ihnen durch die Verfassung verliehenen Rechte zu behaupten. Es liege ihnen fern, eine Revolution mit Sensen ins Werk zu setzen, sie wollten nur die gleichen Rechte haben, deren sich die Deutschen erfreuten. Um dieses Ziel zu erlangen, sei der Verein Straz gegründet worden, der keineswegs den Zweck verfolge, gegen die Deutschen offensiv vorzugehen, sondern der sich zur Aufgabe gemacht habe, die Interessen und Rechte des polnischen Volkes mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln zu wahren und zu beschützen. (Bravorufe.)

Alsdann verlas Dykier folgende Tagesordnung:

1. Eröffnung (bereits geschehen);
2. Bureauwahl;
3. Ansprache des Abgeordneten Dr. v. Niegolewski;
4. Ansprache des Vikars Dykier;
5. Pause;
6. Ansprachen der Wirte Kaczmarek und Kzepa;
7. Schluß.

2. In das Bureau wurden berufen:
Gutsbesitzer Gintrowicz als Vorsitzender und Sentikeller jun. als Schriftführer.

3. Abgeordneter Dr. Felician von Niegolewski-Posen sprach über das Thema: „Unsere Lage“. Er führte etwa folgendes aus: Gelobt sei Jesus Christus! Liebe Brüder und Landsleute! Wenn man die Tätigkeit eines Menschen richtig beurteilen wolle, müsse man die ganze Vergangenheit dieses Menschen, die Begleitumstände und Motive seiner Tätigkeit zu ergründen suchen. Ebenso sei es mit einer Nation; um sie kennen zu lernen, müsse man ihre Geschichte, ihre Vergangenheit, die von anderen Nationen empfangenen Eindrücke untersuchen und prüfen. Die ganze Geschichte des polnischen Volkes wäre z. B. unverständlich, wenn man nicht seine Beziehungen zu

dem germanischen Volke in Betracht zöge. Die slawischen bzw. polnischen Ländergebiete hätten in den frühesten Zeiten bis an die Elbe, an den Rhein gereicht, jetzt dagegen, nach einem tausendjährigen Kampfe zwischen Germanen und Slawen seien die Grenzen bis in die jetzige Provinz Posen zurückgeschoben worden, bis schließlich vor 110 Jahren die bekannte Teilung Polens erfolgt sei. Der preussische König Friedrich II. habe zwar dem polnischen König versichert, daß er an eine Teilung Polens garnicht denke, in dem gleichen Augenblicke aber, wo dies Versprechen gegeben worden sei, hätten auch schon preussische Truppen die polnischen Lande besetzt. Von diesem Zeitpunkt an bemühten sich die Preußen, den Polen die Sprache und den Landbesitz zu nehmen. Anfangs hätten die Preußen keine erheblichen Erfolge erzielt. Erst als Friedrich II. an seine Vertreter in Bromberg und Posen den Befehl erlassen habe, sie sollten die polnische Sprache möglichst durch die deutsche zu verdrängen suchen, zu welchem Zwecke er gleichzeitig eine Kadettenschule in Kulm errichtet habe, habe die Germanisierung Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Von da ab und später nach den preussischen Siegen in den Jahren 1864, 1866 und 1870 habe der Kampf gegen die Polen ein immer schärferes Tempo angenommen. Nach dem erfolglosen Kampfe mit der katholischen Kirche seien zur Vernichtung des Polentums ganze Reihen von Verordnungen erlassen worden, bis das Werk dieser unablässigen Verfolgung durch das Gesetz der bekannten Ansiedelungs-Novelle gekrönt worden sei. Minister von Hammerstein habe für dieses Gesetz viele sonst billig denkende Abgeordnete zu gewinnen gewußt, indem er das Märchen von einem neu erstehenden Heere in Amerika erdacht habe, was ebenso unwahr sei, wie die Behauptung des Ministers von Pobjelski, daß polnische Banken in Pommern 40 deutsche Güter erworben hätten.

Obgleich nun die Polen alle ihre Pflichten dem Staat gegenüber erfüllten, als Steuern zahlten und der Militärdienstpflicht genügten, sehe es umgekehrt mit den Pflichten des Staates den Polen gegenüber ganz traurig aus. Es sei bekannt, wie polnische Versammlungen, Mäifeste und andere Vergnügungen von den preussischen Behörden verboten würden, wiewohl nach Artikel 4 der preussischen Verfassung jedem preussischen Untertan Gleichberechtigung vor dem Gesetze gewährleistet sei. Es sei unverständlich, weshalb man die Polen so ungerecht behandle, denn an eine Losreißung von Preußen dächten sie ja garnicht, sie wollten nur so behandelt werden wie die andern, die deutschen Mitbürger. — Eine fernere politisch-rechtliche Hintanziehung der Polen sei das Verbot der polnischen Briefadressen entgegen den Bestimmungen des internationalen Postvertrages. — Nicht minder eine Vereinträchtigung der polnischen Rechte sei das Wirken der Ansiedelungskommission, die ebenso für polnisches, wie deutsches Geld aus polnischen Händen Güter aufkaufe, um es ausschließlich an Deutsche weiter zu veräußern. Als dann der Verkauf polnischen Grundbesitzes etwas nachgelassen habe, sei die Ansiedelungsgesetz-Novelle durchgebracht worden, die den Zweck habe, den polnischen Kleingrundbesitz zu vernichten, indem die Bildung von neuen Ansiedelungen, die dem Wirken der Ansiedelungs-Novelle entgegenstünden, verboten sei, was natürlich nur polnische Ansiedler treffen könne, da ja erklärlicher Weise jede neue polnische Ansiedelung im Gegensatz zu den Zielen der Ansiedelungskommission stehen müsse. Die Folgen der Ansiedelungsgesetz-Novelle könne man an den beiden Beispielen in Kiewierz, Kreis Samter, und in Schroda sehen, wo die Leute in Höhlen jahrelang auf einen Baukonsens gewartet hätten. So etwas geschehe im 20. Jahrhunderte in

einem verfassungsmäßigen Staate. — In Russisch-Polen sagen die polnischen Brüder, die hiesigen Polen dienten ihnen als Muster und Beispiel. Seien sie denn dieses Lobes auch wirklich wert? Mit nichten! Es fehle den hiesigen Polen noch die echte Liebe zur polnischen Erde und Sprache, der polnische Geist, die nationale Würde. So schämten sich noch viele Polen, in Gegenwart von Deutschen polnisch zu sprechen, sie verschachteten ihren Landbesitz an Fremde, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß sie den von so vielen Blutstropfen ihrer Väter und Urväter durchtränkten Boden an Leute verschachteten, denen der Klang der polnischen Sprache zuwider sei, die andere Sitten, eine andere Kultur hätten, eine andere Sprache redeten, die den Polen niemals Freunde sein würden. Da müßten die Polen die Worte des deutschen Kaisers beherzigen, der den Deutschen, die in den hiesigen Gegenden nicht einheimisch, sondern Ankömmlinge seien, zugerufen habe, es wäre eine Schande, wenn ein Deutscher seinen Grundbesitz veräußern wollte. Wenn in einem solchen Falle der hier eingewanderte Deutsche ein Verräter genannt werde, ein umso größerer Verräter sei der hier eingeborene Pole, wenn er sein Land an Fremde verschachere. — Außer der Liebe zur polnischen Erde, zum polnischen Geiste und zu den polnischen Sitten mangle es den Polen vor allem an Eintracht und an Opferwilligkeit. Es gebe Nationen, deren Angehörige ihren Patriotismus bekundeten, wenn sie dadurch ein Nebenwerk erreichten, wie z. B. Gehaltszulagen erhielten. Bei den Polen sei dies nicht der Fall, sie liebten ihre Sprache und ihre Gebräuche ohne Eigennutz, sie müßten nur noch lernen, für ihre nationale Sache Opfer zu bringen. Leider liege es in dieser Beziehung bei den Polen noch sehr im argen, sie begriffen es noch nicht, daß sie, wenn sie auf den Altar des Vaterlandes Opfergaben niederlegten, später doppelten Gewinn daraus zögen. Daher müsse dahin gewirkt werden, daß sich die Polen gewöhnten, für nationale Zwecke, wie z. B. für die Gründung von Volks-Bibliotheken und für den Verein der Unterrichtshilfe mehr materielle Opfer zu bringen, wie bisher. Eine solche uneigennützigte Aufopferung werde, wenn nicht dem gegenwärtigen, so doch späteren Geschlechtern unbezahlbare Früchte bringen. Um schließlich auch der Einigkeit und Eintracht bei den Polen Eingang zu verschaffen, sei der Verein Straz gegründet worden, der sich das Ziel gesetzt habe, überall dort einzugreifen, wo die anderen polnischen Vereine nicht hineinblickten, er sei ins Leben gerufen worden, um vor allem die wirtschaftliche Lage der Polen zu heben. Diesem Verein könne und müsse jedermann ohne Unterschied des Standes beitreten, damit der Wall, von dem der Vorredner gesprochen, gegen die Flut, die alles mit sich fortzureißen drohe, immer größer und mächtiger würde. Der gegenwärtig tobende Kampf sei so heftig, daß Graf Pobjadowsty einmal geäußert habe, man wisse nicht, wer in diesem wirtschaftlichen Kampfe die Oberhand behalten werde, wahrscheinlich aber derjenige, der wirtschaftlich höher stehen werde. Die Polen dagegen wüßten, daß der Sieg auf ihrer Seite sein werde, wenn sie an ihrem Banner in Eintracht festhalten, wenn sie für ihre heilige polnische Sache untwegt einstehen würden. (Bravorufe!)

4. Nach einem auf den Vorredner ausgebrachten Hoch hielt Wikar Dykier-Buk in sehr scharfem Tone eine Ansprache, deren Inhalt etwa folgender ist:

An einem öffentlichen Gebäude in Nürnberg sei der Spruch angebracht: *Iustitia fundamentum regnorum*. Es sei sehr schön, wenn dieser Spruch befolgt werde, denn am besten lebe es sich dort, wo Gerechtigkeit herrsche. In einem Staate, in welchem Gerechtigkeit geübt werde, hätten nicht nur die Untertanen Pflichten dem Herrscher,

dem Staate, gegenüber zu erfüllen, sondern auch der Staat habe Pflichten, die ihm in dem Verhältnis zu seinen Bürgern oblägen. Auch den Polen handle es sich um nichts anderes, als darum, daß ihnen diejenige Gerechtigkeit widerfahre, die ihnen gebühre und die ihnen gegeben werden **müsse**. (Redner schlägt mit der Hand auf den Tisch). Wenn er jetzt zeigen werde, wie es mit der Gerechtigkeit den Polen gegenüber aussehe, so müsse er sich vorher ganz entschieden dagegen verwahren, daß er die Absicht hätte, gegen die deutsche Bevölkerung zu hetzen und aufzuwiegeln; er wolle vielmehr nur schildern, welche Unbilden den Polen geschehen, nichts weiter. Wie sehe es nun mit dieser Gerechtigkeit aus? Da habe man vor allem die Verfassung, nach welcher allen Untertanen gleiches Recht gebühre. In Wirklichkeit sehe es mit dieser Gleichberechtigung ganz anders aus, es werde allen ihr Recht belassen, nur den Polen nicht, die nur Steuern zu zahlen und das Maul zu halten hätten. Eine solche Handhabung der Verfassung sei nichts als ein Marionettentheater, einfach Mumpitz, und sie stehe für die Polen nur auf dem Papier. — Vor einer gewissen Zeit sei in Posen eine Broschüre erschienen, in welcher alle deutschen Kaufleute empfohlen, die polnischen Kaufleute mit deutschen Namen dagegen besonders genannt würden, damit ja kein Deutscher bei Polen kaufe. Sollen denn die polnischen Kaufleute nichts essen, sollen sie stets hungrig sein? — Als ein Schulinspektor auf seine an einen polnischen Lehrer gerichtete Frage, wo er seine Waren kaufe, die Antwort erhalten habe, daß er seine Waren seit 25 Jahren von einem Polen beziehe, habe sich der Schulinspektor die erdenklichste Mühe gegeben, dem Lehrer einzureden, daß er bei dem deutschen Kaufmann besser bedient werden dürfte, er solle es nur einmal bei diesem versuchen. Da der Lehrer ein abhängiger Beamter sei, so werde er wohl seinem Vorgesetzten gehorchen müssen. Das sei die reinste Komödie, denn für sein Geld könne man doch kaufen, wo es einem beliebe. Die Hatzisten aber möchten aus den Polen am liebsten Parias machen. — Wenn ein Schulinspektor nachforsche, ob die Frau und Kinder eines polnischen Lehrers deutsch verständen und zu Hause deutsch sprächen, so sei dies nichts anderes, als eine Spionage. Der Lehrer aber müsse sich den Weisungen des Schulinspektors fügen, sonst bekomme er eine Rase. — Der Religionsunterricht werde in den Schulen in deutscher Sprache erteilt, was zur Folge habe, daß die Kinder das Vorgetragene nicht verständen, daß sie die Religion nicht im Herzen trügen. Daß man auf diese Weise keine treuen Untertanen erziehe, das hätten die letzten Reichstagswahlen gezeigt, während deren auch schon die polnischen Arbeiter sehr zahlreich in das Lager der Sozialdemokratie übergetreten seien. — Nicht nur der polnische Kaufmann, sondern auch der polnische Arzt und Apotheker würden boykottiert. Sobald sich diese in einer Stadt niederließen, werde dafür gesorgt, daß auch ein deutscher Apotheker und Arzt hinkomme, wobei letzterer nicht nur von der Regierung unterstützt werde, sondern sogar alle Krankenkasseneinkünfte erhalte, so daß der polnische Arzt gezwungen sei, den Ort zu verlassen. Den polnischen Rechtsanwälten ergehe es nicht besser. So sei in einer Stadt ein polnischer Rechtsanwalt 18 Jahre tätig gewesen, ohne der Regierung auch nur den geringsten Anlaß zu irgendwelchen Klagen gegeben zu haben. Als er sich unlängst nach dem Tode des dortigen Notars um dessen Stelle beworben habe, sei diese nicht ihm, sondern einem jungen Rechtsanwalt übertragen worden, der die Praxis als Rechtsanwalt kaum ein Jahr ausgeübt habe, und zwar einzig deswegen, weil es auf jenem wie ein Fluch laste, daß er als Pole geboren worden sei. — Ähnlich verhalte

es sich mit den Geistlichen, auch sie hätten keine Freiheit; selbst der Erzbischof habe die Hände gebunden, er müsse die freigewordenen Stellen besetzen, wie es der Regierung genehm sei; daß eine von der Regierung zu vergebende Pfarrstelle einem polnischen Geistlichen überlassen würde, daran sei schon garnicht zu denken. Und das nenne sich in dem Staate der Furcht Gottes Gerechtigkeit. — Sogar dem polnischen Arbeiter gönne man nicht zu leben, indem er durch andere, z. B. ruthenische Kräfte, verdrängt werde. Durch die Ansiedelungsnovelle sei es dem polnischen Arbeiter überdies unmöglich gemacht, sich ein Stück Land zu kaufen, ein Haus zu bauen. Er sei also schlimmer daran, als ein Hund, denn Hundebuden dürften überall errichtet werden. — Wenn sich der Pole bei den Behörden seiner Muttersprache bediene, so heiße es: „Hier wird nicht polnisch gesprochen“, obgleich Bülow erklärt habe, man dürfe reden, wie einem der Schnabel gewachsen sei. — Wenn es sich darum handle, ein polnisches Vergnügen zu veranstalten, so werde es einfach verboten, selbst eine Feier zu Ehren des größten polnischen Dichters Mickiewicz solle in Opaleniza unterjagt worden sein. — Die Polen seien doch nicht nur dazu da, um Steuern zu zahlen, Militärdienste zu leisten und im Falle der Gefahr das deutsche Vaterland zu verteidigen, sondern sie hätten auch Rechte, die ihnen verfassungsgemäß zukämen. Um die zur Wiedererlangung dieser Rechte nötigen Kräfte zu sammeln, um sich Recht zu verschaffen, hätten die Polen den Verein Straz gegründet, dem beizutreten Pflicht jedes braven Polen sei. — Redner erläutert dann die Einteilung des Vereins Straz in vier Sektionen und schloß mit der Mahnung, die Polen müßten darauf bedacht sein, daß für sie kein Mangel an Brot eintrete, daß die Nation nicht untergehe, daß sie die ihnen zukommenden Rechte wieder erkämpfe, daß die Landverschacherer dessen eingedenk seien, wie viel Blut und Gebeine ihrer Vorfahren sich in dieser polnischen Erde befänden. Auf wen dieser letzte Hinweis keinen Eindruck mache, der sei ein Bastard, der sei ein Verräter, wie der deutsche Kaiser die deutschen Landverkäufer gebrandmarkt habe. Vor allem müßten die Kommissare des Vereins Straz ein wachsameres Auge haben auf alles, was in ihrem Bezirk vorgehe, auf daß die Nation immer mächtiger werde, auf daß die Polen stets satt, nicht hungrig wären. Kurz, wenn der polnische Geist wachsam sein werde, dann werde es auch besser werden! (Bravorufe).

5. In einer viertelstündigen Pause erfolgte mittelst Formularen die Aufnahme von neuen Kandidaten für den Verein Straz. Die Zahl der Neueingetretenen wurde nicht bekannt gegeben.

6. Schmied Kaczmarek aus Rudnik forderte seine polnischen Brüder in einer kurzen Ansprache zur Unterstützung des polnischen Handels und Gewerbes auf. Von allen Seiten — meinte er — schütte der Feind Schanzen und Wälle auf, und dennoch gebe es unter ihnen, den Polen, viele Verräter, die statt bei ihrem Handwerker oder Kaufmann zu kaufen, die Fremden aufsuchten. Am meisten sündigten in dieser Beziehung oft diejenigen, die in der Kirche als die Frömmsten gelten wollten, sie trügen das Meiste zu ihren Segnern. Man möge sich ein Beispiel an den heidnischen Japanern nehmen, die es durch ihre gegenseitige Liebe fertig gebracht hätten, das christliche Rußland niederzuwerfen. Auch die Polen müßten sich in Liebe und Eintracht zusammenschließen, ihren eigenen Handel nach Kräften unterstützen, die fremden Geschäfte meiden, mit einem Worte zusammenstehen wie ein Mann; dann werde man den Angriffen der Feinde gewachsen sein.

Wirt Rzepa aus Troszczyn (?) führte in seiner Ansprache, die er allem Anscheine nach gemäß den

Weisungen eines Geistlichen auswendig gelernt hatte, ungefähr folgendes aus: Um dem Landschacher einen Damm zu setzen, sei der Verein Straz unumgänglich notwendig. Er hätte aber schon 50 Jahre früher ins Leben gerufen werden müssen, dann wären nicht jовiel polnische Güter der Ansiedelungskommission zum Opfer gefallen und Hunderte von Leuten hätten ihr Brot nicht verloren, wie dies jetzt immer noch geschehe. Daran sei vor allem der polnische Adel schuld, der es versäumt habe, die niedere Volksklasse vor der jüdischen Ausbeutung zu schützen. Leider aber hätten die polnischen Herren lustig in den Tag hineingelebt. Nur wenige Ausnahmen habe es gegeben, die, wie die Familie Niegolewski, kleine polnische Besitzungen aufgekauft und dafür so annehmbare Preise gezahlt hätten, daß der Verkäufer sich in einer andern Gegend wieder habe ansiedeln können. Heut sei dem anders, heut helfe der Reiche dem Schwachen nicht, sonst brauchte dieser nicht beim Juden Hilfe zu suchen. Die Deutschen unterstützten einander weit besser. So sei der Gutsbesitzer Hardt ein mehrfacher Millionär gewesen, und dennoch habe er seinen Leuten Darlehen gewährt, um ihnen zu helfen, ja sogar Polen habe er Geld geliehen, wenn auch nur auf die erste Hypothek, immerhin aber ohne sie auszubeuten. Auch die Polen hätten noch Herren, die ein großes Vermögen besäßen, sie zögen es aber vor in die Fremde zu reisen, um dort an einem einzigen Abend oft 10 000 Mk. und mehr zu verpulvern. Wenn sie dieses Geld in polnischen Banken anlegen wollten, würde nicht nur für sie ein bedeutender Gewinn abfallen, sondern sie würden sich auch in mancher Hinsicht um die polnische Volksgeamtheit verdient machen. — Vor etwa dreißig Jahren sei die Umgegend von Opaleniza rein polnisch gewesen, seitdem aber die Zuckerfabrik existiere, habe das Deutschtum durch den Zuzug deutscher Beamten solche Fortschritte gemacht, daß sich sogar ein Pastor als notwendig erwiesen habe. Auch ein evangelisches Bethaus sei errichtet worden, und zwar in einer so altertümlichen Stilart, daß man nach hundert Jahren werde sagen können, der Protestantismus bestehe hier schon wenigstens 1000 Jahre. — Opaleniza selbst habe früher ein Gut von 800 Morgen besessen, leider aber sei dasselbe für einige Hundert Mark verkauft worden. Besäße die Stadt noch heut dieses Gut, dann brauchten die Bürger vielleicht gar keine Steuern zu zahlen. Nicht allein gehe Land in den Besitz der Fremden über, sondern auch der Mangel an polnischen Arbeitern, an polnischem Gefinde mache sich mehr und mehr fühlbar. Um diesem Ubel zu steuern, müßten die Wirte ihre Kinder so heranbilden, daß diese in den Wirtschaften so lange tätig wären, als es möglich sei, denn nur so könnten sie sich einen Ersatz für die unentbehrlichsten Arbeitskräfte verschaffen. Pflicht eines jeden polnischen Landwirts sei es, mit Ausdauer, Lust und Liebe zu arbeiten, in den polnischen Banken Geld zu deponieren, um sich aus den Händen der Juden und der deutschen Banken zu befreien, die mit Vorliebe den polnischen Bauern Darlehen auf die erste Hypothek gewährten, um dann später bei der ersten besten Gelegenheit im Besitz des polnischen Landbesitzes zu kommen. — Wenn die Polen so gemeinsam handeln würden, würden sie nicht zurückgehen, sondern sie würden mindestens den Besitzstand erhalten, dessen sie sich noch heut erfreuten. (Bravorufe.)

7. Nachdem Vikar Dykier die Kommissare des Vereins „Straz“ für den Kreis Grätz so rasch verlesen hatte, daß es unmöglich war, Aufzeichnungen zu machen, brachte er ein dreifaches Hoch auf sämtliche Redner aus.

Mit der Mahnung an die Anwesenden, sich das Gehörte zu Herzen zu nehmen, und mit dem Dank

für das zahlreiche Erscheinen sowie für die musterhafte Haltung während der Verhandlungen schloß der Vorsitzende um 5³/₄ Uhr die Versammlung.

Maluche,
Kgl. Polizei-Bureaudiatar.

B e r i c h t über die am 26. November 1905 nachmittags 4 Uhr im Saale des Hotels Victoria abgehaltene öffentliche Versammlung des Vereins Straz für den Kreis Schrimm.

Die Versammlung wurde pünktlich um 4 Uhr durch den Starost des Vereins Straz, Dr. Nawrocki, eröffnet. Anwesend waren etwa 250 Personen. Die Intelligenz war nur sehr schwach vertreten und zwar durch Propst Adamski-Rogalinet, Geistlichen Kubski, Geistlichen Nowicki-Wieszezyzn, Rittergutsbesitzer von Urug-Melpin, Kaufmann Lompa. Der Rest setzte sich aus kleinen Kaufleuten, Handwerkern und Landleuten zusammen.

Es ergriff das Wort Dr. Nawrocki zu folgender Ansprache:

Geehrte Anwesende!

Ich als Starost des Vereins Straz habe mir erlaubt, euch heute einzuladen, um euch über die Bestrebungen des Vereins Straz aufzuklären, mit euch Kommissare für den Kreis Schrimm zu wählen und dadurch auch in unserm Kreise möglichst viele Mitglieder für den Verein Straz zu gewinnen. Da nun kein Mensch von euch verlangen kann, daß ihr blindlings dem Verein Straz beitreten sollt, so ist es vor allen Dingen notwendig, euch über den Verein Straz zu informieren. Dies will ich nun mit kurzen Worten tun. Ihr wollt jedenfalls zuerst wissen: „Was ist der Verein Straz?“

Der Verein Straz soll einen Damm gegen den Ostmarkenverein bilden, der uns auf Schritt und Tritt hindernd in den Weg tritt, der uns vernichten will, der sogar unsre heiligsten Güter, unsre Religion und unsre Sprache nicht schont, sie uns im Gegenteil entreißen will. Solchen Dingen darf kein wahrer Pole ruhig zusehen, er darf auch nicht passiv bleiben, sondern es ist seine heiligste Pflicht, derartigen, gegen die Polen gerichteten Bestrebungen energisch entgegenzutreten, sich zu wehren. Natürlich kann dies nur auf legalem Wege geschehen. Hieran kann uns niemand hindern, denn auch uns als Staatsbürgern steht das Gesetz zur Seite. Ebenso wie die Deutschen sich gegen Beschränkungen ihrer Rechte wehren, können sich auch die Polen gegen Angriffe auf ihre Freiheit und ihre Rechte wehren. Der Verein Straz nimmt jedes Mitglied in seinen persönlichen Schutz. Wer in die Reihen des Vereins Straz eingetreten ist, steht nicht mehr allein da. Die starke Organisation steht hinter ihm, belehrt ihn, hilft ihm, stützt ihn. Die Organisation duldet nicht, daß irgend einem Polen ein Unrecht zugefügt wird, sie wird stets für ihn eintreten. Jeder Stand ist in dem Verein Straz vollberechtigt, der Arbeiter und der reiche Mann haben die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten. Damit diese Organisation immer stärker werden und insolgedessen immer mehr gutes tun kann, ist es heilige Pflicht jedes Polen, dem Verein Straz als Mitglied beizutreten.

Welche Ziele der Verein Straz hat, ist am besten aus dem Aufruf des Vereins zu ersehen.

Maler Kujawski verliest nun den vorgenannten Aufruf. (Die Übersetzung dieses Aufrufs ist in Nr. 35 des Gesamtüberblicks Seite 873—874 abgedruckt.)

Im Anschluß hieran verliest der Maler Kujawski die von Dr. v. Dziembowski am 18. Juni 1905 in Posen gehaltene Rede.

Der Inhalt ist etwa folgender:

Der Verein wolle nicht die Deutschen polonisieren, das liege ihm fern, er wolle das Polentum nur wirtschaftlich stärken, den Kaufmanns- und Handwerkerstand heben. Der Kampf gegen das Deutschtum müsse nunmehr an allen Punkten, auf der ganzen Linie entbrennen, wenn die Polen nicht gänzlich verdrängt werden wollten. Heute sei es an der Zeit zu begreifen, was die Polen bedrohe und was ihnen not tue. Dies sei vor allem ein Verein, eine Organisation, so mächtig, daß sie auch den Deutschen imponiere.

Alle unsre Gegner müßten mit ihr rechnen, ja sogar die Regierung. Um dies zu erreichen, gebe sich der Verein Straz Mühe, Mitglieder zu werben und alle Stände in seine Reihen zu ziehen.

Ob ein Reicher oder ein Arbeiter Vertrauensmann des Vereins werde, sei gleichgültig, ihm müßte auf jeden Fall gehorcht werden, man müßte sich ihm unterordnen. Der Wahlspruch müßte sein „Einer für Alle, Alle für Einen“. Bisher habe es der Pole nicht verstanden, seinen Willen dem Willen eines andern unterzuordnen, jetzt fange es aber an, in dieser Beziehung besser zu werden. Er verstehe es sehr wohl, daß es dem Arbeiter schwer falle, 1 Mark von seinem sauer erworbenen Gelde als Beitrag abzugeben, aber der polnische Arbeiter möge dies dennoch tun, denn gerade sein Geld würde dem Verein Segen bringen. Also Einigkeit und Stärke seien das erste Erfordernis, denn die ganze Ostmark, ja der ganze mächtige Staat seien dem Polentum entgegengetreten.

Der Verein Straz wolle sich nur verteidigen, er werde nicht offensiv vorgehen, wie auch die Polen noch nicht die Hand nach fremden Sachen ausgestreckt hätten. Der Staat werde es mit dem Verein Straz leicht haben, denn er werde die Gesetze befolgen und sich an die Vorschriften halten. Der Verein Straz habe nur einen Wunsch, nämlich den, in Ruhe gelassen zu werden. Der Verein Straz wolle der Vertreter des Volkes sein, die weltlichen Rechte und die Rechte der Geistlichkeit verteidigen.

Leider verbiete es das Gesetz, Frauen als Mitglieder aufzunehmen. Aber wenn diese auch nicht Mitglieder werden könnten, so könnten sie dem Verein doch sehr viel Nutzen bringen und zwar durch eine lebhaftere Agitation. Sie müßten ihre Männer, Verlobten, Brüder usw. bearbeiten, dem Verein beizutreten. Ohne die Agitation der Frauen würde es um den Verein schlecht stehen, aber jede Polin sei auch eine Patriotin und werde schon ihre Pflicht tun.

Nun verlas Dr. Kawrocki die Statuten des Vereins und schritt dann zur Wahl von Kommissaren für den Kreis Schrimm. Es wurden gewählt: Für den Bezirk Mojschin.

Mojschin:

Jakob Jaszkulski,
Johann Jaworski,
Stanislaus Zwierzowski,
Alexander Groncfowiaf.

Brodnicia und Grabianowo:

Wladislaus Rydzewski.

Brodnicia-Hauland und Kopyta:

Franz Grondzielewski.

Sulejewo:

Josef Batkowiaf.

Szoldry:

Niemand anwesend.

Zurawiec und Pucolowo:

Anton Banasjak.

Esterpole:

Hetmanowski (soll Ortschulze sein.)

Zabno und Zabno-Hauland:

Czeslaus Piasiecki,

Josef Piasiecki.

Krajkowo:

Andreas Antyczak,

Wladislaus Adamski.

Baranowo und Baranowo-Hauland:

Stephan Bachowiaf.

Budzin und Pomezow:

Boleslaus Kaminski.

Sowiniec und Sowiniec-Hauland:

Niemand anwesend.

Borkhauand, Krosno, Krosno-Hauland und Kampratsdorf:

Wladislaus Rozmiarek (Kampratsdorf).

Grzybno und Lwowiec (?):

Valentin Bucha.

Groß-Lwowiec (?) und Sucharzewo:

Adalbert Wojciechowski.

Pujczykowo und Unterberg:

August Zborowski-Unterberg.

Pujczykowo und Rista:

Franz Piasiecki.

Sachsenfelde:

Adalbert Dobicki.

Rogalinek:

Propst Ignaz Adamski.

Rogalin:

Administrator Stanislaus Schubert.

Swiontnica:

Valentin Krzyzaniaf.

Bezirk Xions.

Xions:

Stanislaus Rosemann,

Kasimir Rydlewski,

Stanislaus Wleklinski.

Kolacin:

Andreas Stempel.

Kolacin-Dorf:

Kasimir Santowiaf.

Lugi:

Johann Kataras.

Wlosciejewki und Wlosciejewki-Hauland:

Johann Melcarek.

Radoszkowo:

Franz Kubiak.

Brzustownia und Gosciejewko:

Anton Siejak.

Chwalkowo:

Wojciechowski.

Xionsel-Dorf:

Ignaz Smigielski.

Zakrzewo und Zakrzewo-Hauland:

Thomas Gabala.

Gogolewo:

Kasimir Lisjak.

Sroczewo:

Martin Katarasjak.

Zaborowo:

Kasimir Rozubski.

Konarskie-Hauland:

Anton Madzki.

Kielezyn:

Lorenz Kazmierczak.

Dobczyn und Chrzostowo:

Rittergutsbesitzer, Kreisauschußmitglied Kasimir von Krzyztoporski.

Jarosławski und Obreda:

Melchior Jarmusz.
Bezirk Kurnik.

Kurnik:

Thadäus Schulz,
Josef Nowicki,
Piotrowski,
Johann Der,
Witold Tumidajski,
Peleczynski.

Bnin:

Peter Siforski,
Borchardt,
(Ignaz Gabryelewicz, Vertreter des Bürgermeisters, nahm die Wahl nicht an.)

Czmon:

Michael Nimie,
Franz Sifora.
(Der Ortschulze Franz Nimie lehnte, wie Dr. Nawrocki mittheilte, die Wahl aus leicht zu findenden Gründen ab.)

Schönthal:

Mathews Balenczyn.

Blazejewo b. Bnin:

Thomas Majchrzycki.

Biernatki:

Stanislaus Tubola.

Dembiec:

Johann Wiloch.

Radzewo:

Andreas Rozmiarek,
Stanislaus Jdażewski jun.

Eljenau und Konarskie:

Johann Janfowiat.

Człowo:

Adalbert Tobola.

Mieczewo:

Franz Majchrzycki.

Strzynki und Borowiec:

Joseph Krol.

Dziemierowo:

Johann Pelec.

Daszewice:

Zmudzinski.

Szczytnik:

Adalbert Galdynski.

Gondek:

Eduard Skompski.

Kobakowo:

Anton Przybyl.

Dachowo:

Jakob Pawlowski.

Runowo:

Andreas Waligora.

Pierschno und Celestinowo:

Ignaz Majchrzycki.

Gromolice:

Franz Fronckowiak.

Prusino:

Kasper Serwa.

Bezirk Dolzig.

Dolzig:

Karl Meymann, Martin Strzechynski, Boleslaus Markiewicz, Thomas Latanowicz.

Kotowo:

Franz Fryder.

Gawrony:

Joseph Dworezak.

Wirginowo und Radzewo:

Stanislaus Krzyzaniak.

Wodzyń:

Wladislaus Wawrzyniak.

Melpin:

Viktor von Unrug.

Morka:

Pfropst Stanislaus Maciejewski.

Drzonek:

Johann Mieloch.

Wierzezyezy:

Geistlicher Nowicki.

Masłowo:

Peter Strugala.

Russocin:

Martin Michalski.

Nowiec und Trombinek:

Rittergutsbesitzer Roch Piajecki in Trombinek.

Zaskulki:

Ignaz Nawrot.

Lubiatowo:

Rittergutsächter Strachanowski.

Lubiatowo:

Kubiak.

Podrzekta:

Michalski.

Blazejewo:

Peter Wyplata.

Ostrowieczko und Ostrowieczno:

Thomas Gózdziak. (?)

Rejselrode:

Ignaz Soltysiak.

Lipowka:

Franz Ignazewski.

Brzezunia:

Johann Janfowski.

Orliniec und Studzianna:

Oberförster Dembicki.

Wierzezyezy und Gajewo:

Thomas Stawicki.

Asieninki:

Walczak.

Malachowo:

Lorenz Gosciniak.

Tworzymirki:

Franz Schramm.

Runowo:

Pfropst Jenzierski.

Joseph Walczak.

Szczodrochowo:

Gutsbesitzer Laurentowski.

Bezirk Schrimm.

Wojtostwo:

Gutsbesitzer Ossowidzki.

Sosnowiec:

Joseph Piajecki.

Sansberg (Pyżonca):

Kasimir Tomaszewski.

Leng:

Rittergutsbesitzer Szjzefowski.

Winkowo:

Vincent Cieloszyk.

Pelezyn:

Martin Zeberski.

Nowowo:

Stanislaus Burlaga.

Nowowo:

Andreas Piajecki.

Borgowo:

Jakob Piajecki.

Ostrowo:

Fabrikbesitzer Kasimir Szreyber.

Gaj:

Bzdenga, Paul.

Wlociszewo:

Joseph Flaczynski.

Arzyżanowo:
Ludwig Musielak.
Szymanowo:
Franz Misiorny.
Pjarskie:
Verwalter von Dormanowski.
Manieczki:
Mieleczarzewicz.
Gora-Gut:
Inspektor Sawilski.
Gora-Haaland:
Valentin Wyrwinski.
Gorka:
Gutsbesitzer von Karlowski.
Ludwikowo:
Valentin Bartkowiak.
Zbrudzewo-Gut:
Rittergutsbesitzer v. Skrzydlewski.
Nieszlabin:
Anton Andrzejewski.
Orkowo:
Franz Wachowiak.
Kawcze:
Michael Staszewski.
Mechlin-Gut:
v. Skrzydlewski.
Mechlin-Dorf:
Inspektor Marian Jaskolski.
Dombrowo:
Peter Kazmierczak.
Kaleje:
Pächter Valentin Szlapka.
Matuszewo:
Roman Dwisiamy.
Lucin:
Pächter Valentin Szulczyn.
Zwolno-Haaland:
Franz Nowak.
Hohenjee:
Melchior Snujska.

Dr. Nawrocki ergriff nach beendeter Wahl das Wort und sagte etwa folgendes:

Wir haben jetzt die Wahl der Kommissare beendet. Geehrte Herren! Ihr seid dazu da, den Verein Straz überall bekannt zu machen, Aufklärung zu verbreiten, Mitglieder zu werben. Instruktionen, Quittungsbücher, Mitgliederlisten, Agitationsmaterial werdet ihr erhalten. Dafür, daß ihr den verantwortungsvollen Posten angenommen habt, sei euch Ehre und Dank. Wahrscheinlich wird vor Weihnachten noch eine Versammlung des Vereins Straz abgehalten werden und dann werdet ihr hoffentlich zeigen können, was ihr geleistet, wie viel Mitglieder ihr geworben habt.

Fürchtet euch nicht vor Unannehmlichkeiten, niemand kann euch etwas tun, denn ihr steht auf legalem Boden. Noch ein Wort! Findet ihr auf eurem Wege Landsleute, die euch eure Arbeit erschweren, so laßt euch durch derartige Elemente nicht abschrecken. Im Gegenteil, belehret sie über die Ziele des Vereins Straz und suchet sie in unser Lager hinüberzuziehen.

Es erfolgt nunmehr die Verteilung der Kommissardiplome an die noch anwesenden Gewählten. Die Namen dieser Personen, (es war etwa die Hälfte der Gesamtzahl der Gewählten,) konnten nicht festgestellt werden. Außerdem erhielten sie Agitationsmaterial eingehändigt. Nach Angabe des Dr. Nawrocki sollte die Übersendung der Kommissardiplome an die Gewählten, die an der Versammlung nicht teilgenommen, oder dieselbe bereits vor Schluß verlassen hatten, umgehend erfolgen.

Es folgte jetzt die Schlußansprache des Dr. Nawrocki:

Liebe Landsleute!

Laßt uns mit aller Kraft arbeiten, damit die Nation auch an den Erfolgen sieht, was der Verein Straz für sie bedeutet. Seid einig untereinander und haltet stets die Losung hoch „Einer für Alle, Alle für Einen“.

In der Hoffnung, daß ihr dies beherzigen werdet, sage ich euch:

„Auf Wiedersehen bei der nächsten großen Versammlung in Schrimm.“

Schluß der ohne Störung verlaufenen Versammlung um 7 Uhr.

v. Marczyński,
Kriminalschutzmann.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. November 1905:

Kardinal Kopp.

Man schreibt uns aus Rom:

Kardinal Kopp wird hier erwartet. Man spricht von der Einrichtung einer Stelle für einen deutschen ständig in Rom wohnenden Kardinal, da auch der französische Kardinal Mathieu ständig dort residiert. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß Kardinal Kopp die polnisch-kirchlichen Angelegenheiten für das Großherzogtum und Schlesien bearbeiten wird.

Aus Nr. 268 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 24. November 1905:

Deutschtum und Protestantismus im Königreich Polen.

(Der polnische Mittelstand. Die Warschauer Pastoren und ihr polnischer Patriotismus. Unrichtigkeit der Identifizierung von Protestantismus und Deutschtum im Königreich und ihre Analogie im Großherzogtum.)

Ich habe bereits von dem Sichpolonisieren der deutschen Intelligenz gesprochen. Der während des Bestehens des polnischen Reiches sehr wenig zahlreiche und wenig einflußreiche, vor allem aber in seiner Mehrheit deutsche Mittelstand vermehrt sich heute besonders seit dem Jahre 1863 unausgesetzt. Er ist verstärkt worden durch ganze Scharen des Großgrundbesitzertums, die durch geschichtliche Katastrophen und harte wirtschaftliche Verhältnisse auf das Pflaster der Stadt geworfen worden sind.

Diese adlige, stets am meisten polnische und die polnischen Traditionen am stärksten bewahrende Schicht der Nation hat ohne Zweifel am meisten zur Polonisierung der deutschen Bevölkerung der polnischen Städte beigetragen.

Wenn im Posenschen trotz des deutschen Regiments und der deutschen Kultur das polnische Bürgertum in seiner Mitte ganze Scharen von Szmyt, Szule, Szumann, Schroeder, Ritter, Defiert usw. zählt, deren es eine Legion gibt und die mit Leib und Seele Polen sind, abgesehen von den ganzen Kolonien von polnischen Bambergern mit deutschen Namen, was soll man da erst von der stets starken, ausschließlich polnischen Kultur im Königreich sagen? Diese Kultur und Assimilierungskraft der polnischen Bevölkerung hat tausende deutscher Familien mit uns verbunden und durch und durch polonisiert.

In Warschau z. B. zählt die polnische Gesellschaft in ihrer Mitte eine ungeheure Menge von Evangelischen

mit deutschen Namen, die im häuslichen Verkehr ausschließlich die polnische Sprache anwenden. Außer den Bürgern und Gewerbetreibenden mit deutschen Namen, evangelischen Leuten, für welche die polnischen nationalen Bestrebungen und Ideale mehr oder minder gleichgültig sind, ungeachtet dessen, daß sie sich als Polen fühlen, können wir uns einer bedeutenden Zahl großer Patrioten und national polnischer Taktoten rühmen, evangelischer Leute mit deutschen Namen, nicht nur unter den Laien, sondern auch unter den Geistlichen. Es genügt, an den Pastor Otto zu erinnern, der am meisten zur nationalen Wiedergeburt von Österreich-Schlesien beigetragen und am Aufstande v. J. 1863 hervorragenden Anteil genommen hat.

Aber auch die heutige evangelische Geistlichkeit im Königreich Polen schreitet mit gewissen Ausnahmen unter der polnischen Standarte einher und sie ist vom bürgerlichen Empfinden belebt. Bezeichnend in dieser Angelegenheit war die Erklärung des Warschauer Pastors Julius Machlejd, die er vor zwei Jahren öffentlich abgegeben hat. Die Petersburger Nowoje Wremja hatte den evangelischen Pastoren den Vorwurf gemacht, sie gravitierten nach Deutschland hin und seien die Avantgarde des Deutschtums auf slawischem Boden. Als Antwort darauf erklärte Pastor Machlejd in einem in der Nowoje Wremja veröffentlichten offenen Briefe:

„Die deutsche Sprache habe ich erträglich erst auf der Universität (in Dorpat) gelernt. Hier, d. i. in Polen, bin ich geboren, hier bin ich aufgezogen, mit diesem Lande bin ich durch tausend Bande verknüpft, und ich sehe Polen von ganzer Seele als mein Vaterland an!“

Hinzugefügt muß werden, daß Pastor Machlejd zu den hervorragendsten polnischen Rednern gehört, und seine polnischen Predigten ziehen Tausende in die evangelische Kirche in Warschau. Von seinem Patriotismus zeugt auch die Tatsache, daß er an der polnischen Deputation teilgenommen hat, die sich nach Petersburg begab, um für das Königreich die Autonomie zu erkämpfen.

In dem großen nationalen Aufzuge vom 5. November mit seinen 200 000 Köpfen, mit seinen nationalen Liedern, Standarten und Ansprachen, schritten neben der katholischen Geistlichkeit zwei evangelische Pastoren einher, und jetzt lesen wir, daß in der evangelischen Kirche in Warschau eine feierliche Andacht abgehalten und das Lied „Gott, der du Polen“ gesungen worden ist.

Diese Andacht nebst einer erhebenden und patriotischen Predigt hat Pastor Julius Bursche gehalten, derselbe Bursche, dessen Volentum ernste Zweifel und Verdacht geweckt und der sich unter den extremen katholischen Elementen sogar den Namen eines lutherischen Kofatisten (sic!) erworben hat. Derselbe Bursche ist nach Petersburg gefahren, um herbeizuführen, daß die deutsche Sprache aus dem evangelischen Religionsunterricht in den Schulen des Königreichs Polen ausgerottet und durch die polnische Sprache ersetzt werde. Die evangelischen Pastoren in Warschau haben auch Schritte getan zur Einrichtung eines evangelischen Gymnasiums mit polnischer Unterrichtssprache in Warschau. Es ist einzig zu bedauern, daß gewisse Sphären unsrer Volksgeamtheit unausgesetzt noch Protestantismus und Deutschtum indentifizieren, was, wie wir sehen, grundfalsch ist, besonders im Königreich Polen. Etwas anderes ist es im preussischen Anteil, wo die Parole gilt „Germanisierung ist Protestantismus.“

Tatsachen von der Art, wie der Kirchenstreik in Adelnau, wo 2000 polnische Protestanten angehört haben, die evangelische Kirche zu besuchen, um auf diese Weise polnische Andachten zu erhalten, solche Tatsachen gestatten die Behauptung, daß jenes Identifizieren von Protestantismus und Germanisierung im

Großherzogtum Posen insoweit richtig ist, als die deutsche Regierung unter dem Deckmantel des Protestantismus das Deutschtum einzuschmuggeln sucht. Das beste Beispiel hierfür haben wir in Preussisch-Masuren, wo die Pastoren die am meisten rücksichtslosen Germanisatoren sind.

Wladimir Koncerz.

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. November 1905:

Warnung.

Seit dem Moment der Eröffnung des Verkehrs nach Warschau haben uns unsere Korrespondenten eine solche Unmenge von Informationen gesandt, daß wir ihnen hiermit öffentlich für ihre Arbeit danken.

Aus diesen Informationen haben unsere Leser mit uns eine genaue Anschauung gewonnen bezüglich alles dessen, was die vergangenen Wochen Offenes oder Geheimenes mit sich brachten. Wir aber sehen, daß wir in keiner Hinsicht von dem Wege des gerechten Urteils über die dortigen Vorfälle abgewichen sind, wenngleich wir vordem auf weit beschränktere Informationen angewiesen waren.

Eins nur müssen wir noch nachdrücklicher hervorheben, daß nämlich, wenn unsere Landsleute jenseits der Grenze, besonders in Warschau, nicht in hinlänglichem Maße kühles Blut und Gleichmut bewahrt haben, dies aus Anlaß aller höllischen Künste der gewissenlosesten Provokation von seiten derjenigen geschehen ist, denen es daran liegt, daß wir uns „empören und demonstrieren, je ohnmächtiger desto besser.“

In dieser Hinsicht bleibt auf unserer Seite mithin nur das Verschulden, daß wir nicht überall und nicht immer diese Provokationen zu erkennen gewußt haben. Es ist das ein großes Verschulden, aber es gibt auch der mildernden Umstände nicht wenige.

Wir beeilen uns, dies Urteil heut schon entschieden zu fällen, denn es nähert sich der Moment, in welchem wir wiederum noch bedrohlicheren Gefahren dieser Art werden ausgesetzt werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß die höllischen Provokatoren diese für ihre unterirdische Arbeit überaus günstige Gelegenheit werden vorüberziehen lassen.

Dieser Augenblick bietet sich aus Anlaß des nahen Jahrestages des Novembraufstandes, der in unserer Volksgeamtheit übrigens sehr natürliche und unschuldige Erinnerungen wachzurufen pflegte, die jedoch bei unsrer Entzündlichkeit sehr leicht nach revolutionärer Richtung hin ausgenutzt werden können.

Wir sind auch davon überzeugt, daß unsre verständige Allgemeinheit die drohende Gefahr zu erkennen wissen wird; aber wir fühlen uns ungeachtet dessen verpflichtet, alle diejenigen zu warnen, welche sich in gutem Glauben zu chauvinistischen Gelüsten hinreißen lassen oder unwissentlich den Einflüssen von Provokatoren erliegen könnten.

Wir erkennen voll und ganz die Notwendigkeit des „Wachens des Geistes“ an; aber der politische Verstand sollte uns ein untrüglicher Wegweiser dafür sein, welche Mittel wir in dieser würdigen Arbeit anzuwenden haben, und wo und wann sie anzuwenden sind. Heut — wir wiederholen dies offen und entschieden — ist nicht die rechte Zeit zu irgendwelchen Manifestationen und politischen Demonstrationen nach dieser Richtung hin.

Es gibt Momente, in denen man dem Herzen Schweigen gebieten muß. Ein solcher Moment ist der gegenwärtige.

Jeder Wohlgesinnte wird eine hochbürgerliche Tat erfüllen, wenn er seine Einflüsse anwenden wird, um unzeitige Brände zurückzuhalten.

Und wenn wir unsre Volksgeamtheit mit aller Entschiedenheit zur Ruhe aufrufen, so haben wir andererseits das Recht, uns an die Obrigkeit mit der Aufzorderung zu wenden, ihre Pflicht zu tun.

Graf Witte hatte Recht, als er einschlägigen Forderungen gegenüber behauptete, er könne die ganze Administration nicht mit einem Male ändern, das hindert aber nicht, daß General Skalon oder der, von dem dies abhängt, sofort einige bekannte russische Provokationshauptide in Warschau aus dem Dienste entfernte. Wie unsre „Würdenträger“ im unklugen Eisenbahnerstreik eine Politik befolgt haben, durch welche das ganze Land beeinträchtigt wurde, und zwar aus dem Grunde, um sich den arbeitslosen Urlaub zu verlängern, so suchen diese Hauptide nicht aus Liebe zu Rußland die Unruhen zu dauernden zu machen, sondern um solange als möglich erhöhte Gehälter im Königreich zu beziehen, wie sie solche in ganz Rußland nicht beziehen würden. Und es ist doch die Meinung allgemein verbreitet, daß die in moralischer Hinsicht schlimmsten bürokratischen Elemente in das Königreich geschickt werden.

Von ihnen sollte man doch, wenn auch nur einige des Beispiels halber fortjagen, dann wird sofort Ruhe im Lande herrschen und es werden die Ruhestörungen aufhören, welche das die Regierung so arg kompromittierende Zurückziehen der eben eingeführten Verfassung und aller Reformen herbeigeführt haben.

Wenn sich die Behörde zu einer solchen Inkonsequenz verstiegen hat, so sollte sie zwecks Beruhigung des Landes einige amtliche Unruhestifter opfern. Ein wenig spät wäre es zwar, aber die Regierung würde damit guten Willen zeigen, dessen Mangel ihr allerseits zur Last gelegt wird.

Aus Nr. 268 des Postep (Posen)

vom 24. November 1905:

Die preussische Intervention im Königreich Polen.

Man schreibt dem Glos Narodn aus Wien:

Die Nachrichten englischer Zeitungen über die beabsichtigte Intervention der deutschen und österreichischen Armeen im Königreich Polen sind für die Leser des Glos Narodn nichts Neues. Trotz der halbamtlichen deutschen Dementis sind diese Gerüchte vollkommen wahr. Wir nahmen von ihnen schon bei Beginn dieses Jahres Notiz und zwar auf Grund von Informationen, die aus sehr beachtenswerter Quelle stammten.

Wir erlauben uns diese Nachrichten heute zu wiederholen und sie durch die neuesten Vorfälle zu vervollständigen.

Schon gegen Ende des verflossenen Jahres erhielt man in Wien von einigen europäischen Höfen eine Reihe von Berichten, daß der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Alvensleben, im Namen Kaiser Wilhelms II. der russischen Regierung geraten hätte, den größten Teil des Militärs aus dem Militärbezirk Warschau auf den Kriegsschauplatz zu senden. Er führte an, daß diese Armeen als die bestorganisierte und wohldisziplinierteste unzweifelhaft im Stande sein würde, die Schale des Sieges zu Ungunsten der Japaner sinken zu machen. Wenn dann weiter, und mit Recht, die russische Regierung befürchten sollte, — wie Graf Alvensleben im Sinne der ihm erteilten Instruktion ausführte — daß ein polnischer Aufstand

entstehen könnte, dann wären die Preußen bereit, mit zwei Korps das Königreich Polen zu besetzen, unter völliger Beibehaltung der ganzen russischen Zivilverwaltung.

In Wien wurde die große Gefahr für Österreich, die in jenem Plane steckte, richtig aufgefaßt. Zweierlei hätten die Folgen eines solchen Planes sein können. Entweder hätte Preußen ohne Blutvergießen und fast ohne Kosten ein schönes Land in der Mitte Europas gewonnen, oder es würde, im Falle es das Land Rußland zurückgegeben hätte, einen dankbaren Verbündeten erworben haben, der bereit sein würde, mit den Preußen an der Einnahme Österreich-Ungarns teilzunehmen. Man mußte also jene Arbeit der Preußen in Petersburg beseitigen.

Bald erhielt auch der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Herr von Szögeny-Marich, entsprechende Instruktionen.

Gelegentlich eines der Empfänge bei dem Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Baron v. Richthofen, brachte der Botschafter von Szögeny-Marich das Gespräch geschieht auf die Vorgänge im Königreich Polen und fügte wie absichtslos hinzu, daß Österreich-Ungarn sich entschlossen hätte, sich an der Intervention zu beteiligen, falls Preußen die Absicht haben sollte, dort einzumarschieren, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Für die Erhaltung dieser Ordnung hat Österreich das gleiche Interesse wie die Preußen und zwar mit Rücksicht auf die lange galizische Grenze. Es ist klar, daß der österreichisch-ungarische Botschafter von vornherein gewußt hatte, welche Antwort er erhalten würde. Baron v. Richthofen gab ihm die Versicherung, daß die Preußen nicht einmal davon träumten, das Königreich Polen zu besetzen.

Es versteht sich von selbst, daß sofort nach dem Fortgang des Botschafters der Staatssekretär dem Reichskanzler über die Worte des Herrn v. Szögeny-Marich Bericht erstattete. In den Ausschlag gebenden preussischen Kreisen verdaute das österreichische Angebot die ganze Rechnung. Vor allem hätte nun Preußen nur einen Teil des Landes besetzen können, während den andern Teil Österreich eingenommen hätte. Weiter würde die Rückgabe jenes Teils an Rußland auch Österreich zur Rückgabe veranlassen und Rußland würde hierdurch nicht nur den Preußen, sondern auch den Österreichern verpflichtet sein, was den Wert der russischen Freundschaft schon bedeutend abschwächen würde.

Der Plan der Wiener Diplomatie erwies sich dann auch als ganz vortrefflich: die Preußen ließen den Plan einer Intervention fahren und leugnen jetzt ab, daß ihnen die Trauben zu sauer waren. Das Widersprechen und Leugnen der Preußen ist bedeutungslos. Friedrich II. gab im Jahre seiner Thronbesteigung ein Werk, den „Anti Machiavell“ heraus, in welchem er das politische System des berüchtigten Italiens verurteilte. Und doch folgte keiner der Monarchen des XVIII. Jahrhunderts treuer den Lehren jenes listigen Florentiners, als gerade Friedrich II. Als Karl VI., der römische Kaiser deutscher Nation, starb, versicherte gerade Friedrich II. am lautesten und eindringlichsten Maria Theresia seiner Freundschaft, Treue und Beihilfe. Und doch hatte er schon damals den Plan gefaßt, Schlesiens gewaltsam an sich zu reißen. Das Brechen von Traktaten, Schwüren, Worten, ist die traditionelle Taktik der preussischen Regierungen, die durch viele Tatsachen bekräftigt wird. Wehe denen, die ihr Glauben schenken. Schließlich sind wir nicht allein dieser Ansicht, ich erinnere nur an die Worte Bismarcks, der als Leiter des preussischen Kabinetts von der Landtagstribüne öffentlich die Worte gesprochen hatte, daß er für das

Wort preussischer Könige nicht einmal einen zerbrochenen Taler geben würde. Der Plan das Königreich Polen an sich zu reißen, existiert in Berlin seit dem Verlust Warschau's im Jahre 1806; nur die Umstände gestatten es nicht, ihn zu verwirklichen.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 26. November 1905:

Warschau, den 25. November.

Heute um 10 Uhr überreichte eine Deputation der Warschauer Polizei, bestehend aus allen Reviervorstehern, dem Polizeimeister eine Petition mit der Forderung, das Gehalt zu erhöhen, wobei sie als Beweggründe hierfür ausdrücklich anführten, daß sie gegenüber der Umwälzung der staatlichen Verhältnisse fernerhin von ungezüglichen Einkünften, von Trinkgeldern der Schmuggler, Bummler und Diebe nicht mehr leben wollten und könnten.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański

vom 26. November 1905:

Warschau, den 24. November.

In Warschau beschäftigt sich die Volksgeamtheit lebhaft mit der Frage der Intervention Preußens. Infolge des bekannten, seitens des deutschen Konsulats übersandten Kommunikats, in welchem allen Gerüchten dieser Art entschieden widersprochen wird, beruhigten sich die Gemüter etwas, aber doch noch nicht vollständig, denn es wurde festgestellt, daß jenes Kommunikat keine Unterschrift hatte. Noch war der Widerhall all dieser Gerüchte nicht verklungen und schon machten sich im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer preussischen Intervention neue Sensationen bemerkbar. Aus Lemberg wurde Warschauer Blättern mitgeteilt, was übrigens der Dziennik Poznański auch schon erwähnt hatte, daß die Tatsache, daß einige Regimenter in Lemberg, Krakau, Rzeszów, Przemyśl usw. mobilisiert und kriegsmäßig ausgerüstet wurden, große Beunruhigung hervorgerufen hätte. Vorgeföhrt wurde dem Kurier Warzawski berichtet, daß die Mobilmachung in Galizien einen größeren Umfang angenommen hätte, als man bisher geglaubt hatte. In allen Garnisonen sind die Regimenter mobil gemacht und zum Ausmarsch bereit. An alle Eisenbahndirektionen (Krakau, Lemberg, Stanislawow, Czerniowce) sind schon versiegelte Ordres für das Eisenbahnpersonal gesandt worden. Der Wiener Korrespondent des Kurier Poranny bemüht sich, diese Sache zu erklären. Er berichtet über diplomatische Aktionen, die der österreichische Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Vorfällen in Warschau und im ganzen Königreich Polen unternommen hätte.

Bei dem österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten soll von der deutschen Regierung die Nachricht von militärischen Vorkehrungen an der Grenze des russischen Reiches eingegangen sein. In seiner Antwort erklärte Graf Goluchowski der deutschen Regierung, daß die österreichische Regierung die Sache der zukünftigen administrativen Einrichtungen im Königreich Polen als eine innere Angelegenheit des russischen Staates ansähe, und daß sich Österreich in die innern Angelegenheiten Rußlands nicht einmischen würde. Nichtsdestoweniger kann Österreich das Bestreben irgend einer Macht, in dieser Angelegenheit einseitig zu intervenieren, nicht gestatten. Weiter bezeugt die Note des Grafen Goluchowski, daß die Informationen, die die

Regierung aus dem Königreich Polen erhalten hat, kategorisch alle Gerüchte von einem revolutionären Verhalten der Bevölkerung des Königreichs Polen widerlegen, einer Bevölkerung, welche nur legal ihre Wünsche kundgibt, die auf einen Wechsel des administrativen Systems hinielen, dagegen das russische Reich mit keiner Gefahr bedrohen.

Wie viel Wahres an dem Allen ist, kann man schlecht sagen, die nächste Zukunft wird es aber zeigen.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 26. November 1905:

Sienkiewicz über die Deutschen.

Die bekannte Pariser Wochenschrift *Le courrier européen* veröffentlichte einen Artikel, betitelt: „le pu'on pense de l'Allemagne“. Nachstehend bringen wir in Übersetzung einen darauf bezüglichen Brief von Heinrich Sienkiewicz:

Wenn ich irgend etwas unternehmen würde, was für mein Vaterland nützlich, dagegen für Europa und das menschliche Geschlecht schädlich wäre, so würde ich es für verbrecherisch halten.

Montesquien.

„Ich gehöre zu jenen, die der Meinung sind, daß die Vaterlandsidee im Geiste und im Herzen eines jeden Menschen den ersten Platz einnehmen müßte; trotzdem habe ich nicht gezögert, vorstehende Worte Montesquien's anzuföhren, da sie auf eine entscheidende und logische Art die Grenze bezeichnen, bis zu der das Nationalgefühl gehen darf. Man muß das Vaterland über alles lieben und vor allen Dingen an das Glück desselben denken, zugleich ist es aber auch die vornehmste Pflicht eines jeden Patrioten, daran zu denken, daß seine Ideen über das Vaterland nicht im Gegensatz zu dem Glück der ganzen Bevölkerung stehen, sondern im Gegenteil daran, daß sie eine der Grundlagen zum Glück derselben ausmachen. Nur unter diesen Bedingungen wird die Existenz, die Entwicklung und die Größe unseres Vaterlandes die ganze Bevölkerung interessieren. Mit andern Worten, die Devise eines jeden Patrioten muß sein: „Durch das Vaterland für das Volk“ und nicht „Für das Vaterland gegen das Volk.“

Grade auf diese Art haben wir Polen stets die Vaterlandsidee aufgefaßt, grade auf diese Art haben wir das Vaterland geliebt. Und deshalb ist die Zukunft unser, denn Polen bedeutet Gerechtigkeit, Freiheitsidee, das gleiche Recht für Alle an das Leben, die Entwicklung humanitärer Pflanzstätten.

Kann man denn daselbe auch von den Deutschen sagen? Nein! Und zwar deshalb nicht, weil die deutsche Seele nicht fähig war, erhabene Ideen zu schaffen und zu betätigen. Eine Nation, die einen Goethe und einen Schiller gehabt hat, hat hinlänglich bewiesen, daß sie eine solche Fähigkeit besitzt. Aber heute ist die deutsche Seele von Preußen in Ketten geschmiedet. Das Ideal, das ihnen vorschwebt ist Macht und Reichtum. Die Idee des deutschen Vaterlandes läuft darauf hinaus, den unersättlichen Magen möglichst weit zu füllen und durch eine starke Wacht die Ruhe während des Verdauens zu schützen. Hiernach kommt nichts mehr.

Doch dies reicht nicht aus.

Um seine Existenz zu rechtfertigen, muß man außer der Faust und Brot noch irgend eine moralische Idee haben. Der Macht des heutigen Deutschlands fehlt gänzlich jede Grundlage dieser Art. Hieraus geht hervor, daß die Entwicklung einer solchen Macht nicht

nur nicht im Interesse der Bevölkerung liegt, sondern sich im Gegensatz zu ihr befindet. Der Blutegel, dessen ganze Existenzbedingung darauf beruht, das Blut anderer Wesen auszusaugen, ist nur ein Unglück für seine Umgebung. Und deshalb erwecken die Deutschen überall und bei allen Feindschaft. Es ist dies die einzige Nation auf der Welt, die überhaupt keine Freunde hat; eine so abge sonderte Nation wird niemals stark genug sein, um, wenn sie die Ursache eines allgemeinen Unglücks sein wird, den Druck der allgemeinen Feindschaft auszuhalten.

Dieses ist der gegenwärtige Stand der Sache. Welches ihre Zukunft sein wird, wage ich nicht zu beurteilen. Sie wird davon abhängen, ob die deutsche Seele die preußische Seele besiegen oder ob es umgekehrt sein wird.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 26. November 1905:

Das Schulmuseum in Lemberg, Maleckistr. Nr. 5.

Das vor einigen Jahren auf Veranlassung Lemberger Pädagogen, nach dem Muster auswärtiger, gegründete Schulmuseum sammelt und kauft alles das, was auf unser Schulwesen in der Gegenwart und Vergangenheit Bezug hat. Das Museum soll einen nach Möglichkeit vollständigen Überblick über alle Lehrmittel bieten, deren sich die Schulen in polnischen Landen bedient haben, sowohl vor als auch nach den polnischen Teilungen. Besonders die Zeiten nach der Teilung Polens, seitdem die Schulen nicht nur Erziehungsanstalten, sondern Institute zur Entnationalisierung der polnischen Kinder waren, könnten interessante und in didaktisch-erzieherischer Hinsicht wunderliche Muster und Gegenstände aus der Martyrologie der polnischen Kinder liefern. In ersterer könnte und müßte der preußische Anteil, der Schauplatz der wütendsten unpädagogischen Experimente, einer politischen Ausbildung und Erziehung der Jugend, die allerschäbharsten Muster für das Schulmuseum in Lemberg liefern, sei es in Form jetziger und früherer Hilfsmittel, die in Volks- oder Mittelschulen gebraucht wurden, ferner Muster von allen antipolnischen Anordnungen, Programme, Lehrpläne, Schulberichten jeder Art, besonders auch solche von Ausschreitungen und Schulvorkommnissen nach Art der Breschener Affäre. Ferner werden alle glaubwürdigen Beschreibungen von Mißbräuchen seitens der Lehrer, alle Kopien von Gerichtsprotokollen über berüchtigte Schulklagen, alle glaubwürdigen Überführungsstücke betreffend den Umgang der Lehrer mit den kleinen polnischen Märtyrern unerhört begehrte Erwerbsgegenstände sein. Die im polnischen Anteil erscheinenden Zeitungen werden dem Schulmuseum einen schätzbaren Dienst leisten, wenn sie Nummern mit jeder Art glaubwürdiger Vorfälle auf dem Schulgebiet dem Museum einsenden. Begehrt werden gleichfalls Artikel, betreffend hafatistische Projekte auf dem Gebiet des Schulwesens.

Nachdem ich unlängst in Posen gewesen war und von zuverlässigster Seite gehört hatte, wie sogar in den Gymnasien die preußischen Pädagogen bis zur Tertia mit den Schülern umgehen, bin ich der Meinung, daß Erziehungsmittel dieser Art nicht in Vergessenheit geraten dürfen, sondern Jahrhunderte hindurch von der Brutalität einer Kultur zeugen müssen, die die Präzension hat, in Europa an erster Stelle zu stehen und allen Forderungen der Menschlichkeit Hohn spricht. Im Hinblick darauf, daß einzig Großpolen bisher dem einzigen polnischen Schulmuseum keine Muster und

Schulmittel übersandt hat, glauben wir, daß wir durch den nachstehenden Aufruf die großpolnische Volksgesamtheit ermuntern werden, das polnische, aber auch europäische zivilisierende Institut, das ein getreues Bild des Schulwesens in den drei Anteilen bewahren soll, zu bereichern. Wenn auch nur die öffentlichen Diskussionen im preußischen Landtag komplett mit den Emunziationen der preußischen Minister übersandt werden, so bieten diese schon schätzbare Quellen des preußischen Schulwesens in dem ehemals polnischen Lande. Wir zweifeln nicht daran, daß die in jeder Sache so nüchtern und verständige großpolnische Volksgesamtheit durch tatkräftige Unterstützung des Schulmuseums in Lemberg beweisen wird, daß ihm die Erziehungsfrage der neuen Generation am Herzen liegt.

R. R.

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. November 1905:

Lemberg, 23. November.

In Lemberg stehen in Kriegsbereitschaft und zum Abmarsch bereit: ein Infanterie-, ein Artillerie- und zum mindesten 2 Kavallerieregimenter, die aus Lemberg und aus allen Garnisonen in der Umgegend zusammengezogen sind. In Rzeszow steht gleichfalls ein Regiment Infanterie kriegsbereit. Ebenso sollen in Krakau und Przemyśl bereits Regimenter mobilisiert und zum Abmarsch bereit dastehen.

Aus Nr. 55 des Komar (Posen)

vom Oktober 1905:

In einem Artikel, worin das Blatt die polnische Presse auffordert, der russischen Literatur in Zukunft mehr Beachtung zu schenken als bisher, heißt es:

... Denn wenn man schon Übersetzungen bietet, so möge wenigstens ein tieferer Zweck damit verfolgt werden; jedenfalls dürfte man nicht deutsche Mittelmäßigkeiten bieten. Genug füttert uns damit das Theater, es ist endlich damit genug, daß auch die Schule der polnischen Seele Propagandist deutschen Empfindens und Denkens, deutschen Geschmacks und deutscher Bräuche einimpft. Das ist genug — genug der preußischen Pest! Wenn wir durchaus fremde Kost bieten sollen, nun, so bieten wir wenigstens gute würzige und wertvolle Sachen, ausschließlich russische, englische, französische, ja, sei es sogar chinesische, nur nicht den ersten besten deutschen vergiftenden Tand ...

Aus Nr. 269 des Ogrędownik (Posen)

vom 25. November 1905:

Die St. Adalbert-Druckerei und Buchhandlung.

Die gesunde wirtschaftliche Entwicklung unserer Volksgesamtheit im preußischen Anteil legt uns nicht nur die Pflicht auf, unsere Landsleute zu unterstützen, sondern auch die Pflicht, die Landsleute nicht zu schädigen.

Diesen letzten Grundsatz vergessen wir, oder vielmehr wir begreifen nicht seine Wichtigkeit. Infolgedessen bildet sich bei uns die schwere Atmosphäre einer nicht rationellen, ungesunden Konkurrenz aus. Eine Konkurrenz dieser Art bringt jedoch nur Proletariat hervor.

Die sich vergrößernde Zahl der Arbeiter in den Fach- und geistig arbeitenden Berufen hat nur insofern Berechtigung, als sie den natürlichen Bedürfnissen der Volksgesamtheit entspringt. Andernfalls wird der Zuwachs schädlich sein. Die betreffenden Individuen werden entweder keine materielle Existenz finden oder ihre Lage nicht verbessern und, was die Folge davon ist, sie werden sich auch in kultureller Beziehung nicht heben.

Jede Volksgesamtheit muß dafür sorgen, daß sie möglichst viel Individuen hat, die leben und nicht nur vegetieren können, die zufrieden und tätig sind, nicht verbittert und untätig.

Deshalb muß auch die Volksgesamtheit u. a. vor allen Dingen jenen Bestrebungen entgegenarbeiten, die eine Monopolisierung des Handels bezwecken.

Schlummer ist es schon, wenn schon nicht mehr eine Einzelperson, der es häufig schwer fällt, entsprechende Kapitalien zu finden, sondern ein gewisser Teil der Volksgesamtheit, ein gewisser, finanziell gut situerter Stand diesen Weg beschreitet.

Ich habe hier die Geistlichen im Sinne, die hinter der St. Adalbert-Druckerei stehen. Ich will hierdurch nicht etwa behaupten, daß es unserer Geistlichkeit nicht gestattet sein sollte, sich für unsere wirtschaftliche Entwicklung zu interessieren. Gewiß! Sogar ihre Pflicht ist es, sich dafür zu interessieren und sie zu unterstützen, sie dürfen sie dagegen nicht schädigen. Ich erlaube mir der Meinung zu sein, daß die St. Adalbert-Druckerei und -Buchhandlung, so lautet die Firma, unnötig ist; da sie aber doch schon existiert, so sind die Art und der Geist der Geschäftsführung besonders für unsere breitere kaufmännische Bevölkerung gradezu schädlich. Sie ist überflüssig, da sie nicht einem Bedürfnis unserer Volksgesamtheit entsprungen ist. Wir haben verhältnismäßig genügend Buchhandlungen, die für die Bedürfnisse unserer Intelligenz und unseres Volkes ausreichen. Die Buchhändler beklagen sich doch über den schwachen Gebrauch von Büchern seitens unserer Volksgesamtheit; sie beklagen sich darüber, daß sie mehr vegetieren als leben. Und hier ist wieder eine neue Buchhandlung für die Bedürfnisse der Geistlichkeit und der Volksgesamtheit entstanden, die von Geistlichen, ohne daß ein Bedürfnis vorhanden ist, gegründet worden ist. Sie hat dank besonderen, von den Geistlichen abhängigen Verhältnissen unsern kleineren und größeren Buchhändlern kräftige Konkurrenz gemacht. Sie hat auf diese Art die wirtschaftliche Lage unserer Buchhändler schwieriger gemacht und in einzelnen Fällen hat sie die Existenz kleinerer Volksbuchhändler sogar vernichtet (Razmierczyk, Lesinski usw.). Und doch wollten auch diese Leute leben. Wenn ihre Tätigkeit in moralischer oder sozialer Beziehung schädlich gewesen, wenn sie Andersgläubige gewesen wären und unter dem Volke unserm Glauben feindliche Bücher und Werke vertrieben hätten, dann könnte man die Gründung einer konfessionellen, von Geistlichen unterhaltenen Buchhandlung verstehen.

Unsere Volksgesamtheit ist in ihrem überwiegend größten Teil streng katholisch; in dem preußischen Anteil tritt nicht eine Buchhandlung, nicht eine Zeitung (die sozialistische *Gazeta Robotnica* vegetiert nur noch künstlich) grundsätzlich der Geistlichkeit und der Kirche feindlich gegenüber. Und es entsteht auf einmal eine Buchhandlung, die nicht durch die natürlichen Bedürfnisse der Volksgesamtheit hervorgerufen ist, sondern die direkt im Widerspruch zur wirtschaftlichen Lage unseres Landes steht.

Es ist wohl erlaubt zu fragen, zu welchem Zwecke? Hat denn unsere Geistlichkeit, als eng zusammenhängender Stand, hiermit beabsichtigt, unter Schädigung der ganzen, gesunden, wirtschaftlichen Entwicklung

unsere buchhändlerische Bewegung zu monopolisieren, und dies mit den moralischen und materiellen Mitteln, mit denen der geistliche Stand überall und besonders bei uns herrscht??!

Diese Möglichkeit muß man befürchten, wenn man die Mittel betrachtet, mit denen die hinter der St. Adalbert-Buchhandlung Stehenden kämpfen. Und sie sind nicht einmal einheimisch. Wenn die St. Adalbert-Buchhandlung in den heutigen Zeiten Heiligenfiguren von jenseits des Rheins bezieht, trotzdem am Plage die Firmen Kufztelan und Szpetkowski existieren, wenn die Geistlichen jene Leute, die nicht in der St. Adalbert-Buchhandlung kaufen, monieren, dann kann man sich nicht wundern, daß unter der hiesigen kaufmännischen Bevölkerung die gerechte Befürchtung und begründete Erbitterung herrscht gegenüber einem solchen Vorgehen in einer Handlung, die von Geistlichen unter vorstehender Firma organisiert ist.

Ich habe nur zwei drastische Beispiele herausgegriffen; es gibt ihrer eine viel größere Zahl.

Derartige Befundungen sind sehr traurig; ich setze indessen nicht voraus, daß sie sich des Endzieles ihrer Handlungsweise, der Schädigung unseres Kaufmannsstandes, bewußt waren. Lediglich die Unkenntnis über die Bedingungen einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung konnte eine solche Atmosphäre schaffen. Wenn ich diese Sache vor der Öffentlichkeit bespreche, so bezwecke ich damit, einerseits die Aufmerksamkeit unserer Volksgesamtheit auf die in Frage kommenden wunden Punkte des wirtschaftlichen Lebens zu lenken, andererseits will ich den in Frage kommenden Geistlichen die Augen über ihre kaufmännische Tätigkeit öffnen.

Die Aufmerksamkeit unserer Geistlichkeit möchte ich dann, wenn sie schon durchaus auf wirtschaftlichem Gebiet tätig sein will, auf ein bisher noch nicht ausgenütztes Gebiet unseres wirtschaftlichen Lebens lenken, auf ein Feld, dessen auf Initiative unseres Klerus demnächst erfolgende Bearbeitung die hohe Anerkennung der polnischen Volksgesamtheit erlangen würde.

Ich meine hiermit eine Fabrik für Bilder, Skulpturen, Rosenkränze usw. Im ganzen polnischen Lande gibt es nicht ein Geschäft dieser Art. (Na! und die Firma S. Bendlewicz und Ziolkowski u. Co. in Pleschen? — Anmerk. der Red.)

Hunderttausende von Mark, Rubeln und Kronen gehen jährlich nach dem Westen und bereichern Leute, die wohlhabender wie wir sind, zum Teil sogar unsere Feinde.

Möge die Geistlichkeit diesem unsern Bedürfnis die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Möge sie einige fähige Menschen nach dem Westen entsenden, damit sie dort diesen Industriezweig kennen lernen. Möge sie diese Leute nach ihrer Rückkehr materiell und moralisch unterstützen, und es wird ein Unternehmen entstehen, welches, in dem es die fremde Ware verdrängt, eine Zukunft vor sich haben wird. Die Vorteile sind handgreiflich; man braucht bloß anfangen, tätig zu sein. Die Folgen werden nicht nur in materieller Beziehung beachtenswerte sein, sie werden auch auf das moralisch-nationale Leben zurückwirken, denn ein Teil der Arbeiter, der hier Arbeit finden wird, wird nicht nach dem Westen gehen, wird nicht den Glauben einbüßen, wird nicht zum Deutschen werden. Unsere Geistlichkeit würde sich hierdurch ein Verdienst gegenüber der Kirche und unserm Vaterlande erworben haben.

Aus Nr. 270 des Postep (Posen)

vom 26. November 1905:

Turisko bei Pleichen, 21. November.

In einer am 19. d. Mts. in Sedlec abgehaltenen Versammlung, in welcher Dr. Chlapowski Bericht über seine parlamentarische Tätigkeit erstattete, ergriffen auch Herr Jaskowski aus Turisk und der Propst aus Kucharek das Wort.

Der Postemp berichtet hierüber folgendermaßen:

„Bei der freien Aussprache ergriffen auch Herr Anton Jaskowski aus Turisk und der Herr Propst aus Kucharek das Wort. Der erste sagte, daß unsere Allerliebsten einen Kriegerverein gegründet hätten und wie zu hören gewesen wäre, hätten sie zu Königs Geburtstag 50 Mark zum Vertrinken versprochen; er rief den Anwesenden zu, es möchte kein Pole wagen, diesem Verein anzugehören, denn dies wäre ein Verein der langjamen Germanisation und schließlich würde ihm für sein polnisches Geld „Siehtu wohl du Berliner flanze“ vorgespielt werden, worüber ein großes Gelächter entstand; er wies nochmals darauf hin, daß sich kein rändiges Schaf finden möchte, das diesem Verein beitreten würde; Redner wurde durch allgemeine Bravourufe belohnt.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 25. November 1905:

Postwertzeichen zu wohlthätigen Zwecken.

Da das Interesse des Publikums für die Postwertzeichen zu wohlthätigen Zwecken leider nachgelassen hat, beeilen wir uns, von neuem daran zu erinnern und die Sache nochmals zu erläutern.

Die Wertzeichen, die Dank der Opferwilligkeit eines Menschenfreundes bei uns eingeführt sind, sind in drei Farben von verschiedener Preislage zu haben: Graue zu 2 Pfennige, grüne zu 5 und rote zu 10 Pfennigen. Zudem wir ihren Verkauf erleichtern wollten, übergaben wir sie jenen Stellen, bei denen man Telegramme zu nationalen und wohlthätigen Zwecken kaufen kann. Auf diese Weise kann sich jeder, der Telegramme kauft, zugleich auch mit diesen Wertzeichen versehen. Den Erlös für den Verkauf der Wertzeichen bestimmte ihr Spender im Jahre 1905 für den „Verein der Unterrichtshilfe“ und die Volksschule zu gleichen Teilen. Wir sind der Überzeugung, daß das Publikum gerne diese neue und stille Art, Groschen auf Groschen für polnische Vereine zu sammeln, unterstützen wird; wenn es ihnen aber zu Hilfe kommen will, dann möge es auch zur allgemeinen Verbreitung der Wertzeichen beitragen.

Die Einführung von Wertzeichen zu wohlthätigen Zwecken ist durchaus kein neuer Gedanke; sie haben in Galizien schon seit langer Zeit Verwendung gefunden, man kennt sie in Schweden usw. Ihr Verkauf bringt dem Verkäufer absolut keinen Profit; da nun eine Zugabe von 2 Pfennigen zu jedem Briefe das Budget nicht übermäßig belastet — man zwingt ja keinen, Wertzeichen zu 5 und 10 Pfennigen, die höchstens bei feierlichen Gelegenheiten zur Verwendung kommen könnten, zu benutzen — so genügt es für die tägliche Korrespondenz, graue Zweipfennigmarken aufzukleben.

Es ist vollkommen gleichgültig, auf welche Stellen auf den Briefbogen Briefumschlägen, Postkarten usw. man die Marken aufklebt. Manche sind der Meinung, daß wir unsern Marken einen hervorragenden Platz im Briefe, bei den Initialen, Mottos, Wappen usw. aufdrängen wollen. Nicht im allermindesten, man kann sie auf die Rückseite des Briefumschlags aufkleben, wer es will, kann auf der Marke anstatt auf dem Papier

das Datum schreiben, manche Personen kleben mit ihr den Brief zu. Man darf nur niemals die Marken auf jener Seite des Briefumschlags und der Postkarte befestigen, auf welcher sich die Adresse und die Postmarke befinden. Vor der Absendung empfiehlt es sich, die Marken zu kassieren, d. h. sie zu durchstreichen, damit sie nicht zum zweiten Male gebraucht werden können.

Da wir die großmütige Opferwilligkeit unserer Volksgesamtheit kennen, zweifeln wir nicht daran, daß die Einführung der Wertzeichen freundlich aufgenommen werden wird. Mit dem Gefühl der Dankbarkeit für ihren unbekannten Stifter wollen wir die unerschütterliche Hoffnung verbinden, daß alle Kreise in diesem Falle ihre gütige Unterstützung nicht versagen werden.

Das Komitee.

Pauline Legielska. Aniela Koehler.

Stanislawa Niegolewska. Sophie Stasinska.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 26. November 1905:

Aufruf.

Mit Rücksicht darauf, daß unsere größeren Parzellierungsbanken, die die örtlichen Verhältnisse nicht kennen, in unserer Gegend Grund und Boden nicht erwerben wollen und können, wenn sich auch hierzu häufig günstige Gelegenheit bieten würde, halten wir es für unbedingt notwendig, eine Genossenschaft zu gründen, die, wenn auch zunächst nur in geringem Umfange, den Erwerb von Grund und Boden in unserer Gegend betreiben würde.

Um diese Angelegenheit zu besprechen, wird am Donnerstag den 30. d. Mts., im Lokale des Herrn Gollnits eine Versammlung stattfinden und zwar 5 Uhr nachmittags. Die zu gründende Genossenschaft würde eine solche mit beschränkter Haftung sein, und mit so kleinen Anteilen, daß sogar ein unbemittelter Mensch ihr beitreten könnte. Da die Sache nur dann gelingen kann, wenn der größte Teil der Volksgesamtheit regen Anteil zeigen wird, so bitten wir die Bürger aus Stadt und Umgegend um gütige Anwesenheit.

Krone, den 23. November 1905.

Propst Viktor Treder.

Geistlicher Bielski, Detan in Monkowarsk.

Anton Kantak. Dr. Szufalski. H. W. Ryzinski.
Dr. Szewski.

Aus Nr. 271 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 28. November 1905:

An die Redaktion des Dziennik Poznański in Posen.

Welch' eine schamlose und niedrige Dreistigkeit ist es doch, öffentlich über den Namen eines anständigen Menschen herzufallen.

Hierzu hat sich auch der Dziennik Poznański herabgelassen und zwar durch seine Korrespondenz aus Löbau in Nr. 268, die sich mit den von mir wegen Jotobkowo und Zajonczkowo mit der Ansiedelungskommission gepflogenen Unterhandlungen befaßt.

Ich frage nun an, mit welchem Rechte der Dziennik Poznański sich unterstanden hat, ohne irgend welche Beweise (und solche kann es nicht geben) die ihm überhandte Korrespondenz zu veröffentlichen.

Ich gebe zu, daß es sogar die Pflicht aller Zeitungen ist, die Volksgesamtheit vor dem Land-

schacher zu warnen, aber der erste Schritt der in Frage kommenden Zeitung muß dann auch der sein, mit der interessierten Person eine Korrespondenz herbeizuführen.

Den Schmutzblättern, die sich nicht schämen, journalistische Enten in die Welt zu setzen, die sich nicht vor beleidigenden Anspielungen scheuen, ist dies gestattet, dagegen ist es auch ihnen nicht erlaubt, öffentlich die Ehre eines Menschen anzugreifen, der dies durch nichts verdient hat.

Ich habe weder mit der Ansiedelungskommission noch mit der Landbank in Unterhandlung gestanden, noch werde ich mit ihnen in Verbindung treten, wie ich ebenfalls nichts davon weiß, daß sich angeblich irgend welche verdächtige Persönlichkeiten auf meinen Geldern herumgetrieben haben.

In Zeiten, in denen andere ihr Vermögen verloren haben, habe ich trotz der gleichen schweren Zeiten und meines jugendlichen Alters mich nicht nur auf meinem Familiengute gehalten, sondern ich habe aus deutscher Hand sogar ein Gut gekauft, das früher einmal meinen Vorfahren gehört hat.

Ich habe nicht gearbeitet, um in den Zeitungen gelobt zu werden, aber ich warne jeden meinen Namen anzugreifen und sich zum Wächter meiner Ehre aufzuwerfen.

Ich leugne nicht, daß ich die Absicht habe, Jakobowo und Zajoncowo zu verkaufen, aber als Reflektant kann nur ein Pole in Frage kommen, trotzdem ich auch mit einem solchen bisher nicht in Unterhandlung gestanden habe.

Ich schließe und fordere von der Redaktion kategorisch:

1. Sofort die heute in ihren Spalten erschienene verleumderische Nachricht durch das Einrücken des vorstehenden Briefes zu widerrufen;
2. andere Zeitungen, die aus dem Dziennik die in Rede stehende Notiz gebracht haben, ebenfalls zum Widerruf zu veranlassen;
3. mir brieflich den Namen jenes Korrespondenten mitzuteilen, damit ich mich mit diesem gebührend auseinandersetzen kann.

Hochachtungsvoll
Stanislaus Rozyci.

N. B. Die Nachricht haben wir von einer so glaubwürdigen und allgemein geachteten Person aus Łobau erhalten, daß wir an ihren besten Absichten nicht zweifeln konnten. Jedenfalls wird er jetzt selbst das Bisher lüften.

Das Führen langer Korrespondenzen hat ebenfalls häufig zu negativen Resultaten geführt, da die Untersuchung, die wir führten, allzulange dauerte. Auf diese Weise ging Pafoslaw verloren.

Wir fühlen empfindlich mit jedem, dem ein Unrecht angetan worden ist, aber am allermeisten die Benachteiligung des geschädigten Vaterlandes.

Aus Nr. 269 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 25. November 1905:

Apotheker-Sakatismus.

Aus Kempen schreibt man uns:

In der Anlage übersende ich Ihnen einen Ausschnitt aus den letzten Annoncen der Pharmazeutischen Zeitung, in der der deutsche Apothekenbesitzer Müller in Kempen einen Lehrling für die Apotheke sucht und diesem „Ostmarkenzulage“ verspricht. Etwas Ähnliches ist bisher noch nicht dagewesen. Wir würden uns etwas vergehen, wenn wir diesem gegenüber noch mit unserem polnischen Groschen die hakatistische Verbissenheit

jenes Herrn Müller unterstützen wollten, da wir in Kempen noch die „Alte Apotheke“ und die Drogerie, die sich im Besitz unseres Landsmanns Herrn Karłowski befinden, haben. Achten wir uns selbst, wenn wir die Achtung der Fremden erstreben. Genug der Gleichgültigkeit, durch die sich unsere Feinde bereichern, während sie uns öffentlich geringschätzig behandeln.

Aus Nr. 270 des Lech (Gnesen)

vom 25. November 1905:

Germanisierungsabende

sollen in unserer Stadt veranstaltet werden, und zwar hauptsächlich durch die Lehrer. Wir sind überzeugt, daß man auf die polnischen Eltern, insbesondere auf die in nationaler Beziehung weniger aufgeklärten, Einfluß dahin ausüben wird, daß sie ihre Kinder zu diesen Abenden schicken und selbst dieselben besuchen möchten. Es ist bekannt, daß solche Abende den Zweck haben, die Herzen unserer Kinder von allem abzulenken, was polnisch, was uns teuer ist. Kein wahrer Pole dürfte zugeben, daß sein Kind in solchen Abenden germanisiert würde. Das beste Mittel dagegen ist, den Kindern zu verbieten, diese Abende zu besuchen. Der Lehrer kann das Kind zur Teilnahme nicht zwingen, denn das gehört nicht zum Programm der Schule, und den Eltern kann nichts geschehen, wenn sie ihre Kinder zu diesen Abenden nicht schicken. — Polnische Mütter, bewahret eure Kinder vor der germanisierenden Epidemie.

Aus Nr. 266 des Lech (Gnesen)

vom 19. November 1905:

Es sind Versammlungen nötig.

Unser Kreis Gnesen ist von der Ansiedelungskommission durchsetzt, und von Tag zu Tage lichtet sich die Zahl der Landbesitzer — die der kleineren, denn größere gibt es fast garnicht mehr — in so erschreckender Weise, daß sich binnen kurzem in der Gnesener Gegend kein Stücklein Landes mehr in polnischen Händen befinden wird. Die nächste Folge davon muß der Verfall des polnischen Handels und der polnischen Industrie in Gnesen selbst sein und damit muß auch das Polentum überhaupt schwinden. Gnesen wird eine rein deutsche und protestantische Stadt, unsere Kirchen werden leer, den schönen Ton unseres „Adalbert“ vom Glockentuhle des Domes her werden Leute lutherischen Bekenntnisses anhören, und anstelle der Kreuze wird man auf den Kirchen Hähne sehen als Zeichen protestantischer Wachsamkeit. Dieses Bild, welches wir in kurzen Umrissen skizziert, ist nicht etwa das Werk einer übermütigen Vorstellung, sondern es beruht auf genauer Beobachtung der verschiedensten Erscheinungen. Seit einigen Jahren stürzt sich die Ansiedelungskommission mit unerhörter Kraft auf unsere Stadt, indem sie mit dem Geldbeutel schüttelt, macht sie unser hochherrschaftliches Bettelvolk, welches auf die schändlichste Weise ihr Land los schlägt, förmlich blind. Dem Beispiele der Herren folgen heute unsere bauerlichen Wirte und gehen ebenfalls in die Reihen der Verkäufer, ohne sich darüber Skrupeln zu machen, was zu der niederträchtigen Verschacherung wohl die Gesamtheit sagen werde. Zum großen Teile ist daran die Dummheit, der Mangel an nationaler Aufklärung schuld. Denn wer soll die Leute wohl aufklären, wer soll ihnen die verderblichen, ja geradezu ungeheuerlichen Folgen der Veräußerung vor Augen führen? Die Wahlkomitees schlafen zum Teil, ins-

besondere tut sich in dieser Beziehung das Gnesener Komitee hervor, welches für eine so große Fläche Landes vor 15 Monaten zwei bescheidene Versammlungen veranstaltete; es schläft den Schlaf des Gerechten und gibt kein Lebenszeichen von sich. Haben wir das Komitee gewählt, damit es auf dem Papiere bestünde? Ist es sich denn der großen Verantwortung vor der ganzen Gesamtheit nicht bewußt, die da mit Grauen darauf blickt, wie die uns feindlichen Elemente unsere nationale Existenz untergraben und unter unserer bischöflichen Residenz wühlen. Sieht es denn unser Komitee nicht, wie sich die Verkäufer unter dem unaufgeklärten Volke vermehren? Weiß es denn nicht, daß das lebendige Wort in den Versammlungen so manch einen Kandidaten des Verkaufertums rühren und so manches Stücklein polnischen Landes retten könnte? Warum geht das Komitee nicht an die Arbeit? Reicht denn eine Versammlung für ein ganzes Jahr aus in einem so gefährdeten Teile unseres Vaterlandes? Wir fordern das Komitee auf, daß es in der Versammlung, welche im Dezember stattfinden soll, Aufklärung in dieser Beziehung geben wollte, und wir werden sehen, was die Wähler dazu sagen werden, denn wir haben das Komitee doch nicht gewählt, daß es schliefe, sondern daß es arbeite, denn uns läuft das Wasser bereits in den Hals.

Aus Nr. 270 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 26. November 1905:

P u d e w i z, 21. November 1905.

Am 5. d. Mts., in der großen Versammlung der Hakatistengruppe, waren auch Juden zugegen. Sie sind ebenso feindlich gegen uns aufgetreten, besonders aber hat ein Jude gewettert. Er schimpfte auf die Polen und spendete 5 Mark zur Stärkung des hakatistischen Vereins. Dieser Jude ist Fleischer. Von ihm kaufen die Intelligenz und die polnischen Leute Waren und die polnischen Gutsbesitzer machen mit ihm Geschäfte, denn er kauft von ihnen Vieh und verkauft solches.

Und gibt es denn etwa wenig polnische Fleischer und Händler? Sie sehen mit schmerzdem Herzen alles das mit an, was um sie herum vorgeht. Die Fremden schaden unsrer Volks-gesamtheit in der fürchterlichsten Weise, und wir haben mit zwei Gegnern zu kämpfen. O polnische Nation, wann wirst du aus der Lethargie erwachen? Die Galle möchte einem bersten vor Leid, wenn man sieht, wie diese arme polnische Nation an Sonn- und Festtagen haufenweise in die jüdischen Geschäfte sich hineinpackt und den im Schweisse des Angesichts schwer erarbeiteten Groschen auf Rimmerwiederkehr in den Beutel der Juden trägt. Ich war Zeuge, wie lockige Jüdis mit einem Täßchen Kaffee, einem Semmelchen, einem Likörchen bewirten, und unser Volk weiß nicht, daß es für seine Ware das Dreifache bei ihm bezahlt, selbst das Likörchen, den Kaffee und das Semmelchen. Und wie diese armen polnischen Weiber die Aron und Moses loben, was das für gute Leute seien, da sie ihnen ein so hübsches Frühstück geboten hätten. Einen Polen würdest du, Volk, so nicht loben, selbst wenn er dich dreimal mehr bewirtete. Niemand klärt dies liebe polnische Volk gehörig auf. Darum sollte auch der Strazverein darüber wachen, wie über seine Seele, und in jedes Dorf sollte er zu gelangen suchen. Kommissare sollte es in jedem Dorfe geben, und sie sollten die lieben Leuten belehren, daß sie nur die Landsleute unterstützen. Das muß durchaus eintreten, um das Volk von diesen unsern gefährlichen Feinden abzuführen. Es wird nicht besser werden, ehe dies eintritt.

Bei uns in der Stadt ist der Strazverein nicht so sehr nötig, denn wir wissen, um was es sich handelt. Uns hat er sogar mehr geschadet; denn uns haben die hakatistischen Beamten in Boykott erklärt, und kein Deutscher in der Stadt, noch ein Wirt aus der Umgegend kommt mehr zu den Polen. Wir fühlen das, und wenn sich das nicht ändert, können die Folgen später schlimmer sein. Achtung also, ihr Kommissare des Strazvereins! In den Dörfern gilt es, das Volk aufzuklären, es zu heben und von unseren Feinden abzuführen.

Liebes polnisches Volk! Deinen Groschen, den du mit manchmal von der Arbeit blutbesteckter Hand verdient hast und der mit deinem Schweiß übergoßen ist, trägst du zu Andersgläubigen, die dich höhnen und verlachen! Der Fremde schmeichelt dir solange und setzt sich solange zu dir, als du ihm Taler hinbringst. Manchmal schenkt du ihm noch ein Hühnchen, ein paar Eier! Aber sobald du nicht mehr zu ihm kommst, schikanieren und schimpfen er dich sofort aus, daß diese Gajims oder Polen stinken. Aus ihnen ist der Hakatismus erwachsen und diese Saat über die ganze Welt ausgestreut worden. Sie waren Verräter unsres lieben Vaterlandes, und einer von ihnen, Moses Kurzmann, hat i. J. 1863 gesagt, sie würden mit den Köpfen des polnischen Adels und Volkes die Straßen pflastern. Solche Leute leben noch in Pude-witz, die dies gehört haben.

Und ein solches undankbares Volk sollen die Polen unterstützen und ihm die schwer verdienten Groschen hintragen. Im Jahre 1863 wurden durch Pudewitz 240 polnische Aufständische geführt, welche die Preußen an der Grenze aufgegriffen hatten, wie jener Moses sich ausdrückte. Das nationale Empfinden scheint doch völlig erkaltet zu sein. Unterstützen wir die Unseren und schließen wir uns zu einer Kette, zu einem Kreise und zu einer Nation, zu einer polnischen Familie zusammen, sei es Edelmann oder Bauer!

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. November 1905:

Josephinismus?

Bei der Einführung des Pfarrers Reczowski auf die Propstei und Prälatur in Kruschwitz, welches eine Präzente der Regierung ist, hielt der Landrat von Strelno eine Ansprache beim Altar — natürlich deutsch — an den Pfarrer Reczowski, indem er demselben die regierungsseitige Präzente aushändigte. Es ist das der erste Fall, daß eine weltliche Person, ein Protestant, in einer Kirche eine Ansprache gehalten hat. Sodann schritt der Landrat mit dem Zylinder auf dem Kopfe hinter der Prozession her bei Ausstellung des allerheiligsten Sakraments.

Aus Nr. 269 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 20. November 1905:

Die deutschen Katholiken im Großherzogtum.

Vor kurzem schrieben wir darüber, daß der deutsche Katholizismus hier in den polnischen Landen nichts weiter sei wie die zweite Armee des preussischen Hakatismus, welcher gegen unsere Kirchen operiert, um aus ihnen nach und nach unsere geliebte polnische Sprache zu verdrängen; unsere Meinung in dieser Beziehung hat uns nicht getäuscht, wie uns davon das feindliche, geradezu polenfreßerische Auftreten des

Organs der deutschen Katholiken des Großherzogtums, die Katholische Rundschau, überzeugt. Wenn man mit Aufmerksamkeit die Elaborate jenes katholisch-hafatistischen Organs liest, überzeugt man sich davon, daß es richtig war, als wir bei der Beschreibung der katholisch-deutschen Irrungen gesagt haben, daß dies Wölfe in Schafskleidern seien; jetzt erst zeigen sich bei ihnen die Raubtierkrallen.

Den deutschen Katholiken geht es zum großen Teile garnicht um ihre Religion, sondern nur um die Beherrschung unserer Kirchen und um die Verdrängung unserer Sprache aus ihnen. Denken wir daran, daß sich unter ihnen sehr viele solcher befinden, welche für die Hege gegen die Polen die „Distriktmarkenzulage“ bekommen und sich dessen garnicht schämen. Sie können den tödlichen Haß gegen die Polen mit ihrem katholisch-christlichen Gewissen ebensowenig in Einklang bringen, wie ihre kreuzzitterlichen Vorfahren oder deren Nachkomme, Markgraf Gero, und viele andere germanische Räuber, welche sich in dem unschuldigen slawischen Blute unserer stammesverwandten Havelbewohner und Obotriten gebadet haben.

Weil uns diese katholisch-polenfresserische Gefahr immer häufiger droht, muß man das polnische Volk in Versammlungen vor ihr warnen, damit es vor die Pforten unserer polnischen Kirchen trete und in dieselben nicht hineinließe die Wölfe in Schafskleidern.

Wir sagen das nicht in dem Sinne, um ihnen den Zutritt in die Kirchen zu verwehren, sondern wir warnen nur vor dem Nachgeben mit Rücksicht auf ihre wölfsiche Kultur, welche nichts Polnisches, nichts Slawisches verträgt. Unsere Wahlkomitees müßten sich auch mit den Kirchenwahlen befassen, denn es könnte infolge unserer bekannten Saumseligkeit und Unachtsamkeit vorkommen, worauf sie besonders spekulieren, daß sie uns Polen aus den Kirchenvorständen und den Gemeindef Kirchenvorständen hinaussetzen könnten.

Überall müssen wir Achtsamkeit an den Tag legen, sonst würde das Deutschtum schließlich unsere Kirchen, die Gotteshäuser, welche für unser Geld und für das Geld unser Vorfahren aufgebaut worden sind, mit dem hafatistischen Gifte so weit durchsetzen, daß in ihnen schließlich das Preisen unseres Schöpfers in der uns von ihm gegebenen Sprache aufhören müßte.

Ghe wir daher an eine bessere Verteidigung unserer geliebten polnischen Sprache, welche in unseren Kirchen durch die Hafatisten so sehr bedroht ist, herangehen, bitten wir unsere Leser, darauf zu achten, daß während der deutschen Gottesdienste in unseren Kirchen diese von keinem polnischen Fuße betreten würden, und daß sie die in nationaler Beziehung weniger aufgeklärten Polen darüber belehrten, wenn wir nicht alle wollen, daß unsere schöne polnische Sprache aus unseren Kirchen durch das Deutschtum vollständig hinausgedrängt werde.

Aus Nr. 270 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. November 1905:

Aus dem Gebiete des Fürsorgeerziehungsgesetzes vom 2. Juli 1900.

In Gnesen ereignete sich nachstehender Vorfall.

Ein gewisser Mieczyslaus B. wurde auf Antrag seiner Mutter und seines Vormundes, des Schuhmachermeisters L., durch Beschluß des Amtsgerichts in Gnesen der Fürsorgeerziehung überwiesen. Der Knabe wurde von der Provinzialbehörde, wie das Amtsgericht dem Vormunde, Herrn L. am 27. April d. J.

mitteilte, bei dem Schneidermeister Traugott Schütz in Festenberg, Kreis Großwartenberg, untergebracht. Der Vormund, der wegen der großen Entfernung sein Mündel nicht beaufsichtigen konnte, stellte bei dem Herrn Landeshauptmann in Posen den Antrag, die Provinzialbehörde möchte ihm als dem Vormund gestatten, den Knaben in der Umgegend von Gnesen unterzubringen. Nachdem der Vormund einen ablehnenden Bescheid erhalten hatte, stellte er bei der Provinzialbehörde den formellen Antrag, die Fürsorgeerziehung aufzuheben. Dieser Antrag wurde zurückgewiesen. Nun legte der Vormund auf Grund des § 13 des Fürsorgeerziehungsgesetzes bei dem Amtsgericht in Gnesen Beschwerde über den ablehnenden Bescheid ein. Das Landgericht, das diese Beschwerde in der ersten Hälfte des September erhalten hatte, enthob durch Beschluß vom 25. September d. J. Herrn L. seiner Pflichten als Vormund und teilte ihm mit, daß seine Beschwerde jetzt ohne Unterlage wäre. Eine weitere Beschwerde des Herrn L. wies das Landgericht als unbegründet zurück, da er mit dem Tage der Einhandigung des Beschlusses des Vormundschaftsgerichtes aufgehört hätte, Vormund zu sein.

Weitere Rechtsmittel in dieser Angelegenheit sind gegenwärtig ausgeschlossen.

Diesen Vorfall empfehlen wir unsern Abgeordneten als dankbares Material für die Landtagsverhandlungen.

Aus Nr. 270 des Lech (Gnesen)
vom 25. November 1905:

Unter der Adresse der Regierung.

In den hiesigen Schulen — und solches soll in allen Schulen überhaupt gemacht worden sein — verteilten die Lehrer unter die Kinder Formulare für die Volkszählung und belehrten sie, wie sie diese Formulare ausfüllen sollen. Jeder kann sich leicht vorstellen, in welchem Geiste die Kinder belehrt worden sind.

Wir fragen die Regierung, ob die durch die Kinder ausgefüllten Formulare für die Volkszählung verwendet werden sollen? Erachtet die Regierung die Kinder als die Häupter der Familien. Können die Zählpapiere, welche unter dem Einflusse der Lehrer ausgefüllt worden sind, überhaupt als gültig erachtet werden? Nach unserer Meinung haben einzig und allein die Familienväter, bzw. deren Vertreter das Recht, Erklärungen bezüglich der Volkszählung zu geben und sonst niemand weiter, am allerwenigsten aber die Kinder. Wenn die durch die Kinder ausgefüllten Zählkarten anerkannt werden sollten, was wir noch feststellen werden, dann wird diese Sache wohl durch unsere Abgeordneten im Reichstage zur Sprache gebracht werden und wir werden alsdann sehen, was der Reichstag zu einer solchen Volkszählung sagen wird.

Aus Nr. 272 des Lech (Gnesen)
vom 28. November 1905:

Aus der hiesigen Schule.

Es ist eine löbliche Sache, wenn die Lehrer die Kinder auch über die Volkszählung belehren. Das müßte aber auf unparteiische Weise geschehen; wenn aber die Lehrer die Kinder zum Ausfüllen der Karten heranziehen, so überschreitet dies das Recht der Lehrer. Wir sagten bereits, daß dazu die Eltern da seien, bzw. der Vater als Haupt der Familie, nicht aber das Kind, welches unter dem unmittelbaren Einflusse des Lehrers bereit ist, selbst die chinesische Nationalität einzutragen, wenn der Lehrer solches von ihm verlangen würde.

Wir wundern uns deshalb auch garnicht darüber, daß der größere Teil der polnischen Kinder sich als „deutsch“ eingetragen hat. Man erzählte uns, daß in der Klasse des Herrn Lehrers Ring sich alle polnischen Kinder auf diese Weise zu Deutschen gemacht hätten. Wir fragen den Herrn Lehrer Ring, ob er die Kinder beeinflusst hat und ob er eine solche Eintragung als gültig erachtet? Dasselbe soll in der Klasse des Herrn Hausbeck vorgekommen sein.

Wir wenden uns an die Eltern, daß sie ihren Kindern diese Zählarten abnehmen und dem Stande der Sache angemessen die Eintragungen der Kinder ändern möchten. Die Schulbehörde aber fragen wir an, ob wir Bürger der Stadt Gnesen dafür so große Schulabgaben zahlen, daß unsere Lehrer unsere Kinder zu Deutschen machten? Wir warten auf Antwort.

Aus Nr. 265 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 21. November 1905:

Schröda.

Schulverhältnisse.

In Czachotek unterrichtet 1 Lehrer 160 Kinder, in Piglowice unterrichtet 1 Lehrer 180 Kinder, in Swino, Snieczko 150, in Grenica Wielkie Jezioro (?) und Podgaj über 100 Kinder. Die Schulverhältnisse sind überhaupt ideale in unserem Kreise. Die Regierung hat aber für die Anstellung eines zweiten Lehrers kein Geld, denn es müssen „Unterhaltungsabende“ veranstaltet werden, man muß Geld haben für die politische Tätigkeit, für die Bedrückung des Polentums. Und was kann die Regierung dafür, daß sich die Polen vermehren wie die Kaninchen? Möge es doch weniger Kinder geben, dann werden die Lehrer ausreichen!

Aus Nr. 268 des Orendownik (Posen)
vom 24. November 1905:

Pleschen, den 20. November.

Die Fleischenernung, die Vermehrung der Kriegsmarine, der Pleschener Musikverein.

Gestern fand im Saale des Viktoria-Hotels ein Konzert des hiesigen Musikvereins statt. Es wäre dies eine Sache, über die man wohl nichts zu schreiben brauchte, wenn die Polizei ihr nicht einen wirtschaftlich-politischen Anstrich gegeben hätte. —

Unser Musikverein hatte die Absicht gehabt, seine Musikvorträge der Abwechslung halber durch einen Monolog und Couplets zu unterbrechen. Es wurden zwei überaus unschuldige Stückchen aufgeführt: Der Monolog „Die Wurst“ und das Couplet aus der Operette „Der Seekadett“, aus einer Operette also, die seit vielen Jahren auf allen Bühnen gespielt wird.

Wer beschreibt also unser Erstaunen, als wir in den Saal traten und auf Plakaten ersahen, daß die hiesige Polizei beide Nummern verboten hätte. Der Grund hierfür ist uns unbekannt, doch können wir alle ihn uns denken und wir bewundern die vorzüglichen Informationen der hiesigen Polizeibehörde. O das war eine große Besorgnis, daß dieser Monolog „Die Wurst“ auf die Pleschener Bürger, die seit Wochen infolge der ungewöhnlich hohen Preise gezwungen waren, sich des Genusses von Fleisch zu enthalten und ebenso seit Monaten des Genusses von polnischer Wurst, daß dieser Monolog so revolutionär wirken und ihren Appetit auf Wurst so reizen würde, daß eine Plünderung der Fleischläden unvermeidlich gewesen wäre.

Was nun das Verbot des zweiten Stückes anbetrifft, so denken wir uns die Sache so, daß es infolge der Vergrößerung der Marine erlassen worden ist. Wir haben den Eindruck, als ob auf unsern braven Ner (?) die Erbauung eines Hafens für Panzerschiffe geplant worden wäre und als ob die Befürchtung vorläge, daß durch den Vortrag des Couplets aus dem Seekadetten dieser Plan unausführbar werden würde. Unsere Damen würden, angereizt durch den Appetit auf polnische Wurst, bereit sein, unter dem Einfluß des Couplets sich auf die etwa hier eintreffenden Kriegsschiffe zu stürzen und eine russische Affäre à la Potemkin wäre fertig.

Jedenfalls gebührt unserer Polizeibehörde Dank für ihre Wachsamkeit und zugleich für die Rettung der bedrohten Habe unserer Herrn Fleischer.

Aus Nr. 268 des Orendownik (Posen)
vom 24. November 1905:

Gostyn, den 21. November 1905.

Sehr häufig bringt der Orendownik Vorwerke und Wirtschaften zur öffentlichen Kenntnis, die freiwillig oder zwangsweise in andere Hände übergehen sollen und ich wundere mich deshalb, daß das seit einigen Wochen bedrohte, in der Nähe unserer Stadt belegene Stück Land bisher nicht zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden ist. Ich will hier von dem schönen Vorwerk Boguslawski reden, das 1000 Morgen besten Bodens groß, dicht bei der Stadt gelegen und neu aufgebaut ist.

Die zweite 500 Morgen große Besitzung Brzezia ist am andern Ende der Stadt gelegen. So viel man hört, handelt um beide Besitzungen ein uns feindliches Institut, noch kurze Zeit und es wird bereit sein, den Handel abzuschließen.

In diesem Jahre erwarb der Fiskus das schöne Gut Smogorzewo, den Sitz der Grafen Mysielski. Was wird aus unsern Kirchen und Schulen werden, wenn man uns ringsherum den Grund und Boden fortnimmt?

Aus Nr. 55 des Komar (Posen)
vom Oktober 1905:

Schrimm, im November.

Der Goniec bringt ein Gerede von einer neuen Auflage von Wreschen in Brodnica. Es ist das wohl nur in der Absicht geschehen, die Kultur herabzusetzen. Ich glaube also nicht, daß 1. der Lehrer Brettschneider an der neunjährigen Josefa Jankowska aus Sulejewo sein Mütchen gekühlt hat; 2. ich glaube nicht, daß das arme Josefchen aus diesem Anlaß sogar an Gehirnentzündung gestorben sein soll; 3. ich glaube nicht, daß Pfarrer Galdynski sie sogar nicht hat begraben wollen ohne Sektion und 4. ich glaube nicht, daß jetzt die Staatsanwaltschaft das Wiederausgraben des Leichnams angeordnet hat.

Und selbst wenn Punkt 4 sich als wahr erweisen sollte, so bin ich doch überzeugt, daß die Sektion die Unschuld des Pädagogen, — dieses armen Opfers der großpolnischen Agitation — beweisen wird, ebenso wie dies einst in Bendzito wo der Fall gewesen ist. Hat man doch dort auch gesagt, der Knabe sei aus einer ähnlichen Ursache gestorben, während später im Magen irgend ein Kern gefunden worden ist. Es ist mithin Hoffnung vorhanden, daß auch in diesem Falle sich wenn nicht ein Kern, so doch etwas von der Art finden wird, sei es auch nur ein kleines Korn . . .

des deutschen Hasses. Es scheint auch, daß die Josefa, wenn sie wirklich gestorben ist, wohl nur aus Bosheit dies getan hat, nur um der Kultur wieder einen häßlichen Pöffen zu spielen. Aber uns scheint, daß sie überhaupt nicht daran gedacht hat, zu sterben. Bestimmt hat die (polnische) Agitation sie nur versteckt, um der Kultur ein Kümmerlein nach Art von Breschen zu bereiten. Es verlohnte sich, die an der Intrigue Schuldigen streng zu bestrafen.

Aus Nr. 55 des Komar (Posen)

vom Oktober 1905:

Lelum-Polelum.

Lelum. Nun endlich werden auch wir aufatmen können. Schon wird sich vielleicht kein „Breschen“ mehr wiederholen; es werden auch die Kommissionen und andere ähnliche Ausnahmeblüten der Kultur verschwinden, die heut so sorglich gepflegt werden im Gärtchen der Firma H&T.

Polelum. Ich sehe, daß du dir eine rosenfarbige Brille gekauft hast.

Lelum. Du hast wohl nicht gelesen, mein Thomas, was die französischen Zeitungen aus Anlaß des Zurückhaltens der Autonomie für das Königreich Polen geschrieben haben? Graf Bülow soll doch gesagt haben, die polnische Angelegenheit sei eine internationale, mithin könne ein Staat allein auf eigene Faust nichts machen. Wenn es so ist, so ist es sehr hübsch. Man muß ihn beim Worte nehmen.

Polelum. In diesem Falle hätten auch wir das Recht, unsere Schmerzen einem internationalen Gericht zu unterbreiten, aber...

Lelum. Hier gibt es kein aber.

Polelum. Ich bedaure dich, daß du so naiv bist. Graf Bülow kann doch nur Rußland im Sinne gehabt haben, da Preußen sich nach niemanden umzusehen braucht, denn — denn es fürchtet niemanden außer Gott.

Lelum. Das ist wahr. Ich habe vergessen, daß der Grundsatz von dem zweierlei Maß besteht. Aber sollte denn Rußland in der Tat schon auf den Hund gekommen sein? Wird es denn leiden, daß ihm jemand in die Gräbe spucke, indem er ihm diktiert, was es auf seinem eigenen Grund und Boden tun darf und was nicht?

Polelum. Und die Geschichte Polens? haben nicht vor der Teilung Fremde darin geschaltet nach Belieben?

Lelum. Das wird nicht auf Rechnung gesetzt. Der Zar wird sich ohne ungebetene Vorkünder behelfen. Er wird auch die Interessen der Nation nicht aufopfern.

Polelum. Du redest unsinnig. Das Interesse der Dynastie geht voran.

Lelum. Du hast wohl die (stattgefundene) Beratung (Gemeint ist die in Björkö) vergessen. Kasia (d. i. Katharina II) war eine Deutsche von Geburt, kein Wunder also, daß sie das Interesse des Slawentums verraten konnte, indem sie dessen ärgstem Feinde gestattete, ein Stück des Landes fortzunehmen. Aber dieser Fehler wird sich nicht mehr wiederholen, höchstens wird er korrigiert werden. Die Nation weiß doch, daß sie nur in der slawischen Bruderschaft ihre Zukunft zu suchen hat, und die Bruderschaft muß auf die Zuerkennung der zustehenden Gerechtsame sich stützen. Sie wird auch nicht dulden, daß ein Fremder sich in ihre häuslichen Angelegenheiten mische, und um so weniger wird sie ein Einschreiten gestatten. Ich wundere mich nicht, daß das Gespenst einer solchen Union den

Schlaf des bedrückten Deutschtums trübt; aber es ist nicht mehr im Stande, diese Union zu verhindern. Und übrigens, wie würde das aussehen: Der Staat der Kultur und der Freiheit behindert die Freiheit des Nachbarn?! Du erinnerst dich wohl nicht dessen, daß zuerst Preußen Polen zu der Verfassung vom 3. Mai Glück gewünscht hat?

Polelum. Das stimmt, und Preußen hat aber Polen auch zuerst umgestürzt.

Lelum. Das ist wahr. Aber heut hat es Frankreich und England im Rücken.

Polelum. Gewiß. Ja, vielleicht beabsichtigt Graf Bülow in der Tat auch unsre Angelegenheiten einem internationalen Gericht zu unterbreiten. In keinem Falle wird es etwas verschlagen, wenn ihn unsere Abgeordneten beim Worte nehmen.

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)

vom 26. November 1905:

Die Wahrheit sticht in die Augen.

Jacek: Du Jicek! Warum verfolgt die fremde Themis so häufig unsere polnischen Zeitungen?

Jicek: Weil sie die politische Wahrheit schreiben.

Jacek: Und die Katatisten?

Jicek: Die werden nicht verfolgt, denn sie lügen!..

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)

vom 26. November 1905:

Herr Johann Stoezel aus Obornik

kaufte bei einem Fremden verschiedene Lampen und Randelaber zur Erleuchtung des Lokals. Weshalb nicht bei seinem Landsmann?

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)

vom 26. November 1905:

Gnesen.

Zum Vergnügen des Kriegervereins am 15. Oktober gingen auch einige polnischen Damen wie **Budziak, Sawicka, Schröder, Dolata und das Töchterchen des Tischlermeisters Mal trat sogar im Theaterstück auf.**

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)

vom 26. November 1905:

Tremessen.

Unser Polen drängt sich wie nach guten Zeiten in die jüdischen Geschäfte; aber was noch schlimmer ist, auch die Sokals drängen sich zu den Fremden, sowohl in die Geschäfte, als auch in die Kneipen. Achtung Landsleute! folgt ihr denn dem Beispiel eures Propstes, der die Arbeit an der Kirche einem Andersgläubigen gegeben hat und der koscheres Fleisch allen andern vorzieht? Polen! nicht dorthin führt der Weg zum Glück des Vaterlandes.

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)
vom 26. November 1905:

Die Besitzerin von Swierkow (?) bei Mogilno, Frau Frezer, kaufte die Aussteuer für ihre Enkelin, die den Techniker Herrn Dobrzycki heiraten wird, bei einer Jüdin in Posen. Später rühmten sie sich, daß sie ihre Einkäufe in einem polnischen Geschäft in der Wilhelmstraße besorgt hätten.

Fahren wir nur so weiter fort und wir werden ein Polen schaffen, aber — ein jüdisches.

Soll denn der polnische Adel so edelmütig verfahren? Hoffen wir, daß immer Weniger so handeln werden.

Onis?

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)
vom 26. November 1905:

Czarnikau.

Ein gewisses Fräulein kauft geräucherte und gesalzene Heringe bei einem Hafatisten. Was sagt hierzu der Geliebte? —

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)
vom 26. November 1905:

Guin.

Die Damen W. Lang. und Wl. Ros. kauften von dem Juden Herzog aus Berlin Materialien zu Pelerinen. Dort sind sie billiger als bei den Landsleuten. In Posen kann man es ebenfalls in polnischen Geschäften bekommen.

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)
vom 26. November 1905:

Frau Ograbowicz aus Baf

kaufte einen Pelztragen und Frau Koszewska einen Pelz bei einem Juden. Kann man denn nicht einen Pelz bei seinem Landsmann in Posen kaufen?

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)
vom 26. November 1905:

Die Wittinnen aus Kobelnica Szwonka und Siejak kauften Paletots für ihre Söhne, und die Damen Jasiaf, Cieplinska und Milecka Hüte bei einem Semiten.

Aus Nr. 4 des Beiblattes
des Lech „Dla naszej dziatwy“, (Gnesen),
vom 25. November 1905:

Ein altes Sprichwort.

Lobe Gott nicht in einer fremden Sprache,
Denn ich will dir eine alte Sache erzählen:

„Der Teufel hinterm Ofen
Betet in deutscher Sprache!“

Du bist ein elender Kopf,

Wenn du mit einer fremden Sprache prahlst —

Denn auch der Teufel hinterm Ofen

Leiert sein Gebet in deutscher Sprache herunter!

Wenn deine Sprache vernachlässigt wird,
Schwarze Seele, ekelhaftes Herz,
Der schwarze Teufel hinterm Ofen
Spricht das Gebet deutsch!
Doch wenn du die Erde aufrichtig liebst,
Der Sprache treu bist — treu dem Glauben —
Dann ist selbst der Teufel hinterm Ofen
Böse und brummt in deutscher Sprache.
Wenn du um jedes polnische Wort
Besorgt bist und es von neuem belebst,
Dann will auch der Teufel hinterm Ofen
Nicht deutsch reden.
Mögen die Gebete in polnischer Sprache fließen
über das Vaterland, die Familie!
Und der Teufel allein hinterm Ofen
Möge deutsch beten.
Unsere teure, polnische Sprache
Dringt zum Throne Gottes!
Höchstens der Teufel hinterm Ofen
Möge das Gebet deutsch herunterleiern.
Janina Sedlaczkowna.

Aus Nr. 271

des „Dziennik Poznański“ (Posen)
vom 28. November 1905:

Öffentliche Versammlungen der Sokols.

Da den polnischen Turnern Gautage und Vergnügen nicht genehmigt werden, haben sie beschlossen, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Die erste öffentliche Sokolverammlung wird am 3. Dezember d. J., nachmittags 5 Uhr in Kosten im Schützenhause stattfinden und zwar mit nachstehender Tagesordnung:

1. Eröffnung.
2. Wahl des Marshalls und der Beisitzer.
3. Ansprachen:
 - a) Die Notwendigkeit der Turnerei — Dr. Laurentowski,
 - b) Die Notwendigkeit der Disziplin für die Sokols — Stephan Soborski,
 - c) Unser Sokoltum und die nationale Lösung — Konst. Gonsowski.
 - d) Die Notwendigkeit einer Sokolidée — Jdzy Switala.

Kurze Pause.

4. Diskussion.

5. Schluß.

Einberufen ist die Versammlung von einem Komitee, an dessen Spitze der Abgeordnete Dr. Alfred von Chlapowski steht.

Aus Nr. 135 der „Gazeta Ostrowska“ (Ostrowo)
vom 21. November 1905:

In Wieruszewo bei Podzamtsche ist ein Sokolverein gegründet worden.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 139 des „Pielgrzym“ (Pielplin)
vom 21. November 1905:

Polen.

Man muß sich darüber wundern, was manche unserer Zeitungen über die gegenwärtige Lage schreiben. Eine polnische Zeitung in Westpreußen schreibt sogar in einer Weise, als wenn schon ein selbständiges Polen

existierte. Sie will anscheinend die einige Duzend zählenden Rückschrittler in Westpreußen genau kennen, die daran bis jetzt noch nicht glauben. Sie schreibt, daß die persönliche Gefahr schon gewichen sei und daß die „Magnaten“ und Prälaten sich erst jetzt an die Spitze der Umzüge stellten. Der „Politiker“ dieser Zeitung verkündet schon vorzeitig einen großen Triumph.

Als ich den Artikel las, wunderte ich mich sehr, daß man so leeres Zeug schreiben kann. Ich gebe gern zu, daß ich zu diesen „Rückschrittlern“ gehöre, die an alle dem noch zweifeln. Denn das hat nicht das polnische Volk allein gemacht, sondern das ganze polnische und russische Volk. In Sachen der polnischen Frage waren in Petersburg schon Deputationen der „Magnaten“ und anderer intelligenter Kreise. Ferner, wie können wir hier schon Hymnen singen, da wir fast noch nichts Bestimmtes sehen, als einzig und allein die augenblickliche Ratlosigkeit der russischen Regierung.

Denken wir daran, daß in Polen unter dem Moskowiter vornehmlich die jüdischen Sozialdemokraten verschiedener Schattierungen den Reigen führen. Wehe dem Volke, wenn es sich zu weiteren und schlimmeren blutigen Taten hinreißen läßt. Dann werden sich die blutigen Taten des Jahres 1863 wiederholen, und das einzige Andenken wird höchstens das sein, daß man das Recht gehabt hatte, in den Straßen Warschaws einige Mal „Gott, der du Polen“ zu singen. Ich fürchte sehr, daß diese Tage nicht mit „goldenen Buchstaben“, sondern mit dem Blute des Volkes in die Geschichte Polens eingezeichnet werden, und daß nach jedem solcher Tage die Geschichte Polens um ein halbes Jahrhundert zurückgehen wird.

Es würde uns besser kleiden, wenn wir unsere Brüder zur Kaltblütigkeit aufforderten, denn, wie es scheint, unterliegt es keinem Zweifel, daß es eine Konstitution geben wird, daß in ganzen russischen Reiche, also auch in Polen, unter moskowitischer Herrschaft mehr Freiheit herrschen wird. Andererseits kann man wieder in berechtigter Weise annehmen, daß die wilde russische Natur erwachen wird, um einen Aufstand des polnischen Volkes zu unterdrücken. Und dann könnten sich schlimmere Sachen ereignen als früher. Wenn ich doch ein falscher Prophet wäre.

Geistlicher K. „Rückschrittler“.

Aus Nr. 267 der Gazeta Toruńska

vom 21. November 1905:

Ein Vorwurf aus deutschen Händen steht zum Verkauf.

Gegen 1200 Morgen Weizenboden, mit voller Ernte, und ganz neuen und massiven Gebäuden, sowie mit komplettem lebenden und toten Inventar. Es eignet sich zur Parzellierung, da die Besitzung abgerundet ist. Zum Bahnhof führt Chaussee. Nähere Auskunft erteilt die Redaktion der Gazeta Toruńska.

Aus Nr. 268 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 24. November 1905:

Eine traurige Nachricht.

Aus dem Lößbauer Kreise geht uns das alarmierende Gerücht zu, daß die Ansiedelungskommission wegen der Güter Jakobkowo und Zajaczkowo mit dem Besitzer verhandle. Wir können unmöglich glauben, daß der Besitzer dieser Güter, die einige Generationen hindurch sich in den Händen derselben Familie befinden, den Mut haben sollte, auf seine Familie, und besonders

auf seinen ehrenwerten alten Vater, einen einstigen Abgeordneten, eine solche Schande heraufzubeschwören. Bestimmt würden es auch seine Kinder vorziehen, weniger Vermögen zu erhalten, damit nur ihr Name unbefleckt erhalten bleibe. Wir können es nicht glauben, da die materiellen Verhältnisse absolut nicht zum Verkaufe drängen. Da jedoch die Gerüchte sich hartnäckig erhalten und verschiedene verdächtige Figuren sich auf den Feldern herumdrehen, erachten wir es als unsere Pflicht, den, den es angeht, öffentlich zu warnen.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 28. November 1905:

Rufm.

Dieses Mal haben wir bei den Stadtverordnetenwahlen Glück gehabt. Dank dem mit den Deutschen gegen die Beamten geschlossenen Kompromiß, haben wir in der zweiten Klasse vier Mandate erlangt, und zwar die drei bisherigen, und ein neues in der Person des Herrn Wittkowski. Wir haben ein Kompromiß gegen die Beamten geschlossen, die uns gegenüber feindlich gesinnt sind, und die außerdem den Hausbesitzern durch den Bau von Genossenschaftshäusern Schaden zufügen. An den Folgen dieser Praxis haben die Polen zu leiden, denn es stehen viele Wohnungen leer. Diese Herren bekommen aber „Zulagen“, für die sie mit allen Mitteln das Deutschtum auf Kosten der Polen verbreiten sollen. Sie wollten Mandate zur Stadtverordnetenversammlung, aber es ist ihnen nicht gelungen.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 28. November 1905:

Löbau.

Herr Roznecki, der Sohn des ehrenwerten früheren Abgeordneten, beabsichtigt, wie uns mitgeteilt wird, seine im hiesigen Kreise belegenen Güter Jakobkowo und Zajonczkowo an die Ansiedelungskommission zu verkaufen. Diese beiden Güter befinden sich schon einige Generationen hindurch in Händen ein und derselben Familie. Die Vermögensverhältnisse des Besitzers sind geregelt, und aus diesem Grunde wäre der Verkauf in deutsche Hände geradezu rätselhaft. Wir geben der nochmaligen Hoffnung Ausdruck, daß sich Herr Roznecki nicht als Verschacherer und als ein entarteter Sohn der Volksgesamtheit schändet.

Aus Nr. 142 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 28. November 1905:

Lautenburg.

Wir erhalten von Lautenburg eine Korrespondenz, in der geflagt wird über den schlechten Bildungsstand der städtischen Bürgerschaft. $\frac{3}{4}$ der 5000 zählenden Einwohnerschaft Lautenburgs ist polnischer Abstammung, doch das polnische Nationalgefühl ist sehr schwach. Der beste Beweis hierfür ist die geringe Zahl polnischer Zeitungen, die nach Lautenburg kommt, es sind kaum 100 Exemplare, während es an deutschen Zeitungen in den polnischen Häusern nur so wimmelt.

Hier existieren nur 3 polnische Vereine, u. a. auch ein Mäßigkeitsverein, dem 82 Mitglieder angehören. Es könnten diesem Verein viel mehr Mitglieder

angehören, aber einer fürchtet den Boykott, ein anderer entschuldigt sich mit Überlastung von Berufspflichten; es gibt aber auch solche, die, was traurigen Herzens betont werden muß, erklären, sie hätten keinen Grund einen polnischen Verein zu unterstützen, denn sie hätten vom Polentum nichts. Es gibt hier und in der Umgegend sowohl Besitzer und Kaufleute, die sogar die Ihrigen nicht unterstützen, obwohl sie in den Reihen derjenigen marschieren, die am meisten schreien: „Jeder zu den Seinen!“

Aus Nr. 140 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 23. November 1905:

Bei Bischofswerder,

2 km von der Stadt entfernt steht ein schönes Grundstück aus deutschen Händen zum Verkauf. Es ist 170 Morgen groß, hat Weizenboden in hoher Kultur und gute Gebäude sowie Inventar. Zur Anzahlung sind 12 bis 15 000 Mk. erforderlich. Es ist zu wünschen, daß dieses Grundstück ein Landsmann erwirbt, und namentlich weil der Preis angemessen ist. Nähere Auskunft erteilt Herr B. Kasprzycki-Löbau W.-Pr. Eile ist aber erforderlich, damit sich kein Deutscher einfindet.

Aus Nr. 41 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 25. November 1905:

Aus Schönsee

wird uns mitgeteilt, daß der Wirt Herr Josef Jendrzejewski in Bielsk seine Wirtschaft verkaufen will, um eine 300 Morgen große Wirtschaft von einem Deutschen zu kaufen. Die Wirtschaft des Herrn Jendrzejewski ist 2 km von Schönsee entfernt und 73½ Morgen groß, die Gebäude sind neu und das Inventar ist komplett. Der Kaufpreis beträgt 36 000 Mk. Es ist notwendig, daß sich ein Pole meldet und diese Wirtschaft kauft.

Aus Nr. 138 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 18. November 1905:

Strellin, Kreis Putzig.

Am Sonntag, den 5. d. Mts., haben hier 42 Kinder, und zwar 19 Knaben und 23 Mädchen, die erste Kommunion erhalten. Es war eine schöne Feier, die noch durch Musik verschönt wurde, die unser Kirchendiener Herr P. besorgt hat.

Es muß jedoch bemerkt werden, daß in diesem Jahre die Zahl der zur deutschen Abteilung gehörigen Kinder gewachsen ist, da sie mindestens die Hälfte der Gesamtzahl betrug, während im vorigen Jahre die Zahl der polnischen die erste Kommunion empfangenden Kinder größer war.

In früheren Jahren gab es ja wohl mehr deutsche Kinder, aber es schien, daß es immer weniger würden, da die Pfarodie überwiegend polnisch ist, und erwartet werden konnte, daß das polnische Volk immer aufgeklärter und es nicht zugeben werde, daß die polnischen Kinder den Vorbereitungsunterricht zu den heiligen Sakramenten in deutscher Sprache erhielten. Im übrigen steht den Eltern das Entscheidungsrecht darüber zu, welcher Abteilung das Kind angehören solle, wie das vor kurzem der Herr Erzbischof selbst erklärt hat.

Ich hoffe, daß sich das in Zukunft ändern wird, und daß die polnischen Eltern in Zukunft ihre Kinder ohne Ausnahme in die polnische Abteilung schicken werden!
Ein Parochiane.

Aus Nr. 47 des Przyjaciół Dzieci (Kinderfreund)
vom 21. November 1905:

Beilage zum Pielgrzym Nr. 139 (Pielplin)
vom 21. November 1905:

Gebet eines polnischen Mädchens.

O mein Vater im Himmel,
Nur eine Bitte habe ich,
Daß ich es verstehe würdig zu sein
Eines polnischen Mädchens.

Daß ich aufrichtig liebe
Die süße polnische Sprache,
Damit ich immer bleibe
Eine gute Patriotin.

Daß ich zu leiden verstehe
Für mein Vaterland,
Wenn mir der Feind
Mein Herz verwundet.

Daß ich unschuldig bleibe
Mein ganzes Leben hindurch,
Daß ich rein und heilig sei,
Wie dieser weiße Adler.

O allerheiligste Jungfrau
Ich flehe dich aufrichtig an,
Daß ich meine Sprache verstehe
Und stark im Glauben sei.

Dem unsere polnische Sprache,
Der Glaube im polnischen Hause,
Werden uns bewahren
Vor Schande und Scham.

Meine größte Zierde —
Sei Einfachheit,
Der schönste Schmuck
Der früheren Polinnen Tugend.

Aus Nr. 47 des Przyjaciół Działwy (Kinderfreund)
vom 23. November 1905:

Beilage zu Nr. 140 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 23. November 1905:

Briefe von Kindern.

1. Von Bronislawa P. in Dortmund.

Als ich aus dem lieben Przyjaciół erfahren habe, daß unser Herr Kulerski gerade während der Feiertage im Gefängnis sitzen muß, war ich sehr traurig. Ich bete auch für ihn, damit er glücklich aus dem Gefängnis komme, und wieder etwas an uns schreibe.

Wir gehen jetzt zum polnischen Gesangsunterricht, ungefähr 30 Kinder, was uns sehr freut. Das gefällt uns viel besser als das Lied „Ich bin ein Preuße“.

Und nun grüße ich den lieben Przyjaciół und alle Leser von ganzem Herzen.

2. Von Marta W. in Zamorze (?)

Ich schreibe das erste Mal an den lieben Przyjaciół und teile ihm mit, daß mein Vater die „Gazeta Grudzińska“ vom 1. Oktober ab hält, und sie uns allen sehr gut gefällt.

Wir wohnen in einem deutschprotestantischen Dorfe, und ich besuche auch eine protestantische Schule. **Aber trotzdem lerne ich polnisch schreiben und lesen**, und der Vater gibt mir **nationale Lieder** aus einem Liederbuch auf, die ich auswendig lerne. Einige kann ich schon.

Jeden Sonnabend kommt ein Lehrer aus Pniewy und erteilt uns Unterricht im Katechismus.

3. Von Marie P. aus Nowejewi (Mendorf.)

Zu Weihnachten werden es schon 5 Jahre sein, daß meine Eltern die „Gazeta Grudzińska“ halten. Mein Vater kann sie nicht lesen, weil er evangelisch war, aber seit 7 Jahren ist er schon katholisch. Nur ich und die Mutter lesen die „Gazeta“. Ich habe noch 3 Brüder, zwei sind älter als ich, die ich 12 Jahre zähle, und der dritte hat erst angefangen, die Schule zu besuchen. In der Schule lernen wir nur deutsch, **aber wir gehen zum polnischen Religionsunterricht**, denn unsere Mutter liebt die polnische Sprache sehr. Unsere Pfarodie ist in Postolin (?) und die Schule ist in unserem Dorfe.

Nun bitte ich um Verzeihung, daß ich mein Briefchen nicht so gut geschrieben habe, denn das ist mein erster polnischer Brief. Ich grüße auch den lieben Przyjaciół recht herzlich.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 92 des Polak (Kattowitz)

vom 28. November 1905:

Preussische Logik.

Vor einigen Tagen fand in Gleiwitz der Prozeß gegen die polnischen Abstinenten statt, und er endete mit einer so strengen Bestrafung der Angeklagten, wie dies niemand erwartet hatte.

Der Verlauf der Verhandlungen wirft ein interessantes Licht auf das heute in Preußen herrschende System, auf das berühmte System Schönstedts, der während seiner zehnjährigen Amtstätigkeit als preussischer Justizminister alles getan hat, um das Vertrauen der Bevölkerung zu den preussischen Gerichten zu erschüttern und der Welt zu zeigen, daß Preußen zu den zivilisierten Staaten nicht gehört, und nur Leute mit schwachem Verstande können behaupten, daß es im Fortschritt und in der Zivilisation in der Welt an der Spitze marschiert. Freilich acht Preußen der Welt im Fortschritt und in der Zivilisation voran, aber ebenso im Verein mit Rußland in der Reaktion, Mächtigkeitsgier, Intoleranz.

Wehren wir zu dem Gleiwitzer Prozeß zurück, aus dem man ursprünglich eine Hochverratsangelegenheit machen wollte. Welches ist das Vergehen der Angeklagten und unter welchen Verhältnissen begingen die Verurteilten eine „Übertretung“. Diese Frage müssen wir zuerst beantworten.

Eine Reihe von Männern und Frauen gelobt sich, daß sie vierfache Enthaltensamkeit üben werden. Um sich in ihren Gelübden zu befestigen, um sich Mut einzuflöschen, kommen sie insgeheim zusammen, sprechen ausführlich über die vierfache Enthaltensamkeit, lernen dabei polnisch lesen und schreiben, be-

geistern sich an Vorträgen über Nationalhelden, als Beweisstück für die abgelegten Reigungen hängen sie an den Wänden Tabakpfeifen, Spielkarten usw. auf, und dies alles tun sie zum Wohle Polens, zur Wiedergeburt der Nation, zur Erlösung Polens. Polen durch ein tugendhaftes Leben zu befreien ist uns erlaubt, niemand kann uns dies verbieten, sogar der verbissenste Sakatist und Preuze hat kein Recht hierzu.

Die Angeklagten sollen Zusammenkünfte abgehalten haben, sie setzten davon aber die Polizei nicht in Kenntnis, obgleich sie sich dort von der Wiedergeburt und Auferstehung Polens unterhielten. In einem Verfassungsstaate darf davon gesprochen werden, wenn man dieses Ziel nicht mit gewaltsamen Mitteln erstrebt, die im Gegensatz zu den Staatsgesetzen stehen. Sogar von einer Änderung der Grenzen mit gesetzlichen Mitteln darf man sprechen, denn die Verfassung selbst sieht eine Änderung der Grenzen vor. Nach dem Gesetze darf man dies alles tun.

Davon muß aber die preussische Polizei wissen. Warum wußte sie davon nichts? Aus dem einfachen Grunde, weil die Polizeibehörden wegen gesetzwidrig auf die Saalbesitzer ausgeübten Druckes uns des Versammlungsrechts berauben, das uns die Verfassungen Preußens und des Deutschen Reichs gewährleisten. Im Grunde hätten nicht die Abstinenten, sondern diejenigen, die uns die Abhaltung von Versammlungen, die Bildung von Verbänden unmöglich machen, auf die Anklagebank kommen sollen, und diese hätte eine strenge Strafe treffen sollen, eine um so strengere, als sie uns der wertvollsten Bürgerrechte berauben.

Während der Gerichtsverhandlungen täuschten die polnischen Zeugen zum großen Teil die Hoffnung des Staatsanwalts. Dagegen ließen sich die unteren und höheren Polizisten ausführlich über die geheimen Versammlungen aus, die sogar Nachts in abgelegenen Verstecken stattfanden; sie hatten aber die Versammelten nie erwischt, sondern sie erfuhren stets erst später von ihnen. Von wem sie es erfuhren, das wollten sie nicht beantworten, da sie dies als Amtsgeheimnis betrachteten.

Herr Mädlar erzählt von Geheimbünden, die in Polen unter dem Moskowiter und in Galizien bestehen, woher er aber keine Kenntnisse besitzt, kann er auch nicht sagen, denn die Vorgesetzten haben es ihm von vornherein verboten.

Mit einem Worte, eine ganze Reihe interessanter Momente für die preussische Politik.

Die Urteilsbegründung muß die Aufmerksamkeit aller erregen. Der Vorsitzende des Gerichtshofes soll zur Begründung dessen, daß die Angeklagten den Anordnungen der Behörde zuwider gehandelt haben, folgendes gesagt haben:

„Die preussische Regierung erläßt verschiedene Verordnungen und Gesetze, um die Achtung und Liebe zum deutschen Vaterlande, zur deutschen Kultur, auszubreiten, damit es nicht zwei Nationalitäten gäbe, sondern damit unter der ganzen Bevölkerung des Staates Einigkeit und Eintracht vorhanden wäre.

Diese Verordnungen und Gesetze zu schwächen, bemühen sich die polnischen Vereine nach Art des Radrzer Vereins, und das zu diesem Zwecke angewendete Mittel ist die Abhaltung geheimer, polizeilich nicht gemeldeter Versammlungen. Eine solche den Staatsinteressen entgegenstehende Tätigkeit ist strafbar, und besonders strafbar hier in Oberschlesien. Denn Oberschlesien ist ein deutsches (!) Land, welches niemals (!) zum früheren Königreich Polen gehört hat, gegenwärtig aber wollen ausländische

Agitatoren oder von ihnen aufgewiegelte Einheimische eine national-polnische Bewegung in Oberschlesien künstlich hervorrufen, und eine nationale Entzweiung der Bevölkerung bewirken. Diese Aufwiegler müssen streng bestraft werden, und darum hat das Gericht die festgesetzten Strafen für geeignet erachtet."

Die äußerst interessante Urteilsbegründung wirkt einen ungeheuren Lichtstrahl auf das Gerichtswesen in Preußen. Keinen Augenblick zweifeln wir, daß das Gericht nach bestem Wissen, und so, wie ihm das Gewissen gebot, die Sache erkannt und begründet hat. Wie jedoch jeder Mensch ohne sein Wissen den sozialen Einflüssen und der in der Gesellschaft herrschenden Strömungen unterworfen ist, ebenso ist die Urteilsbegründung des Gleiwitzer Gerichts nichts weiter als eine Frucht des preußischen Systems, des Systems Schönstedts.

Der preußische König sagte erst unlängst, daß in Preußen niemand daran denke, den Polen die Muttersprache, die nationalen Gebräuche zu nehmen, daß ihnen niemand verbiete, ihre nationalen Traditionen zu lieben.

Das Gleiwitzer Gericht hat festgestellt, daß die preußische Regierung, die den Willen Wilhelms II. sehr kraß darstellt, Verordnungen erläßt, daß es nicht zwei Nationalitäten gäbe, d. h. daß nur Deutsche vorhanden wären, die Polen aber ihre Nationalität aufgeben.

Möge jetzt irgend ein deutscher Salomon erscheinen und diesen Widerspruch, der hier entsteht, entscheiden.

Die Regierung gibt Gesetze, um unter uns Achtung und Liebe zum deutschen Vaterlande auszubreiten.

Das Gleiwitzer Gericht vergißt nur, daß diese Gesetze und Verordnungen für uns Polen Ausnahme Gesetze und eine unaufhörliche Hintanzetzung sind. Wenn ein Wurm getreten wird, so krümmt er sich, und soaar ein Hund leckt die Hand nicht, die ihn züchtigt. Wir Polen können weder Achtung noch Liebe zum deutschen Vaterland hegen, denn dies verbietet das Gefühl der persönlichen Würde und der nationale Stolz. Möge die Regierung Gesetze und Verordnungen erlassen, um uns Liebe zum „Vaterland“ einzufloßen. Wir werden — natürlich nur mit Hilfe erlaubter Mittel — alles tun, was in unseren Kräften steht, daß uns diese Gesetze und Verordnungen keinen Schaden zufügen.

Oberschlesien ist ein deutsches Land, es gehörte niemals zu Polen. Mögen die Gleiwitzer Richter das erste beste Geschichtswerk über Schlesien aufschlagen, und sie werden sich dort überzeugen, daß sie sich aduvaltia täuschen. Mögen die Richter die Grenzpfähle der Stadt Gleiwitz verlassen, und sie werden sich bald überzeugen, ob Oberschlesien deutsch oder polnisch ist. Oberschlesien war ein polnisches Land und wird es sein. Solche Erkenntnisse, wie das Gleiwitzer, solche Gesetze und Verordnungen, die uns Liebe zum „Vaterland“ einfloßen, tragen dazu bei, daß Oberschlesien nie ein deutsches Land sein wird.

habatistischen Blättern angekündigt worden war, indem sie von Hochverrat und ähnlichem Geschwätz faselten, sowie davon, daß der Prozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden werde.

Indes ist nichts davon eingetroffen; es handelte sich nur um einen angeblich geheimen Verein, und nur eine Sitzung, nämlich jene Roschützkofeier, wurde festgestellt, die nach der Ansicht des Gerichts polizeilich hätte gemeldet werden müssen. Es wurde daher auf Strafen erkannt, und eines jeden Polen Herz schnürt sich zusammen vor Schmerz, daß ein Duzend und mehr Landsleute mit dem preußischen Gefängnis Bekanntschaft machen müssen.

Wir zweifeln nicht, daß die Richter das Urteil nach ihrer besten Überzeugung gefällt haben, in diesem Falle müssen wir aber eine Tatsache feststellen, auf welche die Begründung des Erkenntnisses hinweist, die indes mit der tatsächlichen Wahrheit nicht übereinstimmt. In der Urteilsbegründung wurde nämlich gesagt, daß die strafbare Handlung der Angeklagten hier in Oberschlesien umso strenger geahndet werden müsse, weil Oberschlesien ein deutsches Land sei, das niemals zum Königreich Polen gehört habe, und weil die polnischen Bestrebungen hierher nur von auswärtigen Agitatoren hineingetragen worden seien. — Wir müssen nur feststellen, daß eine solche Meinung falsch ist, und daß sie Unkenntnis der Geschichte Schlesiens und Polens bei den Gleiwitzer Richtern verrät, sofern man, wie wir bereits gesagt haben, nicht zweifeln kann, daß sie nach bester Überzeugung erkannt haben. Schlesien bildete nämlich seit den Anfängen der polnischen Geschichte bis zum Tode des Königs Boleslaus Schiefmund im Jahre 1138 mit kurzen Unterbrechungen einen integrierenden Teil Polens und führt auch den Namen Mittelpolen. Später, nach der Teilung des Reiches, war dieses Band zwar loser, trotzdem aber hörte Schlesien nicht auf, ein Landesteil Polens zu sein, nämlich unter der Herrschaft seiner erblichen Pfaffenfürsten, und erst im Jahre 1335 trat Kasimir der Große Schlesien an Böhmen ab; die weltliche Obrigkeit hörte also auf, dagegen blieb und währte noch lange die kirchliche Obrigkeit des Gnesener Erzbistums. Das schlesische Land war also polnisch und blieb es, denn auch die polnische Sprache erhielt sich unter dem Volke.

Wenn Kasimir der Große durch einen Staatsvertrag auf den Besitz Schlesiens verzichtete, so ist es noch nicht notwendig, daß auch die Bevölkerung dem Volentum entzogen müßte, denn über die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Nationalität entscheiden nicht Staatsverträge und die auf einer Karte bezeichneten Grenzen, sondern die Nationen selbst. Verzichteten doch auch die Preußen, als ihnen Napoleon I. nach der Schlacht bei Jena die Hälfte des Landes wegnahm, auf ihre Nationalität nicht, sondern sie blieben Deutsche. So hat auch das Volk in Schlesien, obgleich es ganze Jahrhunderte zu Polen nicht gehörte, das Recht, seine Nationalität zu bewahren, und wie es polnisch war, so wird es auch polnisch bleiben, wenn es dieses will.

Aus Nr. 273 des Górnoslazak (Kattowitz)

vom 28. November 1905:

Prozeß der Abstinenten.

Den sachlichen Bericht über den Verlauf des Gleiwitzer Geheimbundprozesses schließt der Górnoslazak mit folgender Betrachtung:

So endete der Prozeß der polnischen Abstinenten, welcher mit so großem Geschrei und Lärm von den

Aus Nr. 140 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 28. November 1905:

Schlesien und Polen.

In dem Prozesse, welchen die Staatsanwaltschaft gegen mehrere Bürger aus Zabrze wegen Zugehörigkeit zu einem geheimen Abstinenzverein angestrengt hat, hat der Vorsitzende des Gerichtshofes in

Gleiwitz, Direktor Herr Wendel, das ergangene Erkenntnis, durch welches alle Angeklagten insgesamt zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, folgendermaßen erläutert und begründet. (Folgt ein Teil des Urteilstenors.)

Darauf muß Herrn Wendel folgendes erwidert werden:

1. Die Wiederaufrichtung Polens überlassen wir Gott. Wenn es Gott gefallen wird, dann wird er Polen ohne Blutvergießen, ohne bewaffneten Aufstand — gegen den Willen des Herrn Wendel und aller unserer Gegner dieser Welt wieder aufbauen.

2. Eine einheitliche deutsche Nation wird die preussische Regierung nie erreichen. Im deutschen Kaiserreiche wohnen Dänen, Franzosen, Litauer, Serben-Lausitzer und mehrere Millionen Polen, die sich nicht germanisieren lassen, sondern ihr natürliches und übernatürliches Recht, welches Gott jeder Nation verliehen hat, verteidigen werden.

Das hindert garnicht, daß Einheit und Eintracht im Kaiserreiche herrsche, sofern nur die polnische Bevölkerung Ruhe hat, sofern sie nur von den Habsbisten nicht verfolgt wird.

3. Oberschlesien ist kein deutsches Land und wird es nie sein, obgleich es Herr Wendel behauptet, denn Schlesien war, ist und wird polnisches Land bleiben.

4. Schlesien habe nie zum früheren Königreich Polen gehört, behauptet Herr Wendel. Wir wundern uns über ihn nicht; er spricht, wie er es gelernt hat. Indes ist es eine historische Tatsache, daß Schlesien bis zum Jahre 1283 zum polnischen Reiche gehörte, daß es später eigene Fürsten hatte, aber ein Teil Polens war und ist und solange sein wird, als das polnische Volk lebt.

Aus Nr. 269 des Górnosłazak (Rattowitz)

vom 22. November 1905:

Betrifft den Frauen-Leseverein in Rattowitz.

Verflossenen Sonntag fand in der hiesigen Sokol-Duerenhalle die Generalversammlung des Lesekranks für Frauen statt. Etwa 50 Mitglieder waren in der Versammlung erschienen. Aus dem alten Vorstand scheid die Vorsitzende, Frau Alexandra Szyperska, aus. Demnach bilden den neuen Vorstand:

die Vorsitzende Frau Johann Kowalczyk,
die Schriftführerin Frau Morawska,
die Kassiererin Frau Thomas Kowalczyk,
die Bibliothekarin Frau Szyperska.

Als Beisitzerinnen wurden berufen die Damen: Gajda, Sylla, Miecznikiewicz, Pietruszczyn und Szafrański.

Nach erfolgter Wahl richtete die neue Vorsitzende einige Worte an Frau Szyperska, indem sie ihr im Namen des Vereins für die Arbeit im Lesekranks dankte. Dann ermunterte sie mit warmen Worten die Mitglieder zur eifrigen Beteiligung und Werbung möglichst zahlreicher Frauen für den Leseverein, wo sie sich gegenseitig bilden, den Geist in schweren Zeiten stärken und sich gegenseitig vergnügen sollen. Den übrigen Teil der Versammlung füllten die Teilnehmer mit gemeinsamen Gesängen und Deklamationen aus.

Aus Nr. 270 des Górnosłazak (Rattowitz)

vom 24. November 1905:

Rattowitz.

Wie wir bereits in der gestrigen Nummer berichteten, hielt der hiesige „Frauen-Leseverein“ seine Generalversammlung ab, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde. Die bisherige Vorsitzende des Lesevereins, Frau Szyperska, die Gemahlin des Direktors der Rattowitzer Volksbank, hat ihr Amt niedergelegt. Trotz vieler Schwierigkeiten, die ihr von verschiedenen Seiten bereitet wurden, versah sie dieses Amt zwei Jahre hindurch mit großer Gewissenhaftigkeit und Aufopferung, was auch jedermann anerkennen muß. Man kann sagen, sie war hier vielleicht die erste Gründerin eines Frauenvereins, und wer hier in Oberschlesien schon irgend einen Verein gründete, der wird sich wohl zur Genüge überzeugt haben, mit wie vielen Schwierigkeiten eine solche Gründung verknüpft ist. Der scheidenden Vorsitzenden gebührt also die größte Anerkennung für ihre Arbeit, die sie bei der Erweckung des polnischen Geistes in dem immer mehr prosperierenden Frauen-Leseverein geleistet hat.

Aus Nr. 138 des Katolik (Weuthen D.-S.)

vom 23. November 1905:

Streiks und Habsbisten.

Bekanntlich forderten in Schoppinitz streikende Arbeiter u. a., daß die Beamten mit ihnen polnisch sprechen sollen. Das ist eine durchaus billige Forderung, denn nicht die Arbeiter sind für die Beamten da, sondern die Beamten für die Arbeiter. Überdies sind die Arbeiter Polen, und sie haben das Recht, so zu sprechen, „wie ihnen der Schnabel gewachsen ist.“ Schließlich arbeiten die Arbeiter auf eigener väterländischer Erde, und niemand hat ein Recht, ihnen während der Arbeit den Gebrauch ihrer eigenen, polnischen Sprache zu verbieten.

Dieses billige Verlangen beunruhigte jedoch die Rattowitzer Habsbisten, deren Vorstand in der Rattowitzer Zeitung öffentlich bekannt macht, daß eine solche Forderung der Arbeiter mit allen Mitteln strengstens verurteilt und bekämpft werden müsse.

Da habt Ihr, Brüder, Arbeiter, die Güte der Habsbisten!! Sie wollen Euch Euer billigstes Recht mit allen Mitteln und strengstens verbieten!! Ihr sollt bei der Arbeit von den Beamten weiter schändlich behandelt werden deshalb, weil Ihr nicht deutsch sprechen könnt. Das ist die Güte der Habsbisten.

Was sagt Ihr, Brüder, Arbeiter, dazu? — Leider gibt es noch viele solch unerfahrene Arbeiter, die wie Fliegen auf den Honig gehen, wenn ihnen die Habsbisten oder deren Hintermänner irgend einen „Abend“, ein Schauspiel und Vergnügen veranstalten, oder wenn sie eine germanisatorische Bibliothek eröffnen. Leider kennen diese Unerfahrenen diese „Güte“ der Habsbisten nicht, sonst würde kein einziger Arbeiter so etwas besuchen oder seine Kinder hinschicken.

Langsam aber gehen die Augen sogar diesen Unaufgeklärten auf, und durch eine solche Bekanntmachung, wie die vorerwähnte des Vorstands der Rattowitzer Habsbisten, werden den Arbeitern die Augen sicherlich noch mehr aufgehen, sogar denen, die bis jetzt völlig geschlafen haben.

Dies muß man aber allen erzählen, man muß agitieren, Aufklärung verbreiten, damit doch endlich einmal alle diese „Güte“ der Habsbisten erkennen,

die, um dem polnischen Volke Sand in die Augen zu streuen, fortwährend verkünden, daß sie ihm weder seine Sprache, noch seinen Glauben nehmen wollen.

Aus vorentworfenem erhellt klar, was sie wollen, — sie wollen nämlich, daß die gerechtesten Forderungen der Arbeiter hinsichtlich ihrer Muttersprache mit allen Mitteln und heftigst bekämpft würden.

Die Arbeiter haben ihre Forderungen notgedrungen aufgestellt, denn es ist für sie manchmal eine Qual, sich deutsch auszudrücken; es kann ein Unglück geschehen, wenn der Arbeiter den Beamten nicht versteht, da haben sie aber ihren Vorgesetzten manchmal sehr wichtige Dinge zu sagen, namentlich in Lohnangelegenheiten, in Versicherungssachen, bei der Arbeit usw.

Ihr alle, geliebte Brüder Arbeiter, die ihr schon aufgeklärt seid und wißt, was Ihr wollt und wie sich die Dinge verhalten, belehret also in dieser Hinsicht alle noch Unaufgeklärten, agitiert, schließt Euch zusammen, um im Laufe der Zeit alle gerechten Forderungen ehrlich durchzusetzen und vollständig zu erlangen. Ihr Arbeiter bildet eine Riesennacht, es tut nur Licht und Einigkeit not!

Aus Nr. 138 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 23. November 1905:

Zustände im Anaptschasts-lazarett.

(Aus der Gegend von Beuthen.)

Vom 2. bis 7. Oktober befand ich mich wegen Rheumatismus im Lazarett. Als ich eintrat, wog ich 72 Kilogramm — so stand es auf der Tafel und in den Büchern geschrieben. Als ich austrat, wog ich nur 68 Kilogramm, d. h. in 4 Tagen und einer Nacht nahm ich 8 Pfund ab. Am Mittwoch hatten wir zum Mittagessen Speckbraten, in meinem Zimmer aber hat niemand Speck in den Eßben gesehen. Donnerstags gab es zum Mittagessen Graupenwurst, ein wenig mager schmeckendes Kraut und ein wenig Kartoffeln. Am Freitag gab es zum Mittagessen zwei Heringe und Kartoffeln, manche aber erhielten in einem Topf Semmelsuppe. Aus diesem Grunde hatte ich mit dem Arzt eine Unterredung. Der Hauptarzt, Herr Dr. Wagner, jagte mir, daß er geben lasse, was die Anaptschasts-Verwaltung anordnet. Als ich ihm am Montag sagte, ich hätte schon 3 Tage kein Fleisch gegessen, sagte er: Ist Graupenwurst kein Fleisch? Schließlich verließ ich das Lazarett, obgleich mich die rechte Seite noch etwas schmerzte, denn bei einer solchen Ernährung konnte ich es nicht aushalten.

(Mögen die Anaptschastsältesten darauf achten. Sie könnten das Essen im Lazarett öfter revidieren, denn sie haben das Recht dazu. Mögen sie dann bei der Verwaltung Anträge stellen, daß solche Dinge nicht geschehen und sich nicht wiederholen. D. Red.)

Als ich Herrn Dr. Wagner bei der Revision erklärte, daß ich 4 Kilogramm weniger wiege, erklärte er mir, daß die Waage vielleicht nicht gut sei.

(Möge man sie ausbessern lassen. — Die Red.)

Der Oberaufseher Herr Rothwol verlangt, daß die Kranken vor ihm „Grundstellung“ stehen sollen, d. h. gerade wie die Soldaten. Das ist doch aber ein Lazarett und kein Militärexerzieren? Er ruft laut aus, wenn einer nicht gerade steht, wenn er sich z. B. an die Bettstelle, den Tisch usw. anlehnt. Und doch kann sich mancher Kranke kaum auf den Füßen halten, namentlich wenn er ein Krüppel ist. Es kommt vor, daß Herr B. diejenigen auf die Hände schlägt, die sich festhalten.

Es wäre gut, wenn die Leute selbst die Ärzte wählen würden, denn dann wären die Ärzte anders, und nach ihrem Beispiel würde auch das Dienstpersonal in den Lazaretten die Kranken besser behandeln.

Aus Nr. 273 des Górnoslazak (Rattowig)

vom 28. November 1905:

Aus der Gegend Loslaus

erhalten wir folgende Zuschrift:

Blüten des neuen Ansiedelungsgegesetzes blühen bei uns in Oberschlesien schon aufs beste, und in letzter Zeit zeigte sich eine solche Blüte auch bei uns in Marklowice. Dies geschah folgendermaßen. Der Wirt A. wollte auf seinem Grund und Boden ein Wohnhaus für seinen Sohn in einer Entfernung von 25 Metern von seinen Gebäuden errichten, er schaffte alles Material herbei, reichte bei der Behörde ein Gesuch um den Baukonsens ein und wartete. Dies dauerte auch ziemlich lange, bis er endlich beim Eintritt des Winters von dem Regierungspräsidenten in Oppeln eine ablehnende Antwort erhielt. Denket nun, liebe Leser, was dieser Wirt jetzt beginnen soll, wenn das ganze zum Bau bestimmte Material unter freiem Himmel daliegt und verdirbt, während doch das Haus jetzt schon unter das Dach gebracht sein könnte. Man muß ferner bedenken, daß es sich hier um keine neue Ansiedelung handelt, denn ringsum befinden sich Nachbarn.

So wird dem Wirt großer Schaden und ein großes Unrecht zugefügt; darum fragen aber die Paragraphen des Ansiedelungsgegesetzes nicht, wenn nur das Deutschthum gerettet wird.

Und vielleicht ist dieser Wirt für den preussischen Staat wirklich so gefährlich, denn in der ganzen Gegend ist bekannt, daß er Mitbegründer eines polnischen Vereins ist, und das hat ihm sicherlich die Gunst der preussischen Regierung nicht eingebracht. Vielleicht dachte man auch bei der Regierung, daß dieses neue Haus der Sitz dieses Vereins sein soll, und deswegen mag der Baukonsens verweigert worden sein.

Aus Nr. 269 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)

vom 21. November 1905:

Lipine.

Was macht die Polizei? Sonntag, den 19. d. M. veranstalteten zwei Leute anlässlich ihres Namens-tages ein Vergnügen im Saale des Herrn Pańk in Form einer geschlossenen Gesellschaft. Der Polizist Herr Lis verbot jedoch das Vergnügen und trieb die Anwesenden auseinander. Alle zerstreuten sich ruhig.

(Sie sollen die Polizei deshalb, daß sie eine „geschlossene Gesellschaft“ auseinander treiben heißt, verklagen. Möge das Gericht die Entscheidung treffen. Die Red.)

Aus Nr. 269 des Dziennik Śląski (Beuthen D.-S.)

vom 21. November 1905:

Aus dem Kreise Kreuzburg.

Ein katolischer Blatt schreibt, daß die Polen immer mehr Land erwerben und sich im Kreuzburger Kreise ansiedeln. Es schreibt, daß die Polen sich im obereschlesischen Industriebezirk ein kleines Kapital an-

legen und dann, durch Kapitalien von Banken und Genossenschaften unterstützt, im Kreise Kreuzburg Land ankaufen.

Wenn dem nur so wäre! Es scheint aber, daß diese Nachricht sehr übertrieben ist, denn das gleiche Blatt schreibt, daß auch von deutscher Seite etwas getan werden müsse, um diese neuen polnischen Ansiedler zu germanisieren und ihnen zu zeigen, daß das Kreuzburger Land deutsch ist (?). Diese Germanisierung könnte dadurch verwirklicht werden, daß nach Kreuzburg mehr Militär kommt, mindestens also ein Bataillon Infanterie.

Auf diese Weise ist der eigentliche Zweck, den man verfolgt, ans Tageslicht gelangt. Jenes Blatt schreckt die Regierung mit den Polen, die sich angeblich im Kreise Kreuzburg in großer Zahl ansiedeln, um mehr Militär für Kreuzburg zu erlangen, von welchem die Kreuzburger Deutschen Nutzen und Paraden hätten.

Nichtsdestoweniger feuern wir an, daß jeder, der kann, sparen und wirklich Land erwerben möchte, sowohl im Kreise Kreuzburg, wie auch anderswo, wo Land zu erwerben ist, dies tun soll. Landbesitz ist die Hauptsache! Halten wir am Grundbesitz fest und kaufen wir davon so viel wie möglich!!

Aus Nr. 140 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 28. November 1905:

Deutsch = Biekar.

Eine Beschwerde über einen Briefträger wurde an unsere Redaktion gerichtet mit der Bitte um ihre Wiedergabe in unserem Blatte. Es handelt sich darum, daß der Briefträger die Briefe nicht immer unmittelbar in die Wohnung des Empfängers abliefern, sondern er übergibt sie manchmal Kindern oder irgend einem anderen, wodurch sich Sendungen verspäten und verloren gehen können. Es wird daher ersucht, der Briefträger möge keine Mühe scheuen und die Sendungen stets unmittelbar in der Wohnung des Empfängers abgeben. (Wir denken, daß eine solche Notiz genügen wird, und daher veröffentlichten wir vorläufig keine lange Korrespondenz.)

Aus Nr. 140 des Katolik (Beuthen D.-S.)

vom 28. November 1905:

L a b a n d.

Auf Bemühen der Lehrer fand hier ein germanisatorischer „Abend“ statt. Leider waren auch unsere Leute hingegangen und hatten den Saal dicht besetzt. Es ist traurig, wenn unsere Leute selbst an ihrem Verderben, d. i. an dem Verlust ihrer Nationalität, arbeiten. Mögen aber die Aufgeklärten in der Belehrung der Unwissenden nicht nachlassen, bis schließlich alle ihre Pflichten und ihren eigenen Vorteil einsehen und erkennen werden.

Der Landrat gibt sich Mühe, den Lehrern die Gehälter aufzubessern. Zu diesem Zwecke waren einige Gemeindevorsteher auf dem Landratsamt, wo sie diese Angelegenheit besprachen. Angeblich will der Landrat die Gehälter der Hauptlehrer um 300 Mark jährlich aufgebessert wissen. Die Gemeinde Laband, d. i. die Gemeindevorsteher, sollen für die Gehaltserhöhung geneigt sein, während die Gemeinden Niepaßowce und Przyszołka nichts davon hören wollen. Ebenso will die Gutsverwaltung zur Gehaltserhöhung der Lehrer nichts beitragen.

Mögen also die Gemeinden vorsichtig sein und ihre Lasten nicht vergrößern, deren sie an sich schon mehr als zuviel haben. Die Gemeinden haben in dieser Angelegenheit ihre Autonomie und ihren eigenen Willen. Bürger, seid also vorsichtig.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 258 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 10. November 1905:

„Stützen“ des Deutschtums.

Zu gleicher Zeit mit der Versammlung der Straz in Berlin fand eine Versammlung in Pudewitz bei Posen statt, welche von 400 Haskatisten aus Pudewitz und Umgegend besucht war, die beschlossen hatten, wie sie im Posener Tageblatt prunkend ankündigten, eine deutsche Antwort zu geben auf die Versammlung der Straz, welche dajelbst vor einer Woche abgehalten wurde.

Mit dem Inhalte der Versammlung der Pudewitzer Haskatisten brauchen wir uns nicht zu befassen, denn er unterscheidet sich in nichts von den hohlen Phrasen, die wir nun schon seit 11 Jahren aus diesem Lager zu hören bekommen haben.

Es verlohnt sich aber, bei dieser Gelegenheit sich diejenigen etwas näher anzusehen, welche die Hauptmacher in jener Versammlung des „deutschen Bürgertums“ gewesen sind.

Es waren das solche „unabhängige Bürger“ wie der Amtsrichter Kaphengst (ein bisher vollständig unbekannter Macher im Großherzogtum. Die Red. d. Dz. Berl.), der Kreis-Schulinsektor Westphal, der Distriktskommissar Plathner, der Lehrer Müller aus Wierzonka, der Obersteuerkontrollleur Martini, der Lehrer Hausherr, der Kolonist Krieger und schließlich der Generalsekretär des HAT-Vereins, Rosberg, und der Redakteur des Posener Tageblatts, Schröter, derselbe, der in der heutigen Nummer des Posener Tageblatts in so genialer Weise unser Czuj auch mit Fühle — Geist übersezt hat.

Und diese Herren wagen es, sich die berufenen Verteidiger des Deutschtums gegen die Straz in Pudewitz zu nennen!

Heute sind sie im Großherzogtum, morgen werden sie nicht mehr hier sein. Wenn sie zu etwas gekommen sind, dann gehen sie weiter und es kommt ihnen nicht der Gedanke, daß dajelbst ihre Gegenwart bei der Verteidigung des durch die Polen so sehr bedrückten Deutschtums nötig war und ist.

Die Beamten, welche auch aus den Taschen der polnischen Steuerzahler bezahlt werden, und die haskatistischen Macher von Beruf, das ist doch nicht etwa das deutsche Bürgertum.

Möchte doch das wahrhafte deutsche Bürgertum den Willen haben, sich dieser ungebetenen Beschützer zu entledigen! Sofort würden im ganzen Staate normalere Verhältnisse eintreten.

Aus Nr. 271 des Dziennik Berlinski (Berlin)

vom 26. November 1905:

Kommissar der Straz für die Stadt Potsdam ist Herr R. Krzemieniecki, Jägerstraße 18II wohnhaft. Bei ihm wollen die Landleute ihren Beitritt zur Straz anmelden und dajelbst ihre Beiträge entrichten.

Die Landsleute anderer Städte der Mark Brandenburg, welche in ihrer Gemeinde das Amt eines Kommissars der Straz annehmen wollen, werden gebeten, sich dieserhalb an den Unterzeichneten zu wenden.

Franz Krysiak,
Vertrauensmann der Straz für Berlin und Brandenburg.

Aus Nr. 45 der Niedziela, Beiblatt der Nr. 265
des Dziennik Polski (Dortmund)
vom 19. November 1905:

Gott, der du Polen . . .

Gott, der du Polen durch so lange Jahre
Deine strafende Hand hast fühlen lassen,
Der du es von der Karte der Freien der Welt weg-
gewischt

Und aus dem Reste der Väter ein Gefängnis bereitet
hast —

Vor deine Altäre treten wir heute und rufen:
Du straftest lange, jetzt vergib, o Herr!

Dafür, daß es der Leiden Apostel war,
Daß es nicht nichtswürdig geworden unter der Ketten
Fesseln,

Sondern auf der Wacht für die heilige Kirche steht
Und mächtig ist mit Herz und Geist!
Für das Gebet der Kinder, für der Mütter Weinen,
Wenn du gerecht bist, streiche aus die Schulden, Herr.
Dafür, daß das Volk im Gebete

Bewahret hat die Reinheit seiner Gedanken,
Dafür, daß es der Macht des harten Schicksals ver-
traute,

Mit Blut und Schweiß durch die Tage des Gefäng-
nisses gezogen ist,

Für dein Golgatha und für unseren Kelch,
Vergib, wenn du Vater bist, deinen Kindern, o Gott!
Rajimir Laszkowski.

Aus Nr. 266 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 17. November 1905:

Der Sieg der Polen in Wetter bei den Kirchenwahlen.

Am vergangenen Mittwoch fanden hier selbst die
Wahlen für den Kirchenvorstand und den Gemeindefür-
sicherungsrat statt. Die gemeinsame Liste der Polen und
Deutschen siegte gegen die Deutschen. Von den Polen
wurden gewählt: Herr Walentin Matuzewski in den
Kirchenvorstand; die Herren Paul Janas, Michael
Szusla, Peter Krolak und Michael Sliwka in den
Gemeindefürsicherungsrat.

Aus Nr. 267 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 18. November 1905:

In Hamborn a. Rh. ist ein polnischer Industrie-
verein gegründet worden. In den Vorstand wurden
gewählt: Stanislaus Litkowski, Vorsitzender; Wladislaus
Kamyszak, Stellvertreter; Roman Pegel, Schriftführer;
Martin Olejnik, Stellvertreter; Michael Tesmer,
Kassierer; Paul Wujciak, Stellvertreter; Franz Wini-
arski und Ignacy Sobczak, Beisitzer.

Aus Nr. 48 der Pokraka (Posen)
vom 26. November 1905:

Langendreer.

Der Vorstand des kirchlich-polnischen Vereins
kaufte die Möbel zur Ausstattung seiner Tochter bei
einem Semiten, trotzdem in der Stadt und Umgegend
kein Mangel an polnischen Möbelgeschäften ist.
Photographien ließen sie bei einem Hafatisten an-
fertigen. Der Herr Vorsitzende gehört auch einigen
deutschen Vereinen an und betet daher in der Kirche
aus einem deutschen Buche, trotzdem er auch von den
Polen in den Vorstand gewählt worden ist.

Herr Zynda spricht zu Hause mit seiner Familie
deutsch, und was für Abnehmer hat er hier? —

Ein gewisser polnischer Barbier spricht mit seiner
Mutter nur deutsch, und sie liest nur deutsche Bücher.

Aus Nr. 270 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 26. November 1905:

Düsseldorf, den 21. November 1905.

(Die Verfassung vom 3. Mai und die dem deutschen Michel
drohende Gefahr).

Der Verein des hl. Rochus in Düsseldorf besitzt
ein bescheidenes Vermögen und vier Bilder, die im
Vereinslokale hängen. Unter anderem ist auch ein
Bild dabei, welches zum Andenken an die Verfassung
vom 3. Mai herausgegeben worden ist. Der Verein
hatte dies Bild von einer gewissen Person zum Ge-
schenk erhalten, und es schon im Jahre 1891 im
Lokale untergebracht. Ungeachtet dessen, daß der
Verein verschiedenes durchgemacht und so manche
Konflikte mit der Polizei gehabt hat, hatte niemand
an den Bildern etwas auszusetzen. Dies Lokal wurde
renoviert, und infolgedessen wurden die Bilder eine
Zeit lang aufbewahrt. Nach Renovierung des Lokals
wurden sie wieder dort angebracht, leider zu einer
schlimmen Stunde. Ins Lokal kam ein Kommissar
in Begleitung eines Polizisten, der die Versammlungen
überwacht. Ohne vorherige Benachrichtigung des
Vorstandes nahmen sie das Bild fort. Der Vereins-
vorstand tut, was er kann, um keine Konflikte zu
haben, und er würde auch in diesem Falle nach-
gegeben und das „gefährliche“ Bild beseitigt haben,
wenn er einen Befehl erhalten hätte. Die Polizei
nahm jedoch ohne weiteres das Bild fort, indem sie
es als zu Gewalttätigkeiten anreizend ansah. Das
Bild hat solange da gehangen, ohne den öffentlichen
Frieden zu stören. Die Polizei hängte es in ihre
Kanzlei und berief einzelne Mitglieder des Vorstandes,
die vom Kommissar darüber befragt wurden, was es
bedeute. Nicht jeder weiß zu deuten, was das Bild
darstellt. Jeder intelligente Mensch und Christ kennt
die Geschichte Polens gut und weiß, was eine Ver-
fassung ist, er weiß auch, daß Polen einer der größten
Kulturstaaten Europas gewesen ist. Wo ist hier ein
Verrat? Die Sache wird sich wohl vor dem Gericht
abspielen. Es ist unmöglich, daß die Polizei das
Bild vernichten sollte. Wer weiß, ob die Polizei nicht
auf den Einfall kommen wird, die Vereinsfahne mit
der Mutter Gottes aus der Kirche zu entfernen.

Das ist preußische Gleichberechtigung!

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 89 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 11. November 1905:

Die schlesischen Arbeiter und die jüdischen Schenken.

Trunksucht herrscht überall, sagte mir Genosse R., der sich darüber entrüstet hatte, daß man nur uns Polen der Trunksucht beschuldigte; er, der die am höchsten zivilisierten Länder, wie Frankreich und England, besucht hatte, hatte auch dort ganz abscheuliche Trunksucht gefunden. Ich bin fest überzeugt davon, daß Genosse R. die Wahrheit gesagt hat, ich werde aber trotzdem die polnische Böllerei nicht entschuldigen, weil es für die Polen keine Entschuldigung ist, daß andere Völker auch dem Trunk ergeben sind, sondern ich werde hier das ganze Elend der Trunksucht und ihre Ursachen vor Augen führen. Das Elend kommt daher, daß der überwiegend größere Teil der Arbeiter es in der Zeit, in der er nicht arbeitet oder nicht schläft, nicht zu Hause bei seiner Familie aushält, sondern nur in der Schenke sitzt.

Und weshalb können die Arbeiter nicht zu Hause sitzen?

Das kommt daher, daß manche den Herren gehörige Häuser, sogenannte Schlafhäuser, nicht zum Wohnen, sondern nur zum Schlafen eingerichtet sind. Es sind dies große Räume für 10 bis 20 Personen, mit je drei Betten, eins über das andere gestellt. In dem Raum befindet sich gewöhnlich ein Tisch und für jeden ein Schemel aus einem Stückchen Brett, wie im Gefängnis. An der Wand stehen dort befestigte, einen halben Meter breite Schränke, in die ein jeder seine Wäsche, seinen Sonntagsanzug usw. verschließen kann. Zur Beleuchtung des ganzen Lokals dient eine Lampe, hauptsächlich eine elektrische, die an der Decke oder an der Wand befestigt ist, bei deren Licht man weder lesen noch schreiben kann und die kaum dazu hinreicht, einen das Bett finden zu lassen. Öfen sind entweder garnicht vorhanden, oder wenn doch einer da ist, so ist es ein eiserner; heizen müßte ihn der, der als erster nach Hause kommt, aber wer will dies tun, da doch schon jeder von der Tagesarbeit müde zum Umfallen ist. Daß solche Herrenschlafräume die Junggesellen nicht verlocken, sondern sie vielmehr in die Schenke treiben, versteht sich eigentlich von selbst. Die Folgen sind dann die, daß das Sitzen in den Kneipen zur Gewohnheit wird, von der sie später, wenn sie verheiratet sind, sich nicht mehr losmachen können. Aber man kann sich auch hierüber nicht wundern, denn auch die Familienhäuser bieten nicht die erforderliche Bequemlichkeit. Ein Beweis hierfür ist folgendes: Wie schon öfter, so besuchte ich auch in der vergangenen Woche als Agent über 40 Arbeiterwohnungen. 16 derselben bestanden nur aus einer Stube, der Rest aus Stube und Küche. In den einzelnen Stuben fand ich außer der Frau und der alten Mutter je 4 bis 6 Kinder. Den Mann konnte ich nur selten antreffen, denn am Tage ist er bei der Arbeit, ebenso auch des Abends wenn er Nachtschicht hat, aber in der Kneipe kann man ihn dafür recht häufig treffen.

In solchen Familienwohnungen, die von einer zahlreichen Familie bewohnt werden und in denen man die Wände trocken, entwickelt sich, da Fenster und Türen während des Winters geschlossen sein müssen, ein Geruch, der einen nicht an eine derartige Luft gewöhnten Menschen umwerfen kann. Unter solchen Bedingungen kann von dem Lesen irgend einer Zeitung oder eines Buches nicht die Rede sein.

Unter solchen Lebensbedingungen kann nicht davon die Rede sein, den Kindern eine bessere Erziehung zuteil werden zu lassen, denn der Vater liest selbst nichts, weil er es zu Hause nicht aushalten kann und in der Schenke immer mehr zum verdummten Idioten wird. Jene Familien, die Zimmer und Küche bewohnen, sind ein wenig besser daran, denn sie können wenigstens während des Sommers in der Stube sitzen und etwas lesen. Dagegen sind sie im Winter in derselben Lage wie die Leute, die nur eine Stube haben, denn in den Stuben giebt es nur eiserne Öfen und dies nicht einmal überall; in den eisernen Öfen müßte man nun ständig feuern, und dazu reicht es dem Arbeiter nicht. Sie beschränken sich also mit ihrer Familie lediglich auf den Aufenthalt in der Küche, aus welcher der Mann ebenso ausreißt, wie der Bewohner einer einzigen Stube. Nur wenn er Nachtschicht hat und den Tag über schläft, hat er eine unvergleichlich größere Bequemlichkeit, als der Bewohner einer einzigen Stube, der den Tag über in dem Gestank schlafen muß. Man kann sich also garnicht wundern, wenn er sich vorher so gründlich betrinkt, daß er nicht hört und sieht, was neben seinem Bette vorgeht.

Derartige bejammernswerte Verhältnisse sind auch die Veranlassung, daß die ober-schlesische Volks-gesamtheit bisher weniger entwickelt und gegen die Aufnahme der wahren Aufklärung mehr abgestumpft ist, als das Volk in den westlichen Ländern und in Polen. Und was sind denn nun jüdische Schenken? —

Ich nenne sie jüdische, denn mit sehr geringen Ausnahmen befinden sich alle in jüdischen Händen; wenn ausnahmsweise ein Deutscher oder ein Pole eine Schenke hat, dann unterscheiden sie sich nicht vom Juden, höchstens durch die kürzere Geduld des Besitzers, solchem Gestank und verdummendem Lärm gegenüber.

Eine jede derartige schlesische Kneipe ist in zwei Schankräume geteilt. Ein kleiner Raum mit einigen gedeckten Tischen, einem Billard und nicht selten auch mit einem Klavier ist für die Eisenbahner, Postbeamten, Steiger und Polizisten bestimmt. Dieser Raum ist einem Pächter gegen Kautionstellung übertragen, wofür er gezwungen ist, die Getränke von seinem Wirt, vom Eigentümer der Schenke, zu nehmen und sich mit dem Profit zu begnügen, den er dadurch erzielt, daß er entweder möglichst viel aus den Flaschen herauschenkt, oder daß er Wasser hinzugeßt. Das Schicksal dieser Pächter, die gewöhnlich Christen sind, ist nicht immer ein überaus rosiges; sie laufen öfters fort, nachdem sie alles verloren haben, und sogar die Kaution behält ihnen der Vampyr ein. Die richtige Schenke, die einen vielfachen Verdienst bietet, und die man stellenweise, wie z. B. in Königshütte Goldgruben nennt, versteht der Besitzer, der gewöhnlich ein Jude ist, selbst. Von außen sind die prachtvollen Schaufenster mit so schönen bunten Flaschen dekoriert, daß sie sogar den Geistlichen Kapiza verlocken könnten. Aber dagegen innen! O Graus! Ein bis zwei Schankfässer sind zu sehen, und hinter jedem stehen 2—3 Personen und gießen ein. Was gießen sie denn ein? — Schnaps in Flaschen. Der Schankraum oder die Scheune faßt 300—500 Personen, im Schankraum befinden sich einige lange Bänke und ebenso lange Tische. Der Fußboden ist schmutzig, bespeit, die Bänke und Tische so schmutzig, daß die Hosen und Ärmel an ihnen kleben bleiben. Der Qualm aus den Pfeifen ist so dicht, daß einer den andern nicht sieht.

Das Gebrüll der Betrunknen, das Gedränge und der mörderliche Qualm sind so groß, daß in ihm jedes Tier krepieren würde, nur der Mensch hält so etwas aus. Daß sich die Bewohner der vorherbeschriebenen Wohnungen nach einem solch' abscheulichen

Aufenthaltort begeben, wo sie anstatt Aufklärung zu finden, im Geiste verdummen, ist bei den kapitalistischen Verhältnissen in Oberschlesien eine ganz natürliche Sache. Was aber sagst Du, o Leser, über den Besitzer der Schenke? Das ist stets ein reicher Mann, der öfters eine halbe Million und noch mehr besitzt. Er rührt sich nicht mit einem Schritt aus diesem Gestank heraus. Er sieht weder die grünen Felder und Fluren, noch die Maiensonne, er hört auch nicht den Gesang der Vögelchen. Er schenkt nur unaufhörlich ein, häuft Geld an, lebt in dieser Hölle wie die Schnecke in ihrem Haus, und sein Kopf, der ständig von diesem Gestank und Lärm betäubt ist, ist nicht klüger als die Köpfe seiner Gäste. Wenn man von ihm einen Saal, falls er einen solchen besitzt, verlangt, redet er sich damit heraus, daß die Polizei es verboten habe. Gibt ihnen der Pächter den Saal, dann droht er diesem, ihn hinauszuerwerfen, falls er ihn zu einer Versammlung hergeben würde.

Ein solcher Alb drückt bis jetzt das arbeitende schlesische Volk und versperrt ihm jeden Weg zum Fortschritt.

Die einzige Hilfe hiergegen ist, sich um bequeme, menschenwürdige Wohnungen zu bemühen, Arbeiterzeitleitungen und Bücher zu lesen. Denn nur hierdurch wird sich die Bildung des Volkes heben, nur hierdurch werden die jüdischen Scheunen geleert werden und werden sich die Säle zu Versammlungen und schönen belehrenden Vorstellungen öffnen. Anstatt Dummheit und Trunksucht werden Nüchternheit und wahres Volksempfinden herrschen. Und ein solcher Schankbesitzer wird alsdann, anstatt nur das Geld ändern aus der Tasche zu ziehen, ein nützlicher Mensch werden.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 271 der Nowa Reforma (Kraukau)

vom 26. November 1905:

Das Aushauen der Fichten.

Aus Unter-Mochana wird uns folgendes geschrieben: Seit einiger Zeit wimmelt es hier von Preußen, welche hierher gekommen sind, um junge Fichten anzukaufen, die nach Preußen zu Christbäumen verschickt werden sollen. Dieser preußische Ansturm wiederholt sich schon seit langer Zeit alljährlich und wird leider von uns selbst unterstützt. Die Preußen besitzen Wälder zur Genüge und könnten sich selbst mit Weihnachtsbäumen versehen, sie tun dies jedoch aus zweierlei Gründen nicht. Erstens besteht bei ihnen das Waldschutzgesetz nicht nur auf dem Papier, sondern es wird strengstens befolgt, zweitens schonen die Preußen ihre Wälder und Schonungen im eigenen Interesse, indem sie recht gut wissen, daß es schade ist, junge Fichten des vorübergehenden und elenden Vorteils wegen auszuhauen, wenn man später von ihnen bedeutende Einnahmen erzielen kann. Also auf nach Polen, speziell nach Galizien! Hier gibt es genug unüberlegte und gleichgültige Menschen, welche das barbarische und leichtfertige Durchforsten der Fichtenschonungen gestatten. Anderswo hätte man schon längst diese Herren fortgejagt, wir begrüßen sie als willkommenen Käufer. Durch eine solche Wirtschaft berauben wir uns einer gefunden und schönen 12 bis 15jährigen Waldkultur, und der Gewinn ist, wie wir bereits erwähnten, ein elender. Die Preußen zahlen nämlich für sechzig der schönsten Tannenbäumchen 14 Kronen! Und dieses Gewinnes wegen gestatten wir, daß unsere ewigen Feinde willkürlich in unseren Waldungen wirt-

schaften. Wenn ein armer, dem Bankrott nahestehender Landwirt auf diese Weise etwas Geld in die Finger bekommen wollte, so wäre dies entschuldbar, aber der Eigentümer von Mochana, Graf Heinrich Krasinski, ist zu wohlhabend, um Einkünfte aus derartigen Quellen zu erzielen. —

Aus Nr. 43—45 des Kraj (Petersburg)

vom 24. (11.) November 1905:

Aus dem Leben und den Verhältnissen der Jugend.

Einen interessanten Brief bringt die Zeitschrift Teka über das Leben der polnischen Jugend an unserer fernen nordwestlichen Grenze, nämlich in Ostpreußen. Ganz abgesehen von den deutschen Gymnasien in Danzig, Elbing und Graudenz, beträgt dort die polnische Jugend 20—25 v. H. der gesamten Schulpjugend und entstammt meist den kleinbürgerlichen Kreisen, sowie den Familien der Klein- und Großgrundbesitzer. Von allen Seiten von der deutschen Übermacht umgeben, seit dem Thorner Prozesse auf Schritt und Tritt schikaniert, befindet sie sich in einer äußerst schwierigen Lage. Die auswärtigen Schüler müssen in deutschen Pensionaten wohnen, woselbst deren Germanisierung stattfindet und zwar durch polizeiliche Maßregeln, wie z. B. durch das Verbot des Haltens polnischer Bücher und dergl. Die Fortschritte der Germanisierung durch die Schule sind ziemlich bedeutend, namentlich, da seitens der Gesellschaft nicht kräftig genug entgegengewirkt wird.

Nach Beendigung des Gymnasiums beziehen fast 80 v. H. der polnischen westpreussischen Jugend das geistliche Seminar in Pelpin. Hier tritt das Übergewicht der polnischen Kleriker den auffälligeren Fortschritten der Verdeutschung entgegen. Schlimmer sieht es in den Universitäten aus.

„Ein Teil der weltlichen Jugend — so schreibt der Verfasser des Briefes, R. M. Kociewski, Danzig — welcher bereits halb verdeutsch ist, tritt den deutschen Verbindungen bei und wird vollständig germanisiert. Die Mehrheit bleibt zwar ihrer Nationalität treu, doch die geistliche Schwerfälligkeit, der Mangel an weiteren Aspirationen, der provinzielle Partikularismus und überhaupt die Abneigung und das Mißtrauen gegen die Kollegen aus der Provinz Posen und den anderen ehemals polnischen Landesteilen machen sie unfähig zum öffentlichen Dienst. Nur Ausnahmen weichen ab von diesem Typus; sie schließen sich den Kollegen aus den anderen Teilmächten an. Sie zeichnen sich durch die uns so notwendige systematische Einrichtung, durch Rührigkeit und Ausdauer aus, welche Vorzüge uns zu dem Glauben an eine bessere Zukunft berechtigen.“

Bemerkenswert ist der Umstand, daß auch die politischen Prozesse der Jugend im preussischen Anteil, welche in den letzten Jahren stattgefunden haben, dort in den jungen Reihen einen allgemeinen geistigen Druck hervorriefen. Auch aus Gnesen wird der Teka über eine ähnliche Erscheinung berichtet.

„Nach dem bekannten Prozesse vor zwei Jahren — schreibt der Berichterstatter — traten in den Gymnasien beweinswerte Zustände ein; alle besseren und tüchtigeren Schüler wurden aus den Gymnasien entlassen. Niedergedrücktheit und Angst bemächtigten sich der übrigen; ein kühnerer Gedanke fand unter ihnen keinen Anklang. Es bedurfte einer längeren Zeit dazu, daß sich die unhaltbaren Verhältnisse besserten,

daß fröhlichere und mutigere Stimmen Verständnis und Unterstützung unter unserer Jugend fanden.“

Und doch haben sich die Schulverhältnisse in Gnesen seit jener Zeit nicht nur verschlimmert, sondern sogar etwas zum Besseren geändert. „Der erbitterte Kampf — schreibt der Verfasser des Briefes — zwischen der Jugend und den Professoren hat aufgehört, das berüchtigte Aufpassen auf den Straßen, die außergewöhnlichen Besuche, verbunden mit Bücherrevisionen gibt es nicht mehr.

In dem Gnesener Gymnasium, im Herzen von Altpolen, werden jetzt 183 polnische und 188 deutsche Schüler unterrichtet. Dies ist eine schreckliche Zahl.

Aus Nr. 269 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 24. November 1905:

Eine neue preußische Gewalttat.

Es gehört dies zu dem System der preußischen antipolnischen Politik, durch fortwährende Schikanen, Verfolgungen und Gewalttaten der polnischen Bevölkerung die Möglichkeit zu nehmen, ihre nationalen Eigenarten, Gefühle und Bestrebungen gemeinschaftlich zu pflegen oder ihr doch mindestens durch solche Mittel und Wege die Lust und den Mut zu jeder derartigen Aktion zu nehmen. Die oft übertriebene Beachtung der Staatsgesetze seitens der Polen erschwert den höheren und niederen preußischen Behörden die Durchführung dieses Systems sehr. Sie versteigen sich denn manchmal bis zur willkürlichen und offenen Herausforderung, um nur das polnische Volk von dem gesetzlichen Wege abzubringen und dadurch das „Recht“ zu immer grausameren Zwangsmaßnahmen zu erhalten, die öffentliche Meinung aber von der großen, den Deutschen von polnischer Seite drohenden Gefahr zu überzeugen. Glücklicherweise sind diese Herausforderungen

nur sehr selten von dem von den Preußen erwünschten Erfolge gekrönt, denn die Polen, durch allzu zahlreiche schmerzliche Erfahrungen belehrt, üben in dieser Hinsicht große Vorsicht. Wo sich jedoch auch nur ein Schatten einer ungesetzlichen Handlungsweise nachweisen läßt, dort macht sich die harte und rachsüchtige Hand der preußischen Behörden und Gerichte den angeblich „Schuldigen“ mit unerhörter Brutalität und Grausamkeit empfindlich fühlbar.

Ein derartiger Fall ist jetzt wieder in dem unglücklichen Oberschlesien vorgekommen. Vor der Strafkammer in Gleiwitz fand am Montag und Dienstag ein Prozeß gegen 25 polnische Handwerker, Arbeiter, ja sogar gegen Schüler und Schülerinnen wegen Geheimbündelei gegen Preußen und wegen Angehörigkeit zu geheimen polnischen Vereinen statt. . . .

Das Gericht verurteilte einige der Angeklagten zu hohen Strafen, namentlich den Schuhmacher Wycisł zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis, den Schuhmacher Zelezny und Bergarbeiter Pyka zu 9 Monaten, den Arbeiter Rybarz zu 6 Monaten, Jolicz, Pandra und Oler zu 4 Monaten, den Wrobel, Klose, Gwozdź, Randzif, Stawarski und Piechulik zu 3 Monaten und den Przybyla zu 1 Monat Gefängnis, gegen die übrigen wurde auf Geldstrafen erkannt.

Was für diese, ausschließlich sich von ihrer Hände Arbeit ernährenden und ihre Familien unterhaltenden Leute so hohe Strafen zu bedeuten haben, kann man sich leicht vorstellen. Zu der großen Schar polnischer Volksmartyrer im preußischen Anteil tritt eine neue Reihe hinzu. Ehre sei diesen braven polnischen Patrioten!

Glaubt aber die preußische Regierung, daß sie durch diese neue barbarische Gewalttat in dem braven ober-schlesischen Volke die Liebe zur Nationalität und zu dem polnischen Vaterlande erdrücken werde? Wenn sie dieser Ansicht ist, so wird sie sich täuschen, für die Grausamkeit, mit welcher sie das polnische Volk verfolgt, hat die Zivilisation und Kultur nur das eine Wort: Schande!